



Dezember 2021 39

Museumsblätter

Mitteilungen des
Museumsverbandes Brandenburg

**Umbruch und Transformation.
Neue Perspektiven für Industriekultur heute**

Entwicklung der Industrieregion Berlin-Brandenburg

Industrialisierung, Kriegswirtschaft, Demontage

Transformationsprozesse

Nutzungsperspektiven für Industriedenkmale



Impressum

Museumsblätter – Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg
Herausgegeben vom Museumsverband des Landes Brandenburg e.V.
Am Bassin 3, 14467 Potsdam
Telefon: (0331) 232 79 11
info@museen-brandenburg.de
www.museen-brandenburg.de

Redaktion Alexander Sachse, Susanne Köstering
Layout und Satz Dörte Nielandt

Titelbild Ein Industriedenkmal wartet auf Gäste: Besucherinnen und Besucher des Industriemuseums Brandenburg an der Havel müssen bei der Besichtigung der eindrucksvollen Halle des früheren Stahl- und Walzwerks zur Sicherheit einen Schutzhelm tragen. Dieses und viele andere Fotos sind auch im neuen Fotoband von Lorenz Kienzle zu finden (siehe S. 77 in diesem Heft).

Druck Druckerei Rüss, Potsdam
Auflage 800
ISSN 1611-0684

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur
des Landes Brandenburg

Editorial

„Umbruch und Transformation. Neue Perspektiven für Industriekultur heute“ – so lautete der Titel der diesjährigen Fachtagung des brandenburgischen Museumsverbandes, die am 24. und 25. September im Kulturhaus Rüdersdorf stattfand. Etwa 60 Interessierte widmeten sich zwei Tage lang der Auseinandersetzung mit historischen Prozessen und Ereignissen, die die Geschichtslandschaft Berlin-Brandenburg im 20. Jahrhundert maßgeblich geprägt haben: Wirtschafts- und Umweltkrisen, Kriege, Diktaturen und Systemwechsel und zuletzt die Transformationsphase nach 1990. Obwohl diese Themen auf der Hand liegen, haben sich brandenburgische Museen für Industriekultur bislang eher am Rande mit ihnen befasst. Arbeitsabläufe und technische Prozesse in den ehemaligen Fabriken bestimmen noch weitgehend die Darstellungen.

In diesem Heft drucken wir die Mehrzahl der Tagungsbeiträge ab. Viele davon erschließen unbeackertes Gebiet. Umriss einer neuen Industriegeschichte Brandenburgs werden deutlich, die nicht allein die Erfolgsgeschichte(n) von Unternehmungen und Erfindungen behandelt, sondern auch Konflikte und Verwerfungen thematisiert. Vergleichende Studien wären wünschenswert. Nicht verhehlen wollen wir, dass es weitere Aspekte gibt, die dringend der Erforschung harren. Dazu gehört an einer der ersten Stellen die Arbeitsmigration. Tatsächlich fehlt es hier noch an tiefeschürfenden Forschungen für die brandenburgischen Industriestandorte.

Eigene Forschungen können sich die nach 1990 entstandenen Museen für Industriekultur in Brandenburg in der Regel nicht leisten. Die meisten von ihnen wirtschaften in dauerhaft prekärer Lage und können gerade einmal die alltäglichen Anforderungen meistern. Dass es doch hier und da gelingt, wissenschaftliches Neuland zu betreten, zeigte die Tagung und dokumentiert dieses Heft mit den Beiträgen der Museumsleute Axel Drieschner, Lars Schladitz, Guido Strohfeldt und Sebastian Stude sowie des ehemaligen Betriebs- und heutigen Werksmuseumsleiters Dietmar Menzel. Als Wissenschaftler einer Forschungsinstitution steuern Rainer Karlsch und Wolf-Rüdiger Knoll wichtige, teilweise überraschende Erkenntnisse zu den großen Umbrüchen 1945/46 und 1990/91 in den Industriebetrieben in Brandenburg bei.

Die Tagung bezieht mit ihrem historiografischen Ansatz Position für die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung an Museen. Parallel dazu erschließt der Museumsverband Brandenburg gemeinsam mit zwanzig Industriemuseen im Zuge eines Digitalisierungsprojekts archivalische Bestände, die in den Museen lagern. Sie sollen online für die Forschung zugänglich gemacht werden. Kooperationspartner ist neben der Landesfachstelle für Archive und Öffentliche Bibliotheken Brandenburg auch das Berlin-Brandenburgische Wirtschaftsarchiv. Mit seinem neuen Strukturförderungsprogramm sendet das Kulturministerium des Landes Brandenburg zeitgleich ein Signal für die Stärkung der fachlichen Substanz an Museen, insbesondere auch an Museen für Industriekultur. Staatssekretär Tobias Dünow hat dies im Rahmen der Fachtagung und erneut in diesem Heft deutlich bekräftigt.

Weitere Dimensionen werden exemplarisch aufgefaltet. Über die Positionierung des Museums im gesellschaftlichen Raum reflektieren in diesem Heft besonders Heidi Pinkepank, Lars Scharnholtz und Kirstin Zinke. Jürg Steiner trägt als Architekt seine Sicht auf Beziehungen zwischen Räumen und Exponaten, Denkmalschutz, Nutzung und Nachhaltigkeit bei. Björn Berghausen und Joseph Hoppe leuchten den Verflechtungsraum der Metropolregion Berlin-Brandenburg aus und rahmen damit zugleich die Beiträge in diesem Heft ein.

Die Tagung in Rüdersdorf markierte einen Jahreshöhepunkt im Kulturlandjahr 2021 „Zukunft der Vergangenheit – Industriekultur in Bewegung“. Das Netzwerk der Museen für Industriekultur im brandenburgischen Museumsverband hat wesentlich zur Ausgestaltung dieses Themenjahres beigetragen. Mit Einzel- und Verbundprojekten haben die Museen Zeichen für ihre substanzbezogene, nachhaltige Ausrichtung gesetzt. Das Bewusstsein historischen Wandels strukturiert heute und in Zukunft den Umgang mit der Denkmalüberlieferung, mit Gebäuden und Räumen, mit Kommunen und Landschaften, mit gesellschaftlichen Gruppen, Bewegungen und politischen Akteuren. Wir danken allen Beteiligten für ihre Initiativen, Ideen und ihren Einsatz!

Susanne Köstering



Inhalt

Forum

Umbruch und Transformation. Neue Perspektiven für Industriekultur heute

- 6 Grußwort zur Fachtagung „Umbruch und Transformation. Neue Perspektiven für Industriekultur heute“ des Museumsverbands Brandenburg e. V.
Tobias Dünow

Entwicklung der Industrieregion Berlin-Brandenburg

- 8 Wachstum – Umbruch – Transformation
Entwicklung der Industrieregion Berlin-Brandenburg im 20. Jahrhundert
Björn Berghausen

Industrialisierung, Kriegswirtschaft, Demontage

- 16 „Jedes Lebewesen vernichtet ...“
Industrialisierung und Wasserverschmutzung an der Dömnitz in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Lars Schladitz
- 20 „Vorstoß bis zur letzten Lampe“
Die Märkische Elektrizitätswerk A. G. als Pionier der Überlandversorgung in Brandenburg
Axel Drieschner
- 28 Umbrüche, Zäsuren und Kontinuitäten in Fürstenwalde
Schattenseiten einer großen Industriegeschichte
Guido Strohfeldt
- 32 „Industrielle Entwaffnung“
Verlauf und Folgen der Demontagen im Land Brandenburg
Rainer Karlsch

Transformationsprozesse

- 38 Von der Messlatte zum Sitz-Steh-Arbeitstisch
Die Firma REISS in Bad Liebenwerda
Dietmar Menzel

- 44 Als der „Fortschritt“ in die brandenburgische Region kam
Das Kernkraftwerk Rheinsberg
Sebastian Stude
- 48 Die Treuhand in Brandenburg
Neue Forschungen zur wirtschaftlichen Transformation nach 1989
Wolf-Rüdiger Knoll

Nutzungsperspektiven für Industriedenkmale

- 52 „Modern Ruins“
Die Aura industrieller Hinterlassenschaften als Triebfeder für Geschichtsverständnis und erlebbare Heimatkunde
Jürg Steiner
- 58 Objekt extrem
Industriedenkmal und Werkssiedlung auf Kurskorrektur
Lars Scharnholtz und Kirstin Zinke
- 62 Produktive Städte in Brandenburg gestern, heute und morgen
Das Beispiel Cottbus
Heidi Pinkepank und Sebastian Hettchen
- 66 Perspektiven und Interaktionen
Technikmuseen und Industriekultur
Joseph Hoppe

Fundus

- 70 Portrait
- 73 Arena
- 77 Lesestoff

Grußwort zur Fachtagung „Umbruch und Transformation. Neue Perspektiven für Industriekultur heute“ des Museumsverbands Brandenburg e. V.

Tobias Dünow

Sehr geehrte Frau Dr. Köstering, liebe Mitglieder des Vorstands des Museumsverbandes, sehr geehrter Herr Professor Schaal, meine sehr geehrten Damen und Herren,

über den Lausitzer Kohleausstieg und Strukturwandel wird viel geschrieben und noch mehr gesagt. Im Fokus der Debatte steht die Energiewende, der Wandel von Industriearbeitsplätzen, die Ansiedlung neuer Forschungsinstitute oder die Demontage großer Kohlebagger.

Ich kenne das aus meiner alten Heimat: 2010 feierte sich das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt Europas. Hauptthema war die Industriegeschichte der Region, einer Region im Wandel. Das Ruhrgebiet zeigte seine sozialen Umbrüche, die so viele kulturelle Identitäten formten. Schon damals wurde sichtbar: Die wechselvolle Geschichte von Industrieregionen hinterlässt auch viele Fragen für nachfolgende Generationen.

Auch Brandenburg – und hier insbesondere die Lausitz – steht exemplarisch für eine europäische Energieregion im Wandel. Die Lausitz war in der DDR der größte Energieversorger. Die politischen Veränderungen nach 1989 fielen zusammen mit Deindustrialisierungsprozessen – die durch die jetzt anstehende Energiewende nun noch einmal verschärft werden.

In seinem sprachgewaltigen, rasanten Schelmenroman „Machwerk oder das Schichtbuch des Flick von Lauchhammer“ schreibt Volker Braun 2008: „Die Niederlausitz liegt heute ruhig rauchend da, eine Landschaft, durch die die Arbeit gegangen ist, berühmte Gegend, die es hinter sich hat und verlassen wurde von den Mannschaften und Maschinen, und nur Halden, Wüstungen, wiederbewachsene Böden sieht man, das Endbild großer Zeiten.“

Sich heute bewusst zu machen, welch enormen Wandel unsere Industrieregionen vollzogen haben, ist nicht immer leicht. Viele persönliche Schicksale sind damit verbunden. Und dennoch: Oft sind es Kultur und Wissenschaft, die neue Entwicklungen anstoßen, im Ruhrgebiet ebenso wie in Brandenburg. Davon erzählt

auch das diesjährige Kulturland-Themenjahr. Und ich freue mich sehr darüber, dass auch der Museumsverband des Landes Brandenburg sich mit seiner Herbsttagung dieses wichtigen Themas annimmt und durch ein anspruchsvolles Tagungsprogramm versucht, ein thematisches Netzwerk zu knüpfen, das Akteure aus Wissenschaft und Kultur elegant zusammenführt. Und das ist wichtig! Denn angesichts andauernder Transformationsprozesse in den industriell geprägten Regionen und Städten des Landes benötigt der Umgang mit Industriekultur neue Impulse. Erforderlich ist eine erweiterte Auseinandersetzung mit Industriekultur, die zwischen der industriellen Vergangenheit und ihrer Zukunft vermittelt.

Die unmittelbare Erfahrung der Industrie als Alltagsphänomen ist auch in Brandenburg durch die Verlagerung von Produktionsstätten, die Automatisierung und die zunehmende Digitalisierung von Arbeitsprozessen immer weniger gegeben. Deshalb ist es so wichtig, die Spuren des Zeitalters der Industrialisierung als lebendiges Zeugnis brandenburgischer Industriegeschichte zu erhalten.

Gleichzeitig kann Industriekultur aber nicht länger nur rückblickend verstanden werden. Es muss verstärkt darum gehen, Industriekultur als Teil der Gegenwart zu verankern und Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft muss es gelingen, das Potenzial der historischen Industriekultur für aktuelle Entwicklungen nutzbar zu machen.

Ein ganz wunderbares Beispiel, wie das gelingen kann, ist die Vulkanfiber-Fabrik in Werder. Vor mehr als 100 Jahren startete die Fabrik mit der Produktion eines auf Zellstoff basierenden Bioverbundstoffs, aus dem Reisekoffer, Papiereimer, Zahnräder und auch Bremsbeläge hergestellt wurden. 1994 musste die Fabrik schließen. Jetzt starten Künstlerinnen, Designer und Musikerinnen ein einzigartiges Projekt zur Wiederbelebung der Vulkanfiberproduktion am historischen Standort.

Sebastian Voigt, einer der Initiatoren des Pionierprojektes „Mikrofaktor Vulkanfiberfabrik“, arbeitet seit einiger Zeit mit Studierenden des Fachbereichs

Design der Fachhochschule Potsdam und mit der Vulkanfiber-Fabrik Ernst Krüger in Geldern an seiner Zukunftsvision. Künftig sollen in Werder wieder ausgewählte Produkte aus Vulkanfiber hergestellt werden, denn die Vorteile in der Herstellung, Lebensdauer und Entsorgung gegenüber herkömmlichen, erdöl-basierten Kunststoffen liegen auf der Hand. Bei der Weiterentwicklung dieser Vision spielen auch Künstlerinnen und Künstler eine wichtige Rolle, die im engen Austausch mit Expertinnen für digitale Fertigungsmethoden eigene Projektideen entwickeln.

Dieses Aufeinanderzugehen ist der Schlüssel für ein neues Verständnis unserer Industriekultur und womöglich für ganz neue, überraschende Nutzbarmachungen. Ich bin zuversichtlich, dass Kulturland Brandenburg und die Herbsttagung des Museumsverbandes dabei interessante Anstöße geben können.

Der Museumsverband hat sich mit seinen Herbsttagungen in den letzten Jahren bevorzugt zeit-historischen Themen zugewandt, die für das Land Brandenburg und für die brandenburgischen Museen von immenser Bedeutung sind. Die Herbsttagungen regen dabei einen Dialog zwischen Wissenschaft und Museum an und ermöglichen jenseits des aktuellen Tagesgeschäfts eine Auseinandersetzung mit komplexen historischen und gesellschaftlichen Themen.

Dafür danke ich dem Verband und insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle wieder einmal sehr herzlich!

Ich hoffe, dass diese Tagung vielfältige Erkenntnisse bringt, zu einem fruchtbaren Austausch führt und Sie, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in Ihrer wissenschaftlichen und in Ihrer musealen Arbeit bereichert.

Wachstum – Umbruch – Transformation

Entwicklung der Industrieregion Berlin-Brandenburg im 20. Jahrhundert

Björn Berghausen



Transport einer Feldbahn-Dampflokomotive vom Bahnhof Zehdenick zur Ziegelei Mildenberg. Da die Ziegeleien keinen Anschluss an die Normalspurbahn hatten, mussten Loks und Anhänger der Feldbahn auf dem Pferdefuhrwerk zu ihrem Einsatzort gebracht werden.

Als der Spandauer Stadtrat Emil Müller am 1. Oktober 1920, einem Freitag, die Augen aufschlug, zeigte das Thermometer der Wetterstation Dahlem 10 Grad, der Himmel war etwas wolkig, für den Tag war immer wieder Regen bei einer Höchsttemperatur von 21 Grad angesagt.¹ Das passte: Müllers Alptraum war Wirklichkeit geworden – er war in einer anderen Stadt aufgewacht. Brandenburg hatte 44 % seiner Einwohner verloren, sieben Städte, zwei Prozent seines Territoriums, die Bevölkerungsdichte sank von 109 auf 69 Einwohner

pro Quadratkilometer. Steuereinnahmen in Millionenhöhe entgingen der Provinz Brandenburg fortan. Neun Jahre zuvor hatte Stadtrat Müller am 3. April 1911 den Grundstein für das Rathaus Spandau gelegt und zu diesem Anlass öffentlich gefleht: „Mög schützen uns des Kaisers Hand vor Groß-Berlin und Zweckverband“. Vergeblich – Groß-Berlin wurde Wirklichkeit und veränderte die politischen Strukturen in Brandenburg zum zweiten Mal seit 1881 erheblich. Damals war der Stadtkreis Berlin als eigenständiger Regierungsbezirk mit 1,2 Mio. Einwoh-

nen aus dem Provinzialverband gelöst wurden. Ab 1920 zählte Groß-Berlin 3,8 Mio. Bewohner. Dem standen etwa 2,1 Mio. Brandenburger gegenüber. Emil Müller war aber nicht nur Stadtrat von Spandau, sondern auch Maurermeister, und wird deshalb schnell erkannt haben: Wirtschaftlich hat sich durch die Neuordnung der Berliner Vororte nichts geändert.

Die brandenburgische Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts setzte auf der rasanten Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf und schrieb diese Entwicklungen fort. In vielen Regionen der Provinz Brandenburg war die Umwandlung der Agrargesellschaft in eine Industriegesellschaft noch gar nicht angekommen, in manchen – Neuruppin etwa – war der industrielle Aufschwung schon wieder vorbei.

Im Folgenden wird versucht, die wirtschaftliche Entwicklung nachzuzeichnen, indem Schlaglichter auf Ereignisse und Standorte geworfen und die markanten Zäsuren angesprochen werden: politische Umwälzungen, Krisen wie Inflation und Weltwirtschaftskrise, Rüstungswirtschaft, Kriegszerstörungen, Enteignungen, Demontagen, Planwirtschaft und die Transformation der letzten 30 Jahre.²

Brandenburgs Wirtschaftsgeschichte weist einige Höhepunkte auf, die auch lokale Pfadabhängigkeiten schufen. In Oranienburg etwa befasste sich Friedlieb Ferdinand Runge mit Rückständen bei der Leuchtgas- und Koksherstellung, nämlich den Teerfarben (Karbolsäure, Anilin), die Grundlage für die Gründung etwa der BASF gewesen sind. Damit verhalf er seinem Arbeitgeber, dem Chemischen Etablissement Dr. Hempel, später Chemische Produkten-Fabrik Oranienburg, zum Aufschwung und der Stadt zum Etikett eines Chemiestandortes. 1877 wurde Oranienburg an die Bahn angeschlossen, 1891 der Vorortverkehr mit Berlin eingerichtet und 1914 der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin eröffnet. In Forst wiederum waren mit 264 mehr Textilbetriebe ansässig als an jedem anderen Textilstandort im Deutschen Reich. An zweiter Stelle folgte Aachen mit nur 140 Betrieben. 75 % der Forster Erwerbstätigen arbeiteten 1925 in diesen Betrieben.³ In Guben arbeiteten 40 % aller in der deutschen Hutmacherei beschäftigten Menschen und begründeten damit den Reklamevers „Gubener Stoffe, Gubener Hüte, weltbekannt durch ihre Güte“, der heute „CityBranding“ genannt werden könnte.

Die Industrielandschaft war geprägt von einer engen Verflechtung der Provinz mit Berlin und geknüpft an dessen expansive Entwicklung – immerhin war die Stadt bis in die 1890er Jahre der bedeutendste Industriestandort im Deutschen Reich. Begünstigt wurde

die Entwicklung durch den Eisenbahnausbau als Motor der Industrialisierung, bei dem Berlin den Knotenpunkt darstellte. Strecken von und nach Berlin verliefen durch Brandenburg, was gute Voraussetzung zur Gewerbeansiedlung bot. Einen echten Schub gab nach der Reichsgründung 1871 und dem Gesetz über die Aktiengesellschaften von 1884 das Kleinbahngesetz von 1892, das den Streckenausbau erleichterte. Bis 1919 entstanden 16 Kleinbahngesellschaften v. a. für Landwirtschaft, Kohle, Ziegel und Holz.

Um 1900 bildeten sich Industriestädte heraus, getragen vor allem von der Metallverarbeitung, der Textilwirtschaft und dem Braunkohleabbau: Brandenburg (Havel), Rathenow, Wittenberge, Jüterbog, Luckenwalde, Cottbus, Eberswalde, Forst, Guben, Spremberg und Landsberg/W. Hauptsitze der Fabrikätigkeit waren Potsdam, Spandau, Oranienburg, Prenzlau, Frankfurt (Oder), Landsberg/W., Sternberg, Luckau, Fürstenwalde, Calau und Sorau. Die Provinz besaß den Vorteil billigen Bodens und niedriger Löhne sowie oft einer guten Anbindung an das Schienennetz. Die Landwirtschaft spielte allerdings in allen Landesteilen die dominierende Rolle.

Etappen der Industriebentwicklung

Die Industrielandschaft zum Beginn des 20. Jahrhunderts teilte sich auf in Berlin, das von Großbetrieben geprägt war, und in die Provinz mit kleinen und mittleren Unternehmen.

Angetrieben wurde die Entwicklung in der Provinz Brandenburg durch das Wachstum Berlins und die Randwanderung aus den innerstädtischen Industriegebieten entlang der Verkehrswege, vor allem der Wasserstraßen. In zwei Schritten zogen Zweigbetriebe von Berliner Großunternehmen auf die „grüne Wiese“, um 1865 (Moabit, Schöneeweide, Weißensee) und 1890–1905 (Siemensstadt, Wittenau, Spandau, Hennigsdorf, Wildau), wobei zum Teil Trabantenstädte entstanden: Spandau/Siemensstadt (Siemens, Heeresfabriken), Babelsberg (Orenstein & Koppel), Wildau (Schwartzkopff), Hennigsdorf (AEG), Tegel (Borsig), Fürstenwalde (Julius Pintsch), Erkner (Rütgerswerke). Das allgemeine Wachstum der Reichshauptstadt und ihrer Randregion ist auch ablesbar an den Stadtrechten: Schöneberg 1898, Rixdorf 1899, Wilmersdorf 1907 und Lichtenberg 1908.

Industrieallungen begannen sich an einzelnen Standorten herauszubilden,⁴ etwa in Brandenburg (Havel), das 1897 mit Maschinenbau, Schiffsbau, Eisengießerei, Tongruben und der Fahrrad- und Kinderwagenproduktion der Firma Brennabor größter Industriestandort der Region nach Berlin geworden war. In Eberswalde war es das Metallgewerbe, in Oranienburg die

Chemische Industrie und in Rathenow die Optik. Eine neue Industrieregion entwickelte sich in der Lausitz mit dem Beginn des Abbaus der Braunkohle ab 1848 im Zusammenspiel mit der Textilindustrie, in der vermehrt Dampfmaschinen zum Einsatz kamen. Der Braunkohleabbau war eine Wachstumsbranche, weil die Kohle die Energie für die Motoren der industriellen Entwicklung um 1900 lieferte: Metallverarbeitung, Maschinenbau, Chemische Industrie und vor allem die Elektroindustrie brauchten Strom – ganz zu schweigen von der Elektrifizierung privater Haushalte. Ein Teil der Verstromung fand auf der Scholle statt, also in Großkraftwerken der Region wie Trattenberg oder Finkenheerd. Hinzu kam die Herstellung von technischen Gasen auf Kohlebasis, insbesondere für Heiz- und Beleuchtungszwecke.

Einen weiteren Großbaustein der Brandenburger Industrie stellten die Bau- und Grundstoffe in Glindow, Zehdenick und Rüdersdorf dar. Diese nutzten – wie auch die Kohle – das wachsende Schienennetz und die hierfür ausgebauten Kanäle, die schon beim kurfürstlichen Landesausbau eine Rolle gespielt hatten. Natürliche Wasserwege waren Oder, Havel, Elbe sowie Bober, Neiße, Finow, Nuthe, Spree, Ucker und Plau. Am Teltowkanal kann man gut ablesen, wie sich dort, im Süden Berlins, nach dessen Eröffnung ein Band von Industrieansiedlungen bildete.⁵

In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg gehörten Metallverarbeitung und Maschinenbau überall in Deutschland zu den Wachstumsbranchen, in Eberswalde etwa die Ardebt-Werke ab 1902, in Brandenburg (Havel) das Weberwerk ab 1913. Für die einzelnen Standorte und Teilzentren blieb die Eisenbahn von größter Bedeutung, besonders für Frankfurt (Oder) durch die Sitzverlegung der Reichsbahndirektion 1921 dorthin oder für Nauen und Wustermark, die sich 1906/1908 zu den größten deutschen Verschiebebahnhöfen aufschwangen.

Erster Weltkrieg und Kriegsfolgen

Der Erste Weltkrieg änderte alle Planungen. Mit Preisfestsetzung und kriegsbedingten Produktionsprogrammen profitierten einzelne Branchen von einer Sonderkonjunktur, andere standen still. So etwa schon im Dezember 1914 die Tuchindustrie im Kammerbezirk Sorau oder die Glasindustrie und die Ziegelindustrie. Diese wurden vor allem durch Einberufungen stark betroffen, ganze Betriebe waren stillgelegt.

Eine tiefe Zäsur politischer und wirtschaftlicher Art stellten Kriegsende und Revolution dar. In Staaken z.B. stellten 1.800 Arbeiter in den Zeppelinwerken die

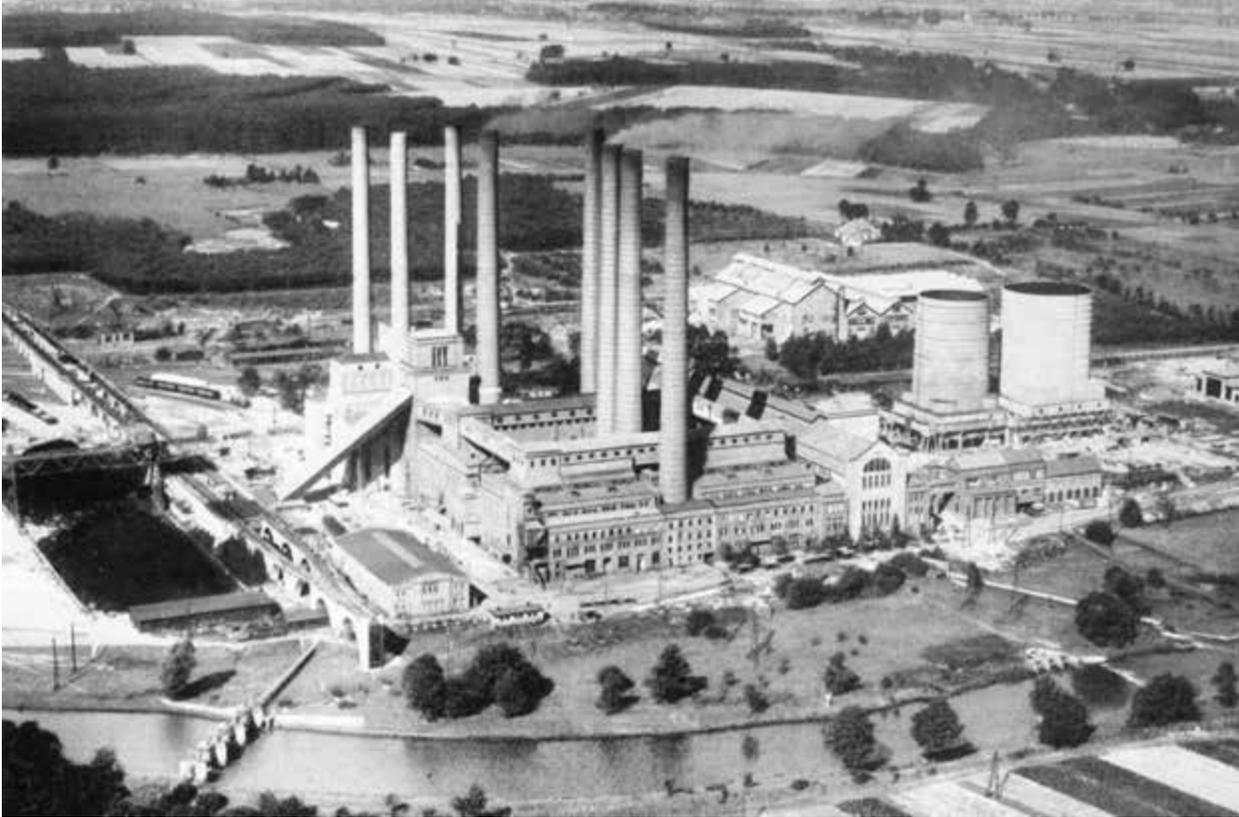
Arbeit ein, 10.000 Arbeiter der AEG-Werke in Hennigsdorf streikten, andere Streikzentren waren Spandau, Brandenburg (Havel) und die Märkische Flugzeugwerft Golm.⁶ Die Betriebe und Fabriken gerieten hierbei bisweilen ins Zentrum der Entwicklung. In Perleberg und anderen Orten übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte die Regierungsgewalt. Die erste Landtagswahl in der Provinz Brandenburg nach der Revolution am 26. Januar 1919 bescherte der SPD 45 % der Sitze, die Sozialdemokraten stellten die Regierung in der Provinz bis 1932.

Die Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung beim Übergang von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft waren nach dem Ersten Weltkrieg denkbar schlecht: Für die meisten Unternehmen und Branchen drohten Probleme unter den Stichworten Produktionseinschränkungen durch den Versailler Vertrag, Wegfall der Kriegsaufträge, Rohstoffverknappung, Verlust der Auslandsmärkte, Beeinträchtigung der Verkehrswege, Preisbeschränkungen und Rückkehr tausender Arbeitskräfte, für die es keine Beschäftigung gab. In der Textilindustrie in Forst, Cottbus, Guben und Spremberg war die Arbeiterschaft auf die Hälfte geschrumpft. Glücklicherweise konnten jene Betriebe sein, die ein Auskommen als Abrüstungsfabrik fanden oder die Kriegproduktion unmittelbar in Friedensproduktion umstellen konnten – wie Bergmann & Söhne in Klosterfelde, die statt Munitionskisten Möbel herstellten.

Eine langsame Hebung der Entwicklung begann 1921, vor allem angeworfen durch den alltäglichen Bedarf der Bevölkerung. Die Inflation Ende 1923 stoppte diesen Trend, für einige Branchen wie Glasindustrie und Ziegeleien dauerhaft.

1920 erfolgte die Bildung Groß-Berlins – Emil Müllers Alpträum für Spandau. Die größten Städte der Provinz waren fortan Frankfurt (Oder) mit 70.000 und Potsdam mit 65.000 Einwohnern. 1925 lebten in Brandenburg 2,59 Mio. Menschen in 31 Land- und 10 Stadtkreisen, 45 % in Gemeinden auf dem Land mit unter 2.000 Einwohnern. Das spiegelte sich auch in der Erwerbsstruktur wieder: Von 1,375 Mio. Erwerbstätigen arbeitete die größte Gruppe (41 %) in der Landwirtschaft.

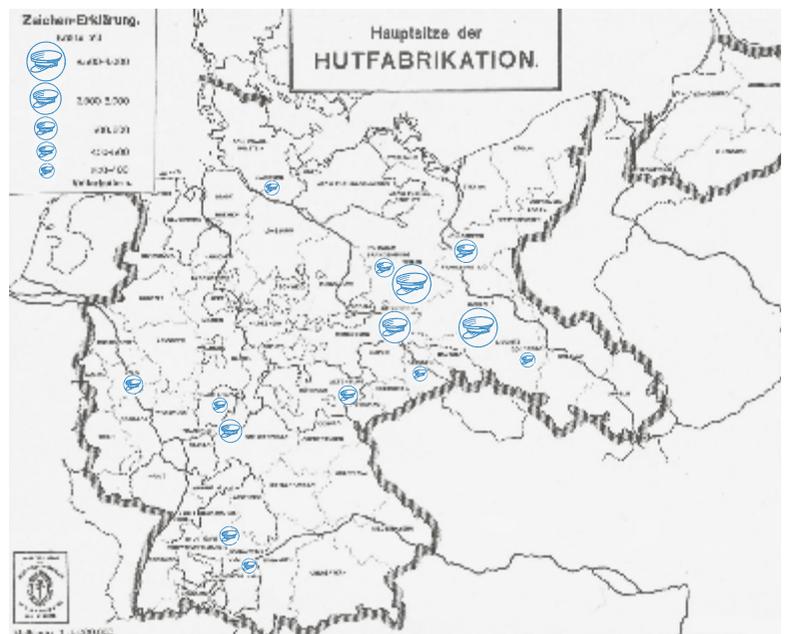
Bedeutsam bei der Überwindung der Inflation waren unter anderem technische Verbesserungen, die beispielsweise durch Innovationsbedarfe in der Landwirtschaft für Maschinen und elektrische Anlagen (Traktoren, Fabriken zur Verarbeitung der Erträge) hervorgerufen worden waren. Allerdings blieben die Wechselbeziehungen mit Berlin die wichtigsten Antriebsfedern der wirtschaftlichen Entwicklung – aber auch für Berlin selbst, das die Einfuhr vieler Grundstoffe und Produkte bis zu 40 % aus Brandenburg bestritt. Die Industriegebiete am Stadtrand gingen ineinander



Das Großkraftwerk Trattendorf, 1929.

über, vor allem an den Wasserwegen Havel und Spree. Hierbei profilierte sich die Provinz in einer Art Arbeitsteilung in der Grundstoff- und metallverarbeitenden Industrie sowie auf den Sektoren Nahrung und Textil.

Der Aufschwung im Braunkohlerevier basierte auf dem rasch wachsenden Strombedarf durch den Ausbau der Elektrifizierung der Betriebe, Städte und Dörfer. Moderne Wäschereimaschinen wie bei Rumsch & Hammer in Forst brauchten Strom.⁷ Das Großkraftwerk in Trattendorf sowie Lauta, Hirschfelde und Böhlen entwickelten sich zu Knotenpunkten des mitteldeutschen Hochleistungsverbundnetzes der 1920er Jahre. Gleichzeitig verursachten Mechanisierung und Automatisierung etwa im Textilgewerbe neue Probleme durch die Freisetzung von Arbeitskräften. Diese Problematik verschärfte die Weltwirtschaftskrise jäh. Sie stoppte Modernisierungsschub und Aufschwung, wirkte sich aber regional unterschiedlich stark aus. Die Konsumgüterindustrie kam glimpflicher davon als Metallgewinnung, Maschinenbau, Apparate- und Fahrzeugbau und Bauwirtschaft. Deren Beschäftigtenzahl sank auf 75 % des Standes von 1925. In Forst schlossen von 264 Textilbetrieben allein 1929 44. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf ca. 250.000 im Jahr 1931, das waren stellenweise mehr als 30%.⁸



Die 1930er Jahre

Der allgemeine Abschwung schwächte sich durch eine weltweite Konjunkturbelebung schon 1932 ab, allerdings verbuchten die Nationalsozialisten alle Erfolge auf dem Arbeitsmarkt und die erstarkende Konjunktur ganz für sich. 1933 hatte sich die Beschäftigtenstruktur kaum verändert: 487.000 Menschen arbeiteten in der Industrie, 540.000 in der Landwirtschaft, 205.000 im



Das Werk Hennigsdorf der Mitteldeutschen Stahlwerke AG, 1935.

Handel und 105.000 im öffentlichen Dienst und in sonstigen Sektoren. Die Investitionen im Berliner Umland zogen in den 1930er Jahren stark an, vor allem die staatlichen.⁹ Die Region galt als „bombensicher“ für den Kriegsfall, so dass Brandenburg gemäß den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Nazis zum Schwerpunkt des Industrieausbaus wurde.

Die Konzentration der Industrie zeitigte durch zahlreiche Ansiedlungen Wirkung, etwa an den Standorten Potsdam–Teltow, Eberswalde, Wittenberge, Forst–Guben sowie im Dreieck Brandenburg (Havel)–Premnitz–Rathenow. Hier siedelten sich innovationsgetriebene Unternehmen etwa im Motorenbau, der Feinmechanik, der Mess-, Steuerungs- und Reglertechnik sowie der Luftfahrt an oder bauten ihre Werke aus: die AEG in Hennigsdorf, die Brandenburgischen Motorenwerke in Spandau, die Heinkelwerke in Oranienburg und Germendorf, die Henschel-Flugzeugwerke in Schöne-

feld, die Arado Flugzeugwerke in Brandenburg (Havel)¹⁰, aber auch die Auerwerke in Oranienburg mit den zwei weitläufigen Werksgeländen.

Bedeutsam für die Wirtschaftsentwicklung im Zusammenhang mit dem Rüstungsausbau der Hauptstadtregion waren auch die wehrwirtschaftlichen Strukturen, etwa in Wünsdorf und Zossen mit dem Heereshauptquartier und der Nachrichtenzentrale des OKW. Die einheitliche Lenkung der Kriegswirtschaft gewährleistete die Rüstungskommission für den Wehrkreis III. Die Industrie in Brandenburg wurde durch das Rüstungsprogramm im „Dritten Reich“ geprägt und in der gelenkten Wirtschaft auf den Krieg eingestellt. Einen Hinweis auf die Bedeutung der brandenburgischen Industrieproduktion für die Kriegsrüstung gibt die „UK-Stellung“ (Unabkömmlichstellung) von 39 % der Arbeitskräfte. Der wachsende Arbeitskräftebedarf, der sowohl durch die Rüstungsanstrengungen als auch durch Einberufungen entstand, wurde schon 1939 durch Zwangsarbeit gedeckt. In vier Stammlagern des Wehrkreises (Stalag III) wurden die Arbeitskräfte geführt und auf Betriebe verteilt, für 1941 verzeichnen die Lager folgende Belegung: Luckenwalde 40.000, Fürstenberg 24.000, Altdrewitz bei Küstrin 19.000 und Berlin 21.000.¹¹

Schwere Bombenangriffe auf Berlin und die Industriegebiete in Brandenburg zerstörten Verkehrsverbindungen und Produktionsanlagen. Vor allem die Bombenangriffe vom März und Mai 1944 wirkten sich verheerend aus, zerstört wurden u. a. die Norddeutsche Motorenfabrik und die Nähmaschinenfabrik Singer in Wittenberge (umgestellt auf Spreng- u. Panzergranatenhülsen sowie Magazine für Handfeuerwaffen), die Flugzeugmotorenfabrik von Daimler in Genshagen, die Arado-Werke in Brandenburg (Havel), Heinkel in Oranienburg oder das Borsig-Lokomotivenwerk in Hennigsdorf. Was die Luftangriffe nicht zerstörten, holten die Kampfhandlungen der „Schlacht um Berlin“ nach.

Kriegsende und Wiederaufbau

Der Wiederanfang in Brandenburg war geprägt durch flächendeckende Demontagen der Produktionsanlagen durch die Rote Armee. Die Provinz wurde praktisch deindustrialisiert und der industrielle Neuanfang partiell verunmöglicht. Mit der Einrichtung der SMAD am 9. Juni 1945 in Berlin-Karlshorst nahmen die Sowjets von Anfang an erheblichen Einfluss auf alle Aufbauvorhaben in der SBZ.

Die Planwirtschaft nach Vorbild der Sowjetunion wurde durch die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) am 12. Februar 1948 eingeführt und die staatliche Planungs-



Am Kriegsende 1945 lagen wichtige Teile der brandenburgischen Industrie in Trümmern – hier die Überreste eines Werks der Auergesellschaft in Oranienburg.

kommission dem Ministerrat unterstellt. Grundprobleme beim Wiederaufbau der DDR-Industrie waren der Mangel an Bodenschätzen und die schmale schwerindustrielle Basis. Einzig die Braunkohle war verfügbar und wurde zum Hauptenergieträger der DDR ausgebaut, zum Teil ohne Rücksicht auf Umwelt und Bevölkerung.

Der vom Staat betriebene Wiederaufbau erfolgte auch durch Verstaatlichung, beginnend bei den Banken und Sparkassen, in der „Industriereform“ vom 30. Oktober 1945 folgten dann die Betriebe des Deutschen Reichs, der Wehrmacht und bestimmter zentraler Wirtschaftsgüter. Aus dieser Beschlagnahmeaktion wurden im Juni 1946 213 Industriebetriebe zur Abgeltung auf kommende Reparationsforderungen der Sowjetunion in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt, die wiederum 1953 für 2,5 Mrd. Mark von der DDR zurückgekauft wurden. Die Kontrolle gaben die Sowjets aber nie ab und hielten noch nach 1953 mit der Sowjetischen Kontrollkommission die Zügel in der Hand. Bis 1948 wurden in der DDR 9.281 Betriebe von „Kriegs- und Naziverbrechern“ enteignet und in Volkseigene Betriebe (VEB) überführt. Dies wurde durch die Bodenreform vom September 1945 flankiert.¹² Die 1949 gegründete DDR wurde 1950 in den „Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe“ (RGW) aufgenommen und in das Außenhandelssystem der Sowjetunion eingegliedert. Mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verlor Brandenburg die Gebiete östlich dieser beiden Flüsse, einzelne Städte wurden geteilt, etwa Frankfurt (Oder) und Guben. Die Länder wurden zerschlagen und am 24. Juli 1952 die Bezirke eingerichtet, Brandenburg erstreckte sich vor allem über die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus.

Eine maßgebliche Hebung des wirtschaftlichen Niveaus erfolgte ab 1952 durch die Neugründung von Industriebetrieben, etwa des Schwermaschinenwerks Wildau,

des Stahl- und Walzwerks in Brandenburg (Havel), des Kranbaus in Eberswalde, der Braunkohle- und Energiebetriebe in der Lausitz und eines Stahlwerks mit Wohnsiedlung bei Fürstenwalde. Dieses letztere „Eisenhüttenkombinat Ost“ (EKO) gab 1961 der aus der „Stalinstadt“ und Fürstenberg zusammengelegten „Eisenhüttenstadt“ den Namen.

Die Planwirtschaft konnte trotz erstem Fünfjahresplan 1951–1955 die Versorgungskrise nicht beseitigen. Die politische Krise vom Juni 1953 resultierte unter anderem aus dieser Krise der Konsumgüterindustrie. Zentren des aufflammenden Protests waren Streiks im Ziegeleiwerk Zehdenick, der Kunstseidenfabrik Premnitz, dem Schraubenwerk Luckenwalde und den Lokomotivbau Elektrotechnische Werke (LEW) in Hennigsdorf. Ein Protestmarsch der Industriearbeiter nach Ost-Berlin kam auch aus dem Zementwerk Rüdersdorf.

Ökonomische Schwierigkeiten der DDR ergaben sich systemisch bereits aus den Vorgaben an die Betriebe, die nicht finanzielle Gewinne als Anreiz erzielen sollten, sondern Produkte im Sinne der Zentralplanerfüllung. Das führte dazu, dass Ressourcen gehortet wurden, um Engpässe in der Produktion überwinden zu können, was wiederum weitere Engpässe nach sich zog.¹³ Beschleunigt wurde die Kluft zwischen Planung und Erfüllung durch die „Innovationsträgheit aller Planwirtschaften“ auf der einen Seite und den Erfolgsdruck auf das Regime durch die Wünsche der Bevölkerung im Ost-West-Vergleich. Dies führte zur Kreditaufnahme und Verschuldung der DDR, die sich ihr Wirtschaftssystem eigentlich nicht leisten konnte, sichtbar insbesondere im Investitionstau der Anlagegüter in der Wirtschaft. Die 1953/54 proklamierte „Vollbeschäftigung“ resultierte vor allem aus einem Arbeitskräftemangel – allein von 1952 bis 1961 flohen 2 Mio. Menschen aus der DDR in den Westen, der Abfluss von Wissen und ausgebildeten Fachkräften war gewaltig. Er wurde 1961 durch den Mauerbau weitgehend gestoppt und durch das „Neue Ökonomische System“ flankiert. Die Planungsziele lauteten Modernisierung und Rationalisierung.

Eines der Planungsprodukte war die Riesenpipeline „Druschba“ („Freundschaft“) aus Sibirien nach Schwedt. Hier wurde 1963 ein neues Kombinat zur Gewinnung von Treibstoffen gegründet, das später Petrolchemisches Kombinat (PCK) getauft wurde. Die Kombinarsreform von 1973 sollte die Produktion durch Zusammenschlüsse und Konzentration intensivieren, als Vorbilder dienten westliche Konzernstrukturen. Es entstanden in diesem Zuge zum Beispiel 1969 das Schwermaschinenkombinat „Ernst Thälmann“ (SKET) mit 30.000 Beschäftigten in 18 Werken oder das VEB Kombinat Tagebauausrüstungen, Krane und Förderanlagen Leipzig (TAKRAF) mit dem VEB Kranbau in Eberswalde oder das IFA-

Kombinat Nutzfahrzeuge Ludwigsfelde. Fast gleichzeitig wurden 1972 die letzten 11.400 privaten Betriebe in der DDR in VEB umgewandelt.

Einzelne Standorte konnten an die Vorkriegsproduktion anknüpfen, etwa der VEB Rathenower Optische Werke Hermann Duncker, der VEB Lokomotivenbau-Elektrotechnisches Werk „Hans Beimler“ in Hennigsdorf, wo in der DDR-Zeit 13.500 Lokomotiven gefertigt wurden, oder der VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels“ in Premnitz, der ab 1951 Viskose-Kunstfasern und Perlon-Stapelfasern in einer ehemals privaten Textilfabrik produzierte.

Brandenburgs Wirtschaft hatte eine herausragende Stellung in der DDR für Braunkohlenkoks (100 %), Polyesterseide (100 %), E-Loks (100 %), Roheisen (75 %), LKW (62 %), Elektroenergie (60 %) und Motorenbenzin (57 %).¹⁴

1982 war die DDR praktisch zahlungsunfähig und wurde durch den von Franz-Josef Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski eingefädelt Kredit der Bundesrepublik sowie die Findigkeit der „Kommerziellen Koordinierung“ (Koko) künstlich am Leben erhalten.



Das IFA-Werk in Ludwigsfelde produzierte ab 1987 den LKW L 60. In einer Werbebroschüre für den internationalen Markt wurde u.a. die Tropentauglichkeit des Fahrzeugs hervorgehoben.

Fall der Mauer und Nachwende

1989 kam der Zusammenbruch nicht überraschend, traf aber die Wirtschaft in Brandenburg hart. Problematisch war allein schon die mangelnde Übung in den Mechanismen im kapitalistischen Wirtschaftssystem, etwa wie man sich am Kapitalmarkt Geld beschafft. Neben Defiziten im Management verursachte der Innovationsstau in den maroden Fabriken eine flächen-deckende Wettbewerbsunfähigkeit in nahezu allen produzierenden Branchen. Weitere Ursachen der auf die politischen Wende folgenden Krise waren die Westwanderung der Arbeitskräfte, die Währungsumstellung der „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ vom 1. Juli 1990, eine verdeckte Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt enorme Kosten durch Umweltbelastungen. Die Produktivität von Ostbetrieben lag 1991 im Schnitt bei 16,7 % im Vergleich zu Betrieben in der Bundesrepublik, jedoch stieg sie 1993 auf 38,5 %, 1995 auf 54,5 % und 1997 auf 60 %.¹⁵

Die Treuhand übernahm 1990/91 8.000 staatseigene Betriebe mit 40.000 Betriebsstätten und 4 Mio. Beschäftigten, von denen nach der Privatisierung noch 2 Mio. beschäftigt waren. Sie privatisierte 14.500 Betriebsstätten, davon 1.600 im am 3. Oktober 1990 wieder gegründeten Land Brandenburg, 850 gingen an ausländische Käufer, 4.300 gingen an Alteigentümer zurück (zumeist aus der letzten Enteignungswelle von 1972) und 3.700 wurden geschlossen. Die Kosten der Privatisierung für die öffentliche Hand beliefen sich bis 2000 auf etwa 230 Mrd. DM. Die Fehlentscheidungen der Treuhandanstalt, die keine strukturpolitischen Vorgaben hatte, sind zahlreich und Gegenstand sowohl der historischen Forschung als auch der juristischen Auseinandersetzung.

Im Land Brandenburg geriet die Stahlindustrie früh in die Zwänge des internationalen Marktes. Die Werke in Brandenburg (Havel) und Hennigsdorf gingen an die Riva-Gruppe, die Zahl der Beschäftigten dort sank von 8.000 auf 700. In Schwedt verringerte die Privatisierung die Zahl der Arbeitskräfte von 50.000 auf 1.400. In der Elektroindustrie betrug der Arbeitsplatzverlust 73 %, in der Textilindustrie 72 %. Der Braunkohlentagebau wurde aufgeteilt in einerseits die Fortführung durch Vattenfall und andererseits die Renaturierung der Flächen durch drei Nachfolgegesellschaften (LMBV, Laubag und MIBRAG).¹⁶

Brandenburgs Entwicklung blieb auch zur nächsten Jahrhundertwende eng verzahnt mit Berlin, die Betrachtung des Großraums als Metropolregion trägt dem Rechnung. Namhafte Stolpersteine in der Landesentwicklung sind mit den Stichworten Cargolifter, Lausitzring, Chipfabrik und Landesentwicklungsgesellschaft benannt. Die Förderung der wirtschaftlichen und



Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) „Fürst-Pückler-Land“ von 2000 bis 2010 wurden am ehemaligen Tagebau Meuro in Großbräschen die „IBA-Terrassen“ angelegt. Seit 2007 wird der neu entstandene Großbräschener See mit Wasser befüllt.

industriellen Entwicklung Brandenburgs wurde seit 2004 durch die Definition von Wachstumskernen unter dem Motto „Stärken stärken“ umgestellt.¹⁷ Bis auf zwei Ausnahmen – Schwedt und das Schönefelder Kreuz – setzen alle diese Wachstumskerne auf Pfadabhängigkeiten aus der wirtschaftlichen Entwicklung auf, die im 19. Jahrhundert ihren Anfang genommen hat.

Literatur

- Werner Abelshäuser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004.
- Kurt Adamy, Kristina Hübener, *Die preußische Provinz Brandenburg im Deutschen Kaiserreich (1871 bis 1918)*, in: Ingo Materna, Wolfgang Ribbe (Hg.), *Brandenburgische Geschichte*, Berlin 1995, S. 503–560.
- Björn Berghausen, Klaus Dettmer: *Der Teltowkanal – Bindeglied und Trennungslinie einer Berlin-Brandenburgischen Industrieregion*, in: *Museumsblätter* 19 (2011), S. 34–37.
- Willi A. Boelcke, *Brandenburgs Wirtschaft von 1990 bis 2004*, in: Günter Bayerl, Klaus Neitmann (Hg.), *Brandenburgs Mittelstand*, Münster 2008, S. 289–298.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hg.), *Die fünf neuen Bundesländer als Wirtschaftspartner*, Köln 1991.
- Laurenz Demps, *Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit (1933–1945)*, in: Ingo Materna, Wolfgang Ribbe (Hg.), *Brandenburgische Geschichte*, Berlin 1995, S. 619–676.
- Industrie- und Handelskammer Cottbus (Hg.), *Die Zukunft der Wirtschaft in Brandenburg-Süd*, Cottbus 2001.
- Dellef Kotsch, *Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1945 bis 1990)*, in: Ingo Materna, Wolfgang Ribbe (Hg.), *Brandenburgische Geschichte*, Berlin 1995, S. 727–794.
- Ulrich Mähler, *Kleine Geschichte der DDR*, München 2004.
- Ingo Materna, *Brandenburg als preußische Provinz in der Weimarer Republik (1918 bis 1933)*, in: Ders., Wolfgang Ribbe (Hg.), *Brandenburgische Geschichte*, Berlin 1995, S. 561–618.
- Ilja Mieck, *Kleine Wirtschaftsgeschichte der neuen Bundesländer*, Stuttgart 2009.
- Jann Müller, *Die Wiederbegründung der Industrie- und Handelskammern in Ostdeutschland im Prozess der Wiedervereinigung*, Stuttgart 2017.
- Ernst Pfohl, Ernst Friedrich: *Die deutsche Wirtschaft in Karten*. Berlin 1928.
- Wolfgang Ribbe: *Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR (1945 bis 1952)*, in: Ingo Materna, Ders. (Hg.), *Brandenburgische Geschichte*, Berlin 1995, S. 677–726.
- Michael Richter, Thomas Schaarschmidt, Mike Schmeitzer (Hg.), *Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert*. Dresden 2007.
- Reinhard Spree (Hg.), *Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, München 2001.
- Karl C. Thalheim, *Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau*, Berlin (West) 1964.

- 1 Chronik.net für den 1. Oktober 1920. <https://chroniknet.de/extra/historisches-wetter/> (20.10.2021).
- 2 Grundlegende Darstellungen, auf denen dieser Text aufsetzt, sind noch immer Ilja Mieck, *Kleine Wirtschaftsgeschichte der neuen Bundesländer*, Stuttgart 2009, und die Beiträge in Ingo Materna und Wolfgang Ribbe (Hg.), *Brandenburgische Geschichte*, Berlin 1995.
- 3 Ingo Materna, *Brandenburg als preußische Provinz in der Weimarer Republik (1918 bis 1933)*, in: Ders., Ribbe, S. 561–618, hier 605.
- 4 Vgl. Kurt Adamy, Kristina Hübener, *Die preußische Provinz Brandenburg im Deutschen Kaiserreich (1871 bis 1918)*, in: Materna, Ribbe, S. 503–560, hier 529–531.
- 5 Björn Berghausen, Klaus Dettmer: *Der Teltowkanal – Bindeglied und Trennungslinie einer Berlin-Brandenburgischen Industrieregion*, in: *Museumsblätter* 19 (2011), S. 34–37.
- 6 Materna, S. 561 f.
- 7 Materna, S. 594.
- 8 Materna, S. 605.
- 9 Laurenz Demps, *Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit (1933–1945)*, in: Materna, Ribbe, S. 619–676, hier 624, und Mieck, S. 33.
- 10 Renate Gruber-Lieblich: „... und morgen war Krieg“. *Arado Flugzeugwerke GmbH Wittenberg 1936–1945*. Wittenberg 1995, S. 8 f.
- 11 Vgl. Demps, S. 654 f.
- 12 Vgl. Mieck, S. 157–161.
- 13 Vgl. hierzu die Ausführungen von Christoph Buchheim: *Von altem Geld zu neuem Geld. Währungsreformen im 20. Jahrhundert*, in: Reinhard Spree (Hg.): *Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. München 2001, S. 141–156, hier 153 f., Zitat 154.
- 14 Mieck, S. 177.
- 15 Mieck, S. 196, Zahlen der Treuhands S. 197.
- 16 Mieck, S. 200–203.
- 17 Vgl. Georg Dube: *Räumliche Koordination von Förderpolitiken. Das Beispiel der „Regionalen Wachstumskerne“ in Brandenburg*, in: Helmut Karl (Hg.): *Koordination raumwirksamer Politik*, Hannover 2015, S. 91–112, v. a. 96–100.

„Jedes Lebewesen vernichtet ...“

Industrialisierung und Wasserverschmutzung an der Dömnitz in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Lars Schladitz



Dokumentation des Fischsterbens an Dömnitz und Stepenitz aufgrund der Wasserverschmutzung, 1938. (BLHA Rep. 6 B, Nr. 955)

Als im Oktober 1938 einige Mitarbeiter des Kreiswiesenamtes eine Untersuchungsreise durch die Flusslandschaft der Dömnitz und Stepenitz unternahmen, bekamen sie von den befragten Anwohnern ein erschütterndes Lagebild: „Die Verschmutzung beider Flußläufe ist zeitweise derartig, daß infolge der Bildung von Fäulnisgasen die Luft bei der Wolfshagener Mühle, bei der Schönhagener Mühle und Kathfelder Mühle in ganz

unerträglich Weise insbesondere an warmen Tagen verpestet wird. Diesserhalb tragen sich sogar einige Bewohner mit dem Gedanken, den Arbeitsplatz freiwillig aufzugeben, weil die entweder dauernd Kopfschmerzen oder Schwindelanfälle bekommen. [...] Das Fischsterben in der Stepenitz von der Mündung der Dömnitz abwärts bis zur Wolfshagener Mühle ist ganz enorm, in der Dömnitz selbst, die in früheren Jahren äußerst fischreich gewesen sein soll, ist jedes Lebewesen, selbst das der Wassermücken und Frösche, vernichtet.“¹

Der Wolfshagener Bürgermeister Ettelt hatte eine Beschwerde bezüglich des Zustands der Flussläufe eingereicht. Insbesondere an den Wassermühlen der Dömnitz und Stepenitz trat die Wasserverschmutzung der Mühlenteiche deutlich hervor. Die Kontrolleure mussten nicht lange nach der Herkunft des verschmutzten Flusswassers suchen: Entlang des knapp 29 Kilometer langen Wasserlaufs der Dömnitz von der Quelle bis zur Mündung in die Stepenitz war nur in der Stadt Pritzwalk eine Konzentration an Industriebetrieben vorzufinden, welche eine derartige Wasserverschmutzung verursachen konnte. Im Fazit des Berichts wurde die Tuchfabrik Gebrüder Draeger als Hauptverursacher der katastrophalen Zustände ausgemacht.

Neu waren diese Vorwürfe indes nicht. Bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts waren periodisch Beschwerden über den Zustand der Prignitzer Wasserläufe eingegangen. Ab 1858 waren auf ehemaligem Weideland am Rand der Pritzwalker Altstadt innerhalb eines Jahrzehnts mehrere stadtbildprägende Industriebetriebe mit hohem Wasserbedarf entlang der Dömnitz angesiedelt worden: die Tuchfabrik Gebrüder Draeger (1858, im Kaiserreich im Besitz der Industriellenfamilie Quandt), die Dampfbierbrauerei Huth, später Gustav Schraube (1862), sowie die städtische Gasanstalt (1864). Die Dömnitz fließt am ehemaligen mittelalterlichen Stadtrand von Pritzwalk im Norden entlang und teilt sich am Meyenburger Tor zur so genannten „Dömnitzinsel“ in den „Freiarm“ und den eigentlichen Flussverlauf im Süden. Bei Wolfshagen mündet sie in die Stepenitz und von dort gelangt ihr Wasser bei Wittenberge in die Elbe.

Im Kaiserreich setzte am Ende des 19. Jahrhunderts ein umfangreicher Diskurs über Gewässerbelastung und

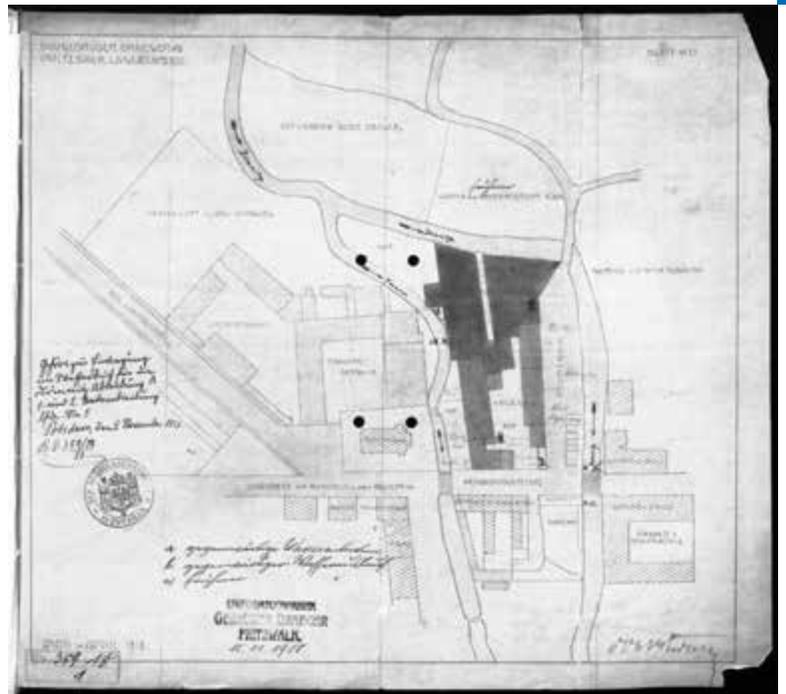
öffentliche Gesundheit ein, der bis zum Ersten Weltkrieg anhielt und zahlreiche Untersuchungen zur Gewässerbelastung durch Industriebetriebe und deren Auswirkung auf die öffentliche Gesundheit einschloss. Gerade in Großstädten wie Hamburg hatte es zahlreiche Epidemien gegeben, die ihren Ursprung in der Wasserverschmutzung hatten. Die Elbe, über die das Wasser der Dömnitz schließlich zur Nordsee gelangt, war sehr stark verschmutzt. Der Chemiker Heinrich Zellner beschrieb im Auftrag der Königlich Preußischen Oberzolldirektion die Gefahren für die Gesundheit und die Verluste in der Fischzucht: „Es fehlt nicht mehr viel und man kann davon sprechen, daß ein Teil der Flüsse, insbesondere der kleinen Flussläufe, ‚Abwasserkanäle‘ geworden sind.“²

Zellner beschrieb beispielhaft die Auswirkungen von Industriebranchen auf das Gewässersystem, darunter auch die der drei industriellen Großbetriebe in Pritzwalk: Die Brauerei ließ vor allem Abwasser vom Ausspülen von Gläsern und Gärbottichen sowie Abwasser aus der Mälzerei in den Fluss ab. Pro Hektoliter Bier wurden etwa sechs Hektoliter Abwasser produziert. Die Leuchtgasfabrikation – wie in der städtischen Gasanstalt Pritzwalk – erzeugte zahlreiche giftige Substanzen, die insbesondere Fische schädigten. Die Tuchfabriken schließlich hinterließen eine Vielzahl unterschiedlicher Abwässer. Aus ihren Produktionsprozessen wurden typischerweise Kalisalze und Metallverbindungen aus der Färberei sowie Seifen und Schaum in den Fluss gelassen.³ Die Tuchfabrik Gebrüder Draeger, welche vor Ort die gesamte Wollverarbeitung von der Wäsche der Schafwolle über die Färberei bis hin zur Walke und Tuchwäsche betrieb, bezifferte die Abwassereinleitung in die Dömnitz bei vollem Betrieb auf durchschnittlich 8.000 Liter pro Minute. Die Verschmutzung der städtischen Wasserläufe war unübersehbar.

Im Zentrum der Untersuchungen um die Wasserqualität in Pritzwalk stand die Tuchfabrik Gebrüder Draeger. Auslöser für eine nähere Untersuchung waren Beschwerden der Anwohner, insbesondere des Betreibers der flussabwärts gelegenen Stadtmühle. Die Mühlenbetriebe am Flusslauf der Dömnitz standen immer im Zentrum der Auseinandersetzungen um Wasserqualität. Einerseits war die Geruchsbelästigung hier am offensichtlichsten, andererseits erlitten sie durch die Verschlammung des Flusses Produktionseinbußen bei den Wasserrädern und Turbinen.

So forderte die Pritzwalker Polizei-Verwaltung die Tuchfabrik Gebrüder Draeger am 16. November 1912 auf, wegen der Verschmutzung eine fabrikinterne Klärung einzuführen. Bei einer Weigerung seitens der Tuchfabrikanten würde es zum Verbot der Einleitung von Abwässern kommen.⁴ Dem Schreiben der städtischen Behörden folgte 1913 eine Untersuchung seitens

des Landkreises Ostprignitz. Der königliche Landrat Winterfeld in Kyritz schrieb im September 1913 an die Tuchfabrik Gebrüder Draeger: „Es steht fest und wird von Ihnen zugegeben, daß die Abwässer Ihrer Tuchfabrik ungeklärt in den Dömnitzfluß gelangen. Ferner ist durch das Gutachten der Königlichen Versuchs- und Prüfungsanstalt für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Berlin am 13. August 1912 No. 5533 festgestellt, daß durch diese Verunreinigung des



Lageplan der Tuchfabrik Gebr. Draeger Pritzwalk mit Vermerk der Einlassstellen für Fabrikabwässer. (BLHA Rep. 31 A, Nr. 2572)

Flusses, dieser innerhalb der Stadt mehr einem offenen Faulbecken als einem Flusse gleicht und daß dieser Zustand die Gesundheit die Allgemeinheit ständig gefährdet.“⁵

Die Tuchfabrik erwiderte auf dieses Schreiben innerhalb von drei Tagen. Sie übernahm zwar den vom Landrat gezogenen Vergleich der Dömnitz mit einem Faulbecken, machte aber die Abwässer der naheliegenden Ställe, der Gerbereien und auch „das unregelmäßige Arbeiten der Mühlen“⁶ dafür verantwortlich. Für eine bessere Kläranlage reiche der Stand der Technik nicht aus. Man wäre allerdings gern bereit, die eigene Anlage zu modernisieren, wenn die entsprechende Technik sich wirtschaftlich einsetzen ließe. Einige Tage später folgte eine Stellungnahme zur Art der Abwässer: „Unsere Abwässer rühren aus der Wäscherei und Färberei her und zwar werden die Abwässer der Wäscherei in großen Klärbecken gereinigt, in welchem die schweren Bestandteile der Abwässer zu Boden sinken, sodass monatlich 8–10 cbm Schmutz entfernt werden. Bezüg-

lich der Abwässer der Färberei bemerken wir, dass es nicht möglich ist, die Farbstoffe aus den Abwässern zu entfernen, da ein geringes Quantum Farbstoff genügt, tausende von Litern Wasser zu färben. Die Abwässer werden daher stets mehr oder weniger ein blaues, grünes oder rotes Aussehen zeigen. Die Beseitigung der Farbstoffe aus den Abwässern würde die Wirtschaftlichkeit unseres Betriebes in Frage stellen.“⁷

Die Gewässerfrage in Pritzwalk ging schließlich an den Regierungspräsidenten in Potsdam. Er leitete eine Begehung und Kontrolle der Umstände vor Ort ein. Die Begehung bestätigte den Verdacht, dass es die Tuchfabrik war, die die starke Verschmutzung der Wasserläufe verursachte.⁸ Jedoch zeichnete sich zugleich Kompromissbereitschaft ab. Die Verteidigungsstrategie der Tuchfabrikanten, die Wirtschaftlichkeit des Betriebes infrage gestellt zu sehen, zeigte offensichtlich Wirkung. Zu der Zeit waren in der Tuchfabrik 129 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt, was für Pritzwalk ein großes Gewicht hatte. Die Fabrik war zu einem der wichtigsten Wirtschaftsbetriebe der Stadt aufgestiegen. Angesichts der bereits vorliegenden Planungen für eine städtische Kanalisation übten die Behörden schließlich weniger Druck auf die Tuchfabrikanten aus, als das erste Schreiben vom 16. November 1912 suggerierte. Diese Nachgiebigkeit entsprach dem zu jener Zeit dominanten Diskurs, nach dem Umweltschäden ein notwendiges Opfer darstellten, das für den wirtschaftlichen Wohlstand gebracht werden müsse. Industrielle Wasserverschmutzung wurde in hohem Maß toleriert.

Preußen erließ am 7. April 1913 das erste vereinheitlichte Wassergesetz. Das Gesetz war nicht sehr detailliert, bestimmte allerdings eine Genehmigungspflicht für das Einlassen von Abwässern und eröffnete die Möglichkeit, Unternehmer für Schäden haftbar zu machen. Die Gebrüder Draeger beantragten im September 1915 die Entnahme von Wasser aus dem Tiefenbrunnen und aus der Dömnitz sowie die Einleitung des Abwassers in den Fluss. Eine beiliegende Erklärung argumentiert, dass dies als legitime Fortsetzung jahrzehntelanger Praxis anzusehen sei. Die gesamte Korrespondenz kam danach zum Erliegen, sicherlich auch durch die Notlage des Ersten Weltkrieges. Ende 1915 kam ein Verbot zur Verarbeitung von Webgarnen, so dass auch die Färberei weniger Betrieb hatte. Eine echte Lösung der Verschmutzungsprobleme hatte es nicht gegeben. Die Abwasserbearbeitung der Fabrik blieb bei einer dezentralen Anlage mit vier über das Grundstück verteilten Klärbecken, bevor das Abwasser kurz vor der Stadtmühle in die Dömnitz gelangte.

Die städtische Kanalisation wurde erst 1933 in Betrieb genommen, richtete sich jedoch in erster Linie an die Abwässer der Haushalte. Für die Klärung der Abwässer

an der Tuchfabrik war nach wie vor ein Klärbecken auf dem Fabrikgelände in Verwendung. 1938 wurde auf die Beschwerde des Wolfshagener Bürgermeisters erneut eine Untersuchung eingeleitet. Der Obermüller aus Wolfshagen wurde mit der Aussage zitiert, dass seit 1921, nachdem die kriegsbedingte Produktionsunterbrechung überwunden war, Fischsterben vorkämen, und zwar vermehrt ab Pfingsten, also an den wärmeren Sommertagen. Die Inspektoren begaben sich wieder flussaufwärts zu den einzigen industriellen Produzenten an der Dömnitz, den drei Betrieben im Norden Pritzwalks. Die Kläranlage der Tuchfabrik Gebrüder Draeger wurde immer noch als völlig unzureichend und im schlechten Zustand befindlich erklärt. Mit Kriegsbeginn 1939 endete aber auch diese Etappe der Auseinandersetzung ohne Ergebnis.

In Folge des Zweiten Weltkriegs wurde der Betrieb der Tuchfabrik eingestellt. Sämtliche Maschinen wurden 1945 als Reparationsleistung durch die sowjetische Besatzungsmacht abgebaut. Die industrielle Verschmutzung der Dömnitz in Pritzwalk verringerte sich dadurch, die Schäden am Fluss blieben jedoch, auch durch die Düngung im Zuge der nun forcierten Landwirtschaft, für Jahrzehnte bestehen.

Teile der ehemaligen Tuchfabrik und der benachbarten Brauerei Schraube werden heute als Museumsstandorte genutzt. Der Fluss wird im Verlauf des Museumsbesuchs überquert. Die Dömnitz wurde seit den 1990er Jahren renaturiert und beherbergt wieder zahlreiche Tierarten. Der Zustand des Flusses und sein Zusammenspiel mit der denkmalgeschützten Industriearchitektur kann direkt erfahren werden. Damit bietet sich die Einbindung dieses umwelthistorischen Themas in die Dauerausstellung an. Der Umstand, dass die Pritzwalker Fabriken die einzigen potenziellen industriellen Wasserverschmutzer entlang des Wasserlaufs der Dömnitz waren, lässt eine genauere historische Untersuchung der Auswirkungen von Industrie auf Wasserkreisläufe und deren soziale Verhandlung zu. Das „objektarme“, aber aktenreiche Thema wird in der Ausstellung mit Hilfe einer multimedialen Aufbereitung in Kombination mit Modellbau vermittelt.

1 Kreiswiesenant in Perleberg an Landrat in Kyritz, 13.10.1938. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep 6 B Kreisverwaltung Ostprignitz Nr. 955.

2 Heinrich Zellner, Die Verunreinigung der deutschen Flüsse durch Abwässer der Städte und Industrien, Berlin 1914.

3 Ebd.

4 Polizei-Verwaltung Pritzwalk an Gebr. Draeger, Pritzwalk, 16.11.1912 (BLHA Rep. 251.09, Nr. 614).

5 Der königliche Landrat in Kyritz an Gebr. Draeger, 15.09.1913 (ebd.).

6 Gebr. Draeger an den königlichen Landrat in Kyritz, 18.09.1913 (ebd.).

7 Gebr. Draeger an den königlichen Regierungspräsident, 26.09.1913 (ebd.).

8 Der Regierungspräsident in Potsdam an Gebr. Draeger, 11.12.1913 (ebd.).



oben:
Die Dömnitz an der Tuchfabrik, heute
Außengelände der Museumsfabrik Pritzwalk,
2021.

links:
Multimediale Vermittlung der Gewässer-
verschmutzung in der Museumsfabrik Pritzwalk,
2021

Museumsfabrik Pritzwalk
Meyenburger Tor 3A
16928 Pritzwalk
<https://www.museum-pritzwalk.de/>

„Vorstoß bis zur letzten Lampe“

Die Märkische Elektrizitätswerk A. G. als Pionier der Überlandversorgung in Brandenburg

Axel Drieschner



Das Kraftwerk Heegermühle bei Eberswalde, Ansichtskarte von 1917.

Seit einigen Jahren ist Berlin sehr erfolgreich darin, sich unter dem Begriff „Elektropolis“ als Vorreiter der Elektrifizierung zu positionieren. Dabei könnte das Land Brandenburg mit einer ganz ähnlichen Erzählung aufwarten. Sie handelte von der raschen und modellhaft umgesetzten Elektrifizierung des ländlichen Raumes, einer effektiven Strukturpolitik zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Stadt und Land, einer als Daseinsvorsorge begriffenen gemeinwirtschaftlich organisierten Stromerzeugung und -verteilung. Zugleich kündete sie von einer problematischen Konzentration auf dem Energiemarkt und der Verdrängung vielfältiger lokaler Akteure. Dieser Beitrag tritt dafür ein, sich diesem kaum betrachteten Kapitel der Landesgeschichte stärker zuzuwenden. Es beinhaltet viele aktuelle Anknüpfungs-

punkte. Denn mit der Abwendung von fossilen Brennstoffen erhält Elektrizität als Energieform weiter zunehmende Bedeutung. Alte Fragen werden neu verhandelt: Wem sollen die Anlagen zur Erzeugung und Lieferung von Elektrizität gehören? Wie können Bürger, Genossenschaften oder Kommunen beteiligt werden? Wie lassen sich Kosten und Gewinne gerecht verteilen?

Es liegt nahe, diese Problemfelder auch kulturhistorisch in den Blick zu nehmen.¹ Untersucht man sie bezogen auf Brandenburg und die angrenzenden Regionen, steht als zentraler Akteur der Landesversorger Märkische Elektrizitätswerk A.G. (MEW) im Fokus.² Das MEW versorgte gegen Mitte der 1930er Jahre sechs Millionen Menschen in rund 6.500 Städten und Gemeinden mit

Strom. Mit einer Stammebelegschaft von mehr als 5.000 Personen war es im Nordosten Deutschlands einer der größten Betriebe in öffentlicher Hand.³

Das MEW geht zurück auf eine Gründung des AEG-Konzerns und der Elektrobank Zürich. Die Regie führte dabei Georg Klingenberg, damals Leiter der AEG-Abteilung zur Entwicklung und zum Betrieb von Kraftwerken.⁴ Das MEW entstand 1909 als Betriebsgesellschaft eines von Klingenberg konzipierten Steinkohlekraftwerks, das in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht als wegweisend galt.⁵ Geplant war, von einem in Eberswalde gelegenen Überlandwerk aus die umliegenden Landkreise zentral und preiswert zu versorgen.⁶ Die ab 1908 für eine Leistung von zunächst 8,8 Megawatt (MW) erbaute Anlage schuf energiepolitisch allerdings neue Fronten.⁷ Damals bestanden in der Provinz Brandenburg etwa einhundert Kraftstationen von lokalem Wirkungsradius. Eine Fernversorgung, wie sie die AEG mit dem Kraftwerk begründete, wurde bis dahin nicht praktiziert. Auf Gemeindeebene rief das Projekt daher heftige Reaktionen hervor. So versuchte die Stadt Eberswalde, den kommunalen Strommarkt gegen den Eindringling abzusichern. Nichtsdestotrotz glückte dem MEW bis 1916 der Anschluss von über dreihundert Ortschaften an seine Licht- und Kraftversorgung.

Die weitere Entwicklung des MEW wurde von der Rivalität zwischen Berlin und der Mark Brandenburg vorangetrieben. Gerade hatte die Stadt Berlin die gesamten Anlagen der Berliner Elektrizitätswerke von der AEG erworben, um über den Stadtkreis hinaus als Stromversorger tätig zu werden. Die Provinzialregierung der Provinz Brandenburg war alarmiert und begann, ein vergleichbares Versorgungsunternehmen aufzubauen. Sie erwarb 1916 zunächst die Aktienmajorität des MEW und vier Jahre später das verbliebene Firmenskapital.⁸ Nun begann der systematische Ausbau des MEW zu einem großen Landesversorger. Sein Hauptsitz wurde von Eberswalde nach Berlin in einen Repräsentationsbau der Provinzialverwaltung verlegt. Das Unternehmen erfuhr ein rasantes, bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs sich fortsetzendes Wachstum. Dabei bot es kapitalstarken Großkonzernen, welche seit dem Ersten Weltkrieg erhebliche Kraftwerksleistungen aufgebaut hatten, die Stirn.

In den 1920er Jahren drängte das MEW mit niedrigen Tarifen verstärkt in den öffentlichen Energiesektor; kommunale Infrastrukturen wurden aufgekauft, um Großversorgungsgebiete zu bilden. Finanznöte trieben die zur Eigenversorgung entschlossenen Gemeinden und Landkreise zur Abtretung ihrer Kraftwerke und Verteilungsnetze. Dem MEW gelang es zudem, sich mit dem Bau eines leistungsstarken Kraftwerks in Finken-



Das erste Geschäftslokal des MEW in einem gemieteten Privathaus in der Eisenbahnstraße 64 in Eberswalde, Aufnahme 1913.

heerd bei Frankfurt (Oder) einen Platz neben den mächtigen Konkurrenten, allen voran der Elektrowerke A. G., zu erstreiten. Die Provinz konnte damit die Stromtarife eigenständig bestimmen und für eine aktive Standortpolitik einsetzen: „Die politische und wirtschaftliche Lage bringe es mit sich, daß die Ansiedlung von Industrie in dieser Gegend erwartet werden müsse und es sei die Pflicht des Märkischen Elektrizitätswerkes, diese Entwicklung zu unterstützen“.⁹

Gemäß den hochgesteckten Ambitionen und den laufend verbesserten technischen Möglichkeiten sollte das ab 1922 errichtete Großkraftwerk die Kapazität von Heegermühle deutlich übertreffen. Zu seinem Betrieb erwarb die Provinz zugleich eine Braunkohlegrube bei Brieskow-Finkenheerd. Das Kraftwerk entstand in direkter Nähe zu dieser Energiequelle sowie unmittelbar an der Bahnlinie Frankfurt-Fürstenberg-Guben. Ein Nebenarm der Oder ermöglichte den Kühlwasseraustausch und machte dadurch den Bau von Kühltürmen überflüssig. Die Maschinenleistung sollte von zunächst 30 MW planmäßig auf 125 MW ausgebaut werden. Die Bedarfsprognosen für das rasch wachsende MEW-Netz entwickelten sich jedoch so rasant, dass bis 1930 die installierte Leistung auf 170 MW erhöht wurde. Finkenheerd gehörte damit zu den zehn größten Kraftwerken im Deutschen Reich. Von dieser Basis aus konnte das MEW beinahe den gesamten nordostdeutschen Strommarkt – mit Ausnahme Berlins – erobern: Durch den Abschluss von Lieferverträgen mit Gemeinden, Landkreisen und Energiegenossenschaften, den Zukauf bestehender Netze und die Elektrifizierung bislang unerschlossener Gebiete. Um die kommunalen Körperschaften für dieses Vorgehen zu gewinnen, beteiligte die Provinz die Landkreise und Kreisfreien Städten am Aktienkapital des MEW.



Einweihung des Kraftwerks Finkenheerd, in der Mitte (mit Stock) Generaldirektor G. Warrelmann, rechts außen W. Zschintzsch; Foto 1923.

Bis 1934 erfuhr das Versorgungsgebiet des MEW deutliche Erweiterungen. So konnten der Freistaat Mecklenburg-Schwerin und die Provinz Pommern einbezogen werden. Das MEW-Netz überspannte nun fast ein Fünftel des Reichsgebiets, von Stettin im Norden bis zum niederschlesischen Grünberg im Süden. Das Unternehmen rühmte sich als musterhaft dank seines „großen, räumlich zusammenhängenden und einheitlich vom Großkraftwerk bis zum letzten Verbraucher versorgten Gebietes [...], das 53 Stadt- und Landkreise umfasst“. ¹⁰ Als weiteres Alleinstellungsmerkmal galt, dass „das MEW den erzeugten Strom jeder einzelnen versorgten Gemeinde, großenteils sogar dem letzten Abnehmer unmittelbar zuführt“, während andere Unternehmen „entweder nur Erzeuger- oder Verteilerwerke sind“. ¹¹

Die Erschließung weitgestreuter Abnehmergruppen wie Dorfgemeinden, Kleinstädte und Gutshöfe erforderte hohe Investitionen in Überlandleitungen, Netzstationen und weitere technische Infrastruktur. Aufgrund der großindustriell angelegten Brennstoffgewinnung und -verstromung in Finkenheerd konnte das MEW dennoch günstige Tarife anbieten: „Es ist erreicht worden, dass ein Überlandgebiet trotz der großen Schwierigkeiten der ländlichen Versorgung zu Preisen beliefert wird, die zu den vorteilhaftesten im ganzen Reiche zählen.

Dadurch werden diesem Gebiete große Entwicklungsmöglichkeiten geboten, die ohne eine solche wohlfeile Licht- und Kraftversorgung nicht vorhanden wären.“ ¹² Dabei barg der hohe Anteil von Kleinabnehmern auch Vorteile: „Das MEW-Gebiet stellt eine Mischung elektrizitätswirtschaftlich wertvoller industrieller Gebiete mit weniger wertvollen landwirtschaftlichen Gebieten dar, wobei zu den letzteren hauptsächlich der dünn besiedelte Osten gehört. Die wirtschaftliche Kraft des Versorgungsgebietes liegt jedoch in dem Zusammenschluss dieser Gebiete, der einen ausgezeichneten Lastausgleich mit sich bringt.“ ¹³

Der „Vorstoß bis zur letzten Lampe“, so ein damaliges Schlagwort der Großversorger, dem sich das MEW besonders verpflichtet sah, leistete also einen Beitrag zur gleichbleibenden Ausnutzung der Anlagen. Mit niedrigen Grundtarifen warb das MEW unablässig für die Elektrifizierung der Küchen und der Landwirtschaft. Es propagierte offensiv den Erwerb von Elektroherden, Waschmaschinen, Kühlschränken, Geräten zur Bereitung von Tierfutter etc. Dazu gab das MEW Publikumszeitschriften heraus, die Namen trugen wie „Elektrizität in Haus und Hof“, „Zeitgemäßer Haushalt“, „Knips – Allerlei vom Strom für die Jugend“. Auch des Mediums Film bediente es sich: 1928 entstand ein Dokumentarstreifen unter dem Titel „Die Stromver-

sorgung der Provinz Brandenburg durch das Märkische Elektrizitätswerk A.-G.". Als die 1929 einsetzende Wirtschaftskrise die Stromabnahme der Industrie einbrechen ließ, konnte das MEW dies durch den Zuegewinn von Kleinabnehmern beinahe ausgleichen. Es war daher im Vergleich zu anderen Elektrizitätsversorgern von der Krise nur wenig betroffen.

Wirtschaftlich bedeutete das Jahr 1933 für das MEW, wie für die deutsche Elektrizitätswirtschaft insgesamt, keine deutliche Zäsur. Der Expansionsdrang der führenden Stromversorger konnte sich im neuen politischen Umfeld ungebrochen fortsetzen. Aus den Reihen regionaler und kommunaler Funktionäre formierte sich zwar Kritik an der wachsenden „Abhängigkeit von den Großunternehmen“ und dem „Totalitätsanspruch“, mit dem sie ihre Vertragsgebiete unaufhaltsam erweiterten.¹⁴ Entgegen ihrer ursprünglich konzernfeindlichen Propaganda erkannten die NS-Machthaber jedoch die überragende Bedeutung der Großkraftwirtschaft für die Realisierung ihrer Rüstungsziele.¹⁵ Insgesamt machten sie sich deshalb die Interessen der Energiekonzerne zu eigen und versperrten sich einer „Kommunalisierung der Elektrizitätswirtschaft“, den sie als „Luxus von Eigenbrötelei und Unwirtschaftlichkeit“ brandmarkten: „Ohne den Einsatz der nach Standort, Energiequellen und Betriebsumfang günstig arbeitenden Großkraftwerke und ihrer Verbundleitungen wäre die Befriedigung des wachsenden Bedarfs der Industrie zu wirtschaftlichen Bedingungen nicht möglich.“¹⁶ Das im Dezember 1935 veröffentlichte Energiewirtschaftsgesetz bedeutete in doppelter Hinsicht eine Weichenstellung: Es erteilte den Großversorgern eine öffentlich-



Das Großkraftwerk Finkenheerd, Foto um 1940.

rechtliche Privilegierung, welche bis in unsere Gegenwart hinein fortwirkt. Zugleich ermöglichte es die verstärkte Einbeziehung der Energiewirtschaft in die Kriegsvorbereitungen. Den organisatorischen Rahmen schuf die Zusammenfassung der Unternehmen in der „Reichsgruppe Energiewirtschaft“ mit der „Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung“ als Unterabteilung. Auf dieser Grundlage konnten bis Kriegsbeginn die Kraftwerkskapazitäten mehr als verdoppelt werden.

Bei der Einverleibung von Kleinversorgern zögerte das MEW auch im „Dritten Reich“ nicht, seine Machtstellung auszuspielen. Beobachter prangerten die



Tagebau der Braunkohlengrube Finkenheerd, im Hintergrund das Kraftwerk. (aus: „Das Märkische Elektrizitätswerk. Ein Überblick über die ersten 25 Jahre seiner Entwicklung, Berlin 1934.)

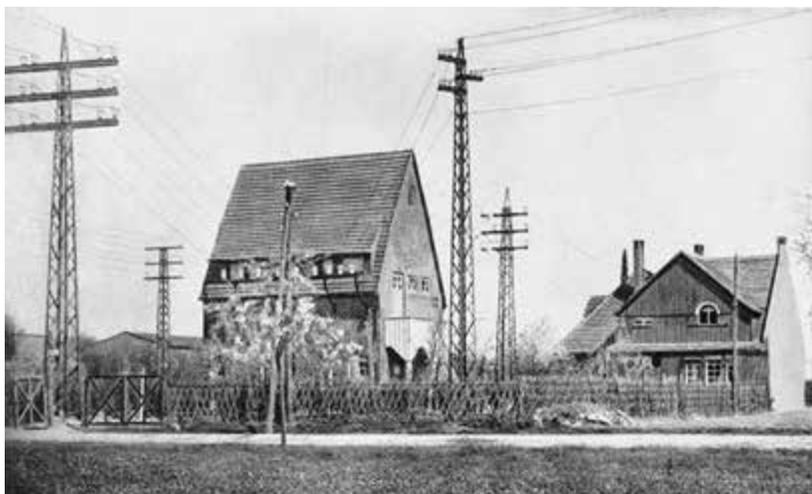


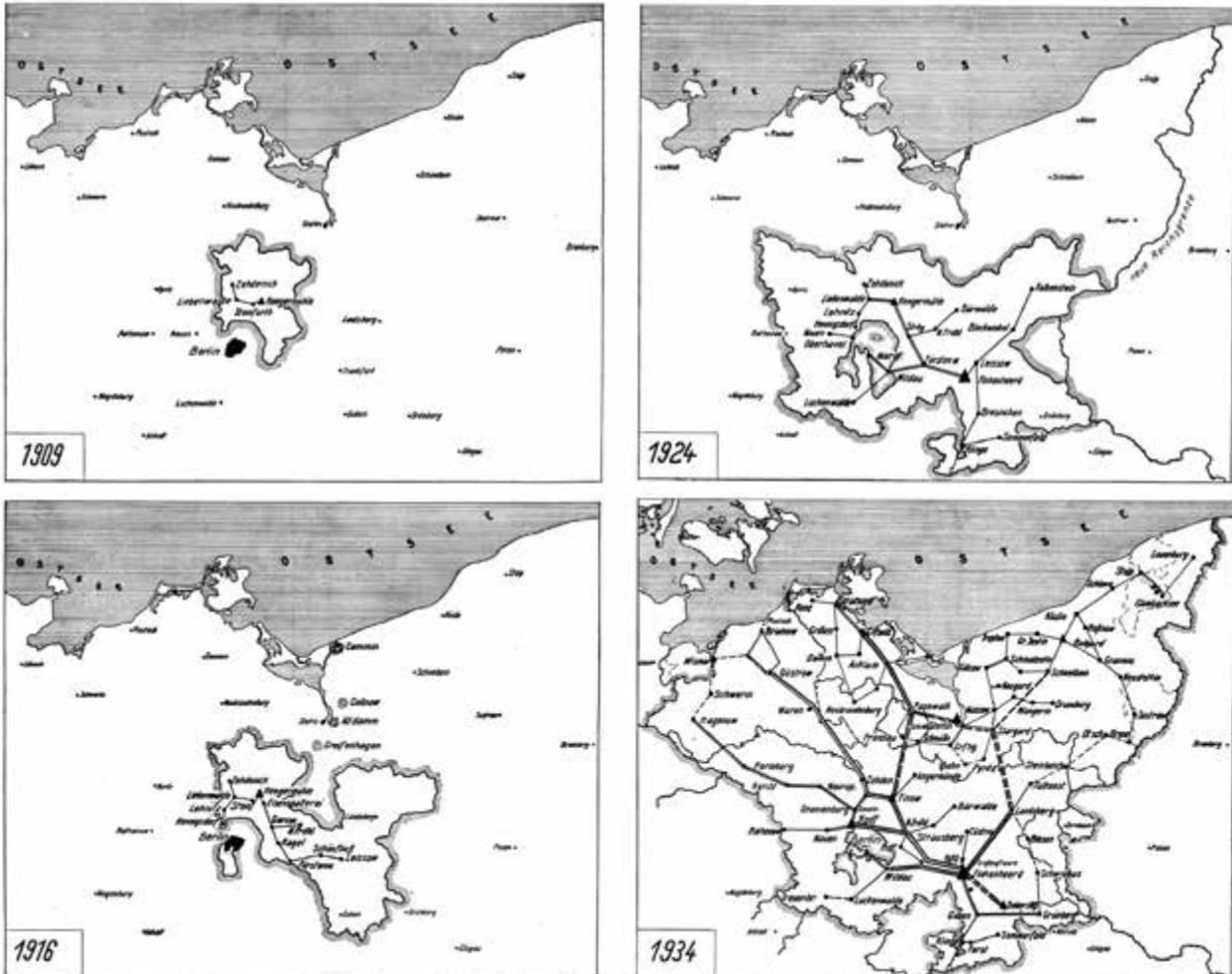
Turbinenhalle des Kraftwerks Finkenheerd

„Anwendung rücksichtsloser Konkurrenzmethoden im Verkehr öffentlich-rechtlicher Körperschaften“ an.¹⁷ Die Beschwerden seitens lokaler und regionaler Amtsträger gegen das MEW rissen nicht ab.¹⁸ Dem hielten die Konzernoberen entgegen: „Die zentrale Energieversorgung ist aus den Gebieten des deutschen Ostens überhaupt nicht fortzudenken; niemals hätte dieses dünnbesiedelte Land in anderer Weise überhaupt energiewirtschaftlich erschlossen werden können.“ Zudem stelle „das MEW [...w] in dem armen deutschen Osten ein großes wirtschaftliches Aktivum dar, das in jeder Beziehung pfleglichst behandelt werden muß.“ Die Argumentation mündete in dem Ausblick: „Die weitere Entwicklung des MEW ist insbesondere aus den Gründen einer deutschen Siedlungs- und Ostpolitik notwendig. Die gesamtdeutschen Gründe erfordern Industrieverlagerung von dem Westen nach dem Osten“, dies aber setze „ein bis zum äußersten wirtschaftlich organisiertes Elektrizitätsunternehmen voraus, da nur so der Industrie günstige Tarife angeboten werden können.“¹⁹



Stationen Marienwerda (re. u.) bei Eberswalde und Heckelberg (li. u.) bei Strausberg; Hochspannungsleitung nach Blockwinkel, Landkreis Landsberg/W. (re.) 1909–1913. (aus: „Das Märkische Electricitätswerk. Ein Überblick über die ersten 25 Jahre seiner Entwicklung, Berlin 1934.)





Erweiterungsschritte des MEW-Versorgungsgebiets von der Gründung bis 1934. (aus: „Das Märkische Elektrizitätswerk. Ein Überblick über die ersten 25 Jahre seiner Entwicklung, Berlin 1934.)

Die autarkiepolitischen sowie standort- und rüstungspolitischen Ziele der NS-Führung bestimmten den Rahmen und das Tempo für die weitere Entwicklung des MEW. Ende 1933 hatte es bereits mit dem Bau eines Pumpspeicherwerks im niederschlesischen Deichow (46 MW) begonnen. 1935 ordnete es den Einbau einer modernen 25 MW-Maschine im Kraftwerk Finow an, womit dieses „aus seinem ‚Dornröschenschlaf‘ nochmals geweckt“ wurde.²⁰ Laut dem Geschäftsbericht von 1937 erforderten „die großen Aufgaben des MEW [...] die Aufstellung eines neuen Bauprogramms“.²¹ In Pommerensdorf bei Stettin wurde 1939 ein neues Großkraftwerk fertiggestellt, das mit 150 MW Leistung fortan einen zweiten Produktionsschwerpunkt im Netz des MEW bildete. Planungen für kriegswichtige Industriekomplexe, allem voran energiehungriger großchemischer Werke, ließen die Bedarfsprognosen weiter steigen. Bereits vor Kriegsbeginn begann das MEW zwei weitere Großkraftwerke zu projektieren, für Havelberg an der Elbe und Fürstenberg (Oder), etwa zwanzig Kilometer südlich von Finkenheerd, die jedoch nicht mehr fertiggestellt wurden.

Den Eroberungskrieg gegen Polen verstand das MEW als Einladung zur weiteren Revierausdehnung. Im November 1939 offerierte es die „Elektrifizierung des Reichsgaues Wartheland“: Da dieses Territorium „schon jetzt eine gemeinsame Grenze von fast 250 km mit unserem Unternehmen hat, liegt eine elektrizitätswirtschaftliche Verbindung [...] nahe.“ Bezogen auf die Elektrizitätsnetze der Städte Posen/Poznań und Lodz/Łódź fordert das Unternehmen selbstbewusst „eine Beschlagnahme dieser Verteilungsanlagen zu unseren Gunsten“.²² Generaldirektor Georg Warrelmann, der aufgrund seines Auftretens gegenüber Kommunen und aus Sicht der Nationalsozialisten zu geringer Bindung an die NSDAP als Hindernis für die Verhandlungen galt, wurde nach zwei Jahrzehnten Führungstätigkeit für das MEW zum Rücktritt gezwungen.²³ Sein jüngerer Nachfolger Wilhelm Zschintzsch war bereits als Leiter der Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung über das Unternehmen hinaus profiliert.²⁴ In seiner Antrittsrede formulierte Zschintzsch euphemistisch, „daß das MEW vom ersten Tage des Vormarschs der deutschen Truppen an es sich habe angelegen sein lassen, die



Cover der Zeitschrift „Wir und das Werk“, 5/1939

neu in Besitz genommenen Gebiete vorläufig elektrowirtschaftlich zu betreuen“.²⁵

Bereits in der ersten Kriegsphase kündigten sich beim MEW jedoch Produktionsengpässe an. Die „technischen Anlagen waren [...] bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt“, vermerkte der Geschäftsbericht für 1940.²⁶ Unter Zurückstellung von Instandhaltungsmaßnahmen zehrte das Unternehmen von der Substanz.²⁷

Zur Schaffung neuer Kraftwerkskapazitäten legte das Reich das sogenannte Wärmekraft-Sofortprogramm auf. In kürzester Zeit sollten damit moderne, technisch vereinheitlichte Großkraftwerke entstehen. Wilhelm Zschintzsch war ein zentraler Protagonist dieser Bestrebungen. Albert Speer, Rüstungsminister und Generalinspektor für Wasser und Energie, ernannte ihn zu seinem Beauftragten für das Wärmekraft-Sofortprogramm, intern „Zschintzsch-Programm“ genannt. In diesem Zusammenhang wurde Anfang 1943 auch der Bau des Großkraftwerks in Fürstenberg (Oder) begonnen. Die Hauptlast der Arbeiten mussten Zwangsarbeiter tragen, darunter Juden aus dem Ghetto Lodz und sowjetische Kriegsgefangene aus dem Stalag III B in Fürstenberg (Oder). Bis zum Vorstoß der Roten Armee Anfang Februar 1945 wurde das Kraftwerksprojekt fieberhaft vorangetrieben. Wenig später ließ die sowjetische Besatzungsmacht die installierten Anlagen demontieren.

Auch für das MEW insgesamt bedeutete das Kriegsende einen Einschnitt. Es wurde 1947 in Brandenburgisch-Mecklenburgische Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft (BMEW) umbenannt²⁸ und im Folgejahr der VVB (Z) Energiebezirk Nord zugewiesen.²⁹ Das Land Brandenburg beanspruchte nach Auflösung des Provinzialverbands das Firmeneigentum überwiegend für sich und protestierte vergeblich, „daß das gesamte Vermögen des BMEW, welches ausschließlich im Besitz des Landes Brandenburg (ca. 68 %) und des Landes Mecklenburg (ca. 32 %) und mit einem Effektiv-Vermögen von etwa RM 550/600 Millionen ein Bestandteil des Landeseigentums überhaupt bildet, den Ländern entzogen werden soll“.³⁰

Die Folgen von Krieg und Demontagen wurden im vormaligen MEW-Netz nur langsam überwunden. Noch in den 1950er Jahren lag die jährliche Stromabgabe des Kraftwerks Finkenheerd unter der Hälfte der einst erzielten Werte.³¹ Wilhelm Zschintzsch, bis 1945 Generaldirektor des MEW und verantwortlich für den mörderischen Einsatz von Zwangsarbeitern im Wärmekraft-Sofortprogramm, trat 1949 die Leitung der Energiewirtschaftsstelle des Volkswagenwerks in Wolfsburg an.³² Zu dieser Stellung verhalf ihm ein alter Bekannter, der Volkswagen-Chef Heinrich Nordhoff, bis 1945 Generaldirektor des Opel-Werks in Brandenburg/Havel.³³

Vom MEW, einst als „Stolz der Provinz“ apostrophiert, zeugt heute auf den ersten Blick nur noch wenig. Das Kraftwerk Finkenheerd wurde 1992 stillgelegt und wenige Jahre später mitsamt seiner eindrucksvollen Turbinenhalle abgerissen. Die Villa des Betriebsdirektors und die Wohngebäude der Werkssiedlung sind im Verfall begriffen. In Eberswalde, der „Wiege des MEW“³⁴, wurde das Verwaltungsgebäude des Unternehmens vor wenigen Jahren abgerissen. Das Kraftwerk Heegermühle, die Inkunabel der Überlandversorgung im Land Brandenburg, wurde mitsamt darin gelagerter historischer Akten- und Planbestände jahrelang dem Vandalismus preisgegeben. Nach dem Abbruch des Kesselhauses ist die denkmalgeschützte Anlage ein Torso. In ihrem Tourismusportal anerkennt die Stadt Eberswalde deren architektonische Bedeutung: „Dies war der erste und bis heute einzige Industriekomplex am Finowkanal mit bewusst gestalteter Schaufrent zur weithin sichtbaren Wasserachse.“³⁵

Im heute zu Eisenhüttenstadt gehörenden Fürstenberg ragen am Oderdeich die durch einen Teilabriss reduzierten Reste des Kraftwerks empor, inzwischen denkmalgeschützt, jedoch ohne erklärende Informationen vor Ort. Das Städtische Museum Eisenhüttenstadt zeigte dort 2008 im Rahmen von „Kulturland Brandenburg“ eine temporäre Freilichtausstellung – wohl die einzige Schau im Land, die das MEW bislang thematisierte.³⁶

Es bietet sich an, hier nachzulegen. Für viele Museen im Land könnte das Thema interessant sein, nicht zuletzt angesichts der zunehmend dringlich geführten gesellschaftlichen Debatte um die künftige Gestaltung unseres Energiesystems.



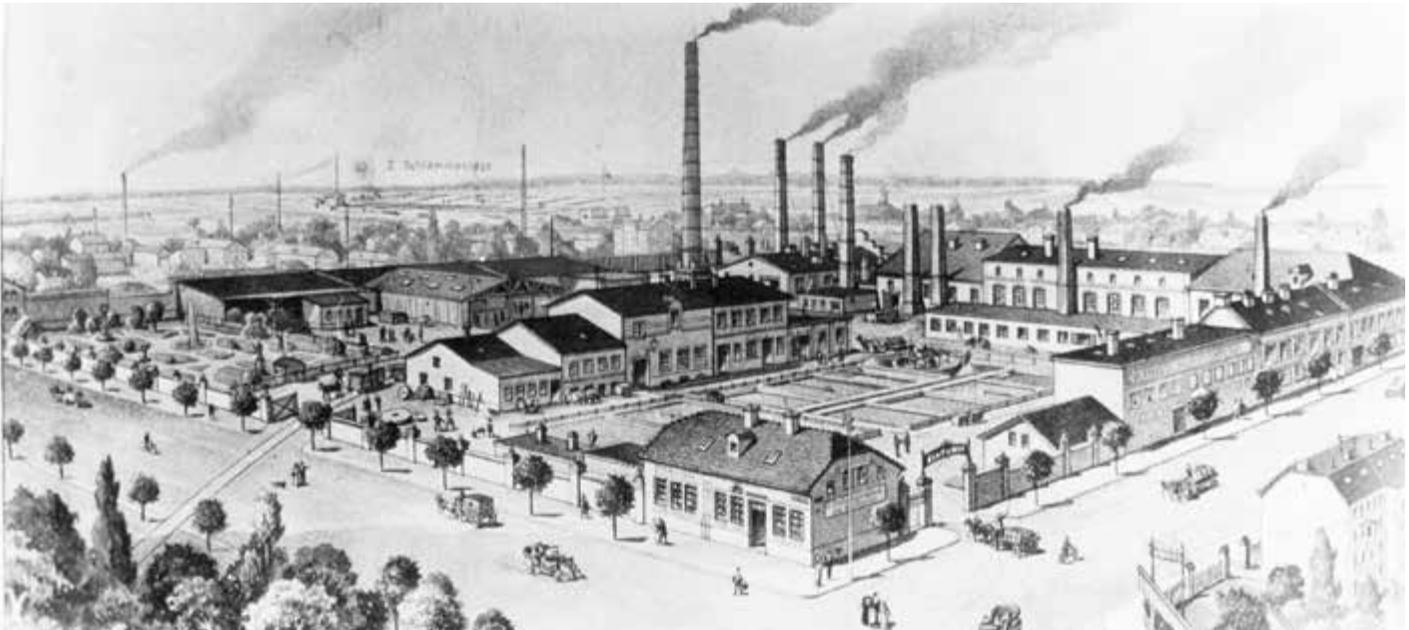
Das Verwaltungsgebäude des MEW in Eberswalde im Jahre 2008. Das Gebäude wurde 2015 abgebrochen.

- 1 Zum Beispiel stellte Docomomo Deutschland seine diesjährige (online durchgeführte) Jahrestagung unter das Motto „Infrastruktur und Versorgungstechnik“, mit Blick etwa auf „moderne Infrastruktur und moderne Lebensweise“ oder das „Geflecht der Ressourcenströme“; <https://docomomo.de/aktuell.html> [letzter Zugriff: 16.10.2021].
- 2 Zum MEW erfolgte bislang wenig Forschung: Ingo Sens, Geschichte der Energieversorgung in Mecklenburg und Vorpommern von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert bis zum Jahr 1990, Rostock 1997, insbes. S. 141–239; Axel Drieschner, Barbara Schulz, Denkmal oder Alltags? Eine Kraftwerksruine in Eisenhüttenstadt erzählt von Krieg, Rüstungswirtschaft und Zwangsarbeit, in: *kunsttexte.de*, März 2002 [<https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/7624>]; Fabian Scheffczyk, Der Provinzialverband der preußischen Provinz Brandenburg 1933–1945. Regionale Leistungs- und Lenkungsverwaltung im Nationalsozialismus, Tübingen 2008, S. 119–146.
- 3 Das Märkische Elektrizitätswerk. Ein Überblick über die ersten 25 Jahre seiner Entwicklung, Berlin 1934, S. 59; BLHA, Rep. 55, Landesdirektor, Nr. 331. – Ähnliche Ziele wie die Provinz Brandenburg mit dem MEW verfolgte der Staat Preußen mit der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft: „Dahinter standen ... Staatsverständnis und Wirtschaftspolitik des demokratischen Preußen, stand die ... Absicht, durch erfolgreiche Staatswirtschaft nach privatunternehmerischem Vorbild die regional- und strukturpolitischen, die sozial- und allgemeinerwirtschaftspolitischen Intentionen erfolgreich zu verwirklichen.“; Bernhard Slier, Staat und Strom. Die politische Steuerung des Elektrizitätssystems in Deutschland 1890–1950, 1999, S. 132.
- 4 Helmut Mielert, „Klingenberg, Georg“, in: *Neue Deutsche Biographie* 12 (1980), S. 79–80; <https://www.deutsche-biographie.de/pnd121415996.html> [letzter Zugriff: 16.10.2021].
- 5 Klingenberg stellte das Kraftwerk Heegermühle als „Erstes grundlegendes Ausführungsbeispiel“ in seinem Standardwerk vor: Ders., *Bau großer Elektrizitätswerke* (Berlin, 1924, S. 399–421). Siehe auch: Christian Tetzlaff, Das ehemalige Kraftwerk Heegermühle, in: *Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte* 1996/1997, S. 126–137.
- 6 Das Märkische Elektrizitätswerk (wie Anm. 3), S. 17.
- 7 Zum Vergleich: Die Leistung einer modernen Windkraftanlage beträgt etwa 3 bis 6 MW.
- 8 Die AEG löste sich von ihren restlichen Firmenanteilen auch angesichts der Sozialisierungsbestrebungen in der frühen Weimarer Republik; Das Märkische Elektrizitätswerk (wie Anm. 3), S. 19.
- 9 Sitzung zur Entscheidung des Baus des Kraftwerks Finkenheerd, 18. Oktober 1921; Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA) Pr.Br.Rep. 55, Provinzialverband, Abt. II, Nr. 573, Bl. 3–7.
- 10 Herbert Overmann, Die Entwicklung des Märkischen Elektrizitätswerkes Aktiengesellschaft Berlin (MEW) und seine Aufgabe in der deutschen Elektrizitätswirtschaft, in: *Das Öffentliche Elektrizitätswerk. Zeitschrift für die Interessen der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft*, Heft 5, 1.5.1931 (Sonderdruck).
- 11 MEW Märkisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, in: *Die Elektrizitätswirtschaft im Deutschen Reich*, Berlin 1934, S. 372–379, hier S. 373.
- 12 Overmann, *Entwicklung* (wie Anm. 10).
- 13 Ebd.
- 14 Richard Nübling, Selbstbesinnung in der Energiewirtschaft, in: *Rundschau Technischer Arbeit*, 15. Jg. Nr. 35, 6.11.1935.
- 15 Wolfgang Zängl, *Deutschlands Strom. Die Politik der Elektrifizierung von 1966 bis heute*, Frankfurt am Main / New York 1989, S. 176–184.
- 16 Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, in: *Programmatische Reden über Fragen der Elektrizitätswirtschaft*. gehalten auf der Jahrestagung der Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung und des Reichsverbandes der Elektrizitäts-Versorgung am 27. September 1935 in Saarbrücken. Sonderdruck aus der „Elektrizitätswirtschaft“ Nr. 28 vom 5. Oktober 1935.
- 17 Konflikt der Stadt Frankfurt a. O. mit dem MEW, in: *Magazin der Wirtschaft* (Berlin), 30. Juni 1927 [<http://webopac.hwwa.de/PresseMappe20/PM20.cfm?T=F&qt=192029&CFID=53391169&CFTOKEN=69448584>; letzter Zugriff: 16.10.2021].
- 18 Insbesondere durch die Vorgehensweise des MEW alarmiert, hatte das Reichsinnenministerium in einem Erlass vom 15. August 1935 noch versucht, die dezentrale Energiewirtschaft zu stärken; BLHA Pr. Br. Rep. 55, Provinzialverband, Nr. 326.
- 19 Ebd..
- 20 *Wir und das Werk*. *Werkzeitschrift des Märkischen Elektrizitätswerkes Aktiengesellschaft*, 3. Jg. 1935, Heft 5, S. 4; BLHA Rep. 55, Landesdirektor, Nr. 333.
- 21 Geschäftsbericht 1937, S. 6 f.; BLHA Pr. Br. Rep. 75, MEW Nr. 1.
- 22 Weil ausländisches Kapital in den betreffenden Anlagen investiert war, befürwortete das MEW damals noch, „die bisherigen Eigentümer [...] angemessen zu entschädigen“; BLHA, Pr. Br. Rep. 55, Provinzialverband, Abt. II, Nr. 586, Nr. 586, Bl. 2–6.
- 23 Georg Warrelmann trat zwar im Mai 1934 der NSDAP bei, doch stellte er dies später als lediglich formale Konzession dar; BLHA Rep. 206 EB Nord, Georg Warrelmann, *Mein Lebenswerk*, August 1941 [?], S. 10.
- 24 Der 1894 geborene Zschintzsch war seit 1922 beim MEW angestellt und gehörte bereits seit 1929 dem Vorstand an. Durch den Beitritt zur NSDAP und zur SA ebnete sich der Ingenieur 1933 den weiteren Karriereweg. Seit 1940 an der Spitze des MEW wurden ihm in der Folge noch weitere einflussreiche Ämter übertragen, so 1943 die des Präsidenten der Gauwirtschaftskammer Mark Brandenburg; BLHA Rep. 55 LD, Nr. 88; Landesarchiv Berlin (LAB) C Rep. 375-01-08, Nr. 8564 A. 19; vgl. ferner: Friederike Sattler, *Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–52*, Berlin 2002, Bd. 1, S. 297, Anm. 268.
- 25 BLHA Pr. Br. Rep. 55, Landesdirektor, Nr. 83.
- 26 Geschäftsbericht 1940, S. 7; BLHA Pr. Br. Rep. 75 MEW, Nr. 1.
- 27 BLHA Pr. Br. Rep. 55 Provinzialverband, Nr. II / 571, Bl. 11.
- 28 BLHA Rep. 206 EB Nord Nr. 1044, Bl. 22.
- 29 BLHA Rep. 206 EB Nord Nr. 1041, Bl. 3 u. 26. VVB (Z) = Vereinigung Volkseigener Betriebe (Zone).
- 30 Ebd., Bl. 26 f. – Übersehen wurden dabei die Aktienanteile der Landkreise und Kreisfreien Städte; Bl. 23.
- 31 Ebd., Bl. 5.
- 32 Malte Schumacher, Manfred Grieger, Wasser, Boden, Luft. Beiträge zur Umweltgeschichte des Volkswagenwerks Wolfsburg, Wolfsburg 2002. – Zuvor arbeitete Zschintzsch noch als „technisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Ministerium für Kraftwerke der UdSSR, Elektrotechnisches Büro Berlin“; LAB C Rep. 375-01-08, Nr. 8564 A. 19.
- 33 Heidrun Edelmann, Heinrich Nordhoff. Ein deutscher Manager in der Automobilindustrie, in: Paul Erker, Toni Pierenkemper (Hrsg.), *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, München 1999, S. 19–52.
- 34 *Wir und das Werk* 5/1935 (wie Anm. 20).
- 35 <https://www.tourismus-eberswalde.de/information/tourismus-a-z/angebot-a-z/anbieter/kraftwerk-hegermuehle/> [letzter Zugriff: 16.10.2021].
- 36 Axel Drieschner, Barbara Schulz, *Rüstungswirtschaft und Zwangsarbeit in Fürstenberg (Oder)*. Sonderausstellung im Städtischen Museum Eisenhüttenstadt, in: *Gedenkstättenrundbrief* Nr. 144 (Heft 8, Jg. 2008), S. 32–37.

Umbrüche, Zäsuren und Kontinuitäten in Fürstenwalde

Schattenseiten einer großen Industriegeschichte

Guido Strohfeldt



Die Kunsttöpferei O. Titels in Fürstenwalde auf einer Abbildung von 1920. Der Inhaber der Fabrik, Hans Köhler, wurde von den Nationalsozialisten wegen seines jüdischen Glaubens in die Emigration nach England getrieben.

Das Museum Fürstenwalde ist kein ausgesprochenes Industriemuseum, eher ein klassisches, stadthistorisches Haus. Wir beschreiben in unserer Einrichtung die eisezeitliche Prägung der Landschaft, die Ur- und Frühgeschichte der Region, sowie die 750-jährige Stadtgeschichte. Tatsächlich aber ist der rote Faden durch die Ausstellung die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, mit besonderem Blick auf die Industrie ab Mitte des 19. Jahrhunderts.

Natürlich kann eine Dauerausstellung zur Stadtgeschichte vieles nur anreißen und natürlich möchte eine Stadt gerne ihre „schönen Geschichten“ erzählen, doch auch unsere Industriegeschichte hat ihre Schattenseiten. So gab es neben der hervorragenden Seezeichen- und Eisenbahnbeleuchtungsgeschichte der Berlin-Fürstenwalder Firma Pintsch auch deren Rüstungsabteilung mit Torpedo- und Seeminenproduktion, sowie in der NS-Zeit den Einsatz von gut 3000 Zwangsarbeitern. Wurde in verschiedenen Publikationen die herausragende Geschichte dieses Betriebes völlig zu Recht beschrieben, so spielte das Thema Zwangsarbeit bisher

kaum eine Rolle. Außer einer ersten Datenerfassung hat eine echte Aufarbeitung nicht stattgefunden.

Ein anderes, bisher wenig erforschtes Feld der Fürstenwalder Industriegeschichte, ist die Geschichte „jüdischer“ Unternehmen. Überhaupt spielte die jüdische Geschichte unserer Stadt in den Jahrzehnten nach dem Krieg doch eher eine untergeordnete Rolle. Aber warum? Wieso sind wir offenbar erst in jüngster Zeit „aufgewacht“ und beginnen diese Geschichte auch regional zu erforschen?

Erst am 2. August 2000 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz zur Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit dem Auftrag zur individuellen, humanitären Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie anderer Opfer des Nationalsozialismus. Die Zahlungen erfolgten von 2001 bis 2007 und galten danach als abgeschlossen. Sicher wird ein Großteil der Opfer keine Forderungen mehr gestellt haben können.

Bis zum Ende der DDR bedurfte es auch bezogen auf Fürstenwalde vermeintlich keiner ernsthaften Aufarbeitung, da nach damaliger offizieller Lesart mit der Enteignung ehemals kapitalistischer Betriebe und der Gründung sozialistischer, volkseigener Betriebe jegliche Verantwortung als abgelegt galt. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der mangelnden Aufarbeitung des Holocaust, gerade im Hinblick auf die Industrielandschaft. Ein Blick in die eigenen Archivalien zeigt auch hier einen ideologischen Grund für die mangelnde Empathie mit den Opfern des Nationalsozialismus und das daraus folgende Desinteresse an der Beschreibung dieser Schicksale. So liest man in der 1971 erschienenen Chronik „Unser Werk“ des VEB Reifenwerk Fürstenwalde zu den jüdischen Gründern der Fabrik, den Brüdern Hirschmann: „Da die zur Herstellung der notwendigen Reifen benötigten Rohstoffe ja auch für die Kabel gebraucht wurden, kamen die gewinnsüchtigen Brüder Hirschmann schnell auf die Idee, die Reifen für diese Fahrzeuge selbst herzustellen.“¹ Dass den Hirschmanns der Prozess gemacht, sie enteignet und zur Flucht nach Guatemala genötigt wurden, darüber kein Wort. Sie waren zwar Juden, den man „übel mitspielte“, aber vor allem waren sie „Kapitalisten“. Andere jüdische Mitbürger unserer Stadt waren Kaufhausbesitzer, Händler, Juristen oder Ärzte und somit im Verständnis der DDR in ihrer Verfolgung durch das NS-Regime zwar zu bedauern, aber nicht so erwähnenswert wie eine widerständige Arbeiterbewegung. Erst 1988 wurde in Fürstenwalde eine Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge und am jüdischen Friedhof angebracht, wie damals übrigens vielerorts in der DDR.

In den frühen 1990er Jahren galt es im Museum zunächst, sich vom ideologischen Narrativ der DDR zu lösen. Jüdische Geschichte spielte dabei, zumindest im Museum Fürstenwalde, noch keine Rolle. Erst Anfang der 2000er Jahre ließen uns das Projekt Stolpersteine des Kölner Künstlers Gunter Demnig und erste Besuche Überlebender des Holocausts aufhorchen. Nun begannen unsere intensiven Recherchen durch Korrespondenz mit den Überlebenden und Auswertung der Archivalien im Brandenburgischen Landeshauptarchiv. Es gründete sich die Arbeitsgruppe Stolpersteine unter Mitarbeit der Samariteranstalten, einer 130-jährigen Einrichtung in

unserer Stadt zur Betreuung von geistig und körperlich behinderten Menschen, der evangelischen Domgemeinde und natürlich des Museums. So haben wir bis heute 62 Fürstenwalder Opferschicksale klären können und jeweils mit einem Stolperstein der Vergessenheit entrissen. Bei den jüdischen Opfern handelt es sich in der Regel um hier ansässige Bürgerinnen und Bürger, deren Betätigungsfeld und letzter freiwilliger Wohnort eben Fürstenwalde war. Sie hinterließen Spuren in Adressbüchern, Zeitungsanzeigen, behördlichen Unterlagen oder in letzten Dokumenten zur Synagogengemeinde der Stadt. Fabriken mit jüdischer Geschäftsführung fielen dabei nicht auf, zumal das „Jüdischsein“ nicht im Zusammenhang mit der Firmengeschichte stand und der Wohnort der Leitungsebene meist Berlin war.

Fürstenwalde erlebte gerade in der Gründerzeit einen enormen industriellen Aufschwung und Unternehmen unterschiedlichster Couleur schossen wie Pilze aus dem Boden. Lange lag das Interesse der Historiker meist auf den wichtigsten Vertretern hiesiger Industrie. Für Fürstenwalde war das die Julius Pintsch AG und das schon erwähnte Reifenwerk bzw. korrekt die „Deutschen Kabelwerke“ (DEKA) mit den jüdischen Gründern Siegfried und Bernhard Hirschmann. Zu letzterer Firma lässt sich positiv berichten, dass die beiden Berliner Autoren Sven Heinemann und Timon Henze mit ihrem Werk „Boxhagen beginnt“² die Geschichte der DEKA in Berlin und Fürstenwalde wunderbar aufgearbeitet haben. Sven Heinemann stellte auch eine Verbindung zum heute noch in Guatemala lebenden Enkel des Firmengründers Siegfried Hirschmann her. Es folgten ein Besuch der Familie des Enkels Thomas Hirschmann in unserer Stadt und ein reger Austausch, der in der Namensgebung einer Straße und der Aufstellung einer großen Erinnerungstafel mündete. Tatsächlich ist damit die Geschichte der DEKA mehr oder weniger abgeschlossen.

Aber es gab weitere Firmen, die in der NS-Zeit Brüche in ihrer Betriebsgeschichte zu verzeichnen hatten. So war zwar seit jeher bekannt, dass der Unternehmer Abraham Wreschner, Gründer des seit 1920 in Fürstenwalde ansässigen Farbenwerkes „Marienhütte“, jüdische Wurzeln hatte, doch sein Schicksal nach der

sogenannten „Arisierung“ – die Firma wurde durch die IG Farben übernommen – blieb unerforscht. Weitere, gelinde ausgedrückt, „Führungswechsel“ aufgrund jüdischer Herkunft gab es in der Schuhfabrik Senger & Stockwald, der Ofenkachelfabrik Titels Kunsttöpferei, der Pumpen- und Pulsometer Fabrik Henry Hall und der Wollfabrik Maas & Co.

Wussten wir bei Herrn Wreschner aus dem Farbenwerk und Herrn Köhler aus der Ofenkachelfabrik zwar seit einigen Jahren, dass sie jüdische Wurzeln hatten und deshalb vertrieben wurden, so ist uns die jüdische Verbindung der Familie Maas erst seit einigen Wochen bekannt. Die Tabuisierung dieses Themas in den Jahrzehnten nach dem Krieg, beiderseits der innerdeutschen Grenze, ließ wohl viel verblassen und Zeitzeugen unbefragt verschwinden. Die historische Aufarbeitung hatte meist nur die Haupttäter und „das große Ganze“ im Blick, auf regionaler Ebene wurde sich dagegen nur wenig damit beschäftigt.

Vielleicht ist es der Abstand zur erlebten Geschichte, der uns heute intensiver forschen lässt. Doch es macht die Sache nicht leichter: Zeitzeugen sind kaum noch vorhanden und wenn doch, so sind ihre Aussagen heute oftmals gefärbt durch 76 Jahre Nachkriegszeit. Bleibt also der nüchterne Blick in die Akten und die Hoffnung auf versteckte Quellen. Dass diese Hoffnung nicht unbegründet ist, zeigen die vielen Kontakte der letzten Jahre zu Nachkommen der Überlebenden. Ihr Abstand zum Geschehenen lässt Kontakte zur alten Heimat wieder zu und so erschließen sich Überlieferungen und längst verloren geglaubte Dokumente.

Es ist übrigens eine wirklich große Freude, bei Stolpersteinverlegungen mit Nachkommen der Opfer zusammenzutreffen und zu erleben, wie Fürstenwalde, nach all den traumatischen Familiengeschichten, wieder ein positives Gefühl auslösen kann. Das Projekt „Stolpersteine“ wird uns weiter begleiten und Motor unserer Rechercharbeit bleiben. Es gibt noch einige weitere Fürstenwalder Familienschicksale zu klären und bei der

**„Hall“
Plunger-Pumpen**
(Betriebsicher u. für jeden Antrieb)

fördern alle flüssigkeiten
auch Teer, Schlamm etc.

Leistungen bis
1000 Minltr.
Förderhöhe bis
150 m.

**E. Henry Hall Nachfolger G. m. H.
Fürstenwalde = Spree**

Werbeanzeige der Pumpen- und Pulsometer Fabrik Henry Hall Fürstenwalde, die hier 1880 durch den gebürtigen New Yorker Charles Henry Hall gegründet wurde.

Aufarbeitung der Firmengeschichten stehen wir noch ganz am Anfang. Doch der Wille ist da und Partner stehen bereit. Ein neues Projekt steckt bereits in den Startlöchern. Diesmal soll es um die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Fürstenwalder Betrieben gehen. Unser Projektpartner ist konsequenterweise das Katholische Schulzentrum Bernhardinum. Die Schülerinnen und Schüler wollen die Geschichte ihres Schulcampus, des ehemaligen Pintsch-Zwangsarbeiterlagers, erforschen und publizieren. Sollte die Zusammenarbeit zwischen Schule und Museum Früchte tragen, so können wir wohl 77 Jahre nach Ende dieses Lagers endlich die ganze 150jährige Geschichte der Firma Pintsch in Fürstenwalde mit all ihren Licht und Schattenseiten darstellen.

- 1 Willy Gräser, Reifenproduktion- von Profitinteressen bestimmt, in: Reifenkombinat Fürstenwalde (Hg.), Unser Werk- Pneumant, Fürstenwalde 1971, S. 10.
- 2 Sven Heinemann/ Timon Henze, Boxhagen beginnt, Berlin 2016.



Bisher wurden im Rahmen des Projekts „Stolpersteine“ in Fürstenwalde 60 Steine verlegt, hier für Paula und Klaus Marcuse.

„Industrielle Entwaffnung“ Verlauf und Folgen der Demontagen im Land Brandenburg

Rainer Karlsch



Das demontierte Stahl- und Walzwerk Brandenburg an der Havel im Jahr 1947.

Der ehemalige Industrieminister der DDR und spätere Schriftsteller Fritz Selbmann¹ beschrieb in seinem 1962 erschienenen Roman „Die Heimkehr des Joachim Ott“ als Erster die gravierenden Folgen der sowjetischen Demontagen für die Wirtschaft Brandenburgs. Im Roman wird ein Stahlwerk erst wieder mühsam in Betrieb genommen, doch dann kommt der Befehl zum Abbau: „Die Demontage ging wie ein Taifun über das Werk hinweg, schnell, rücksichtslos, gründlich. Das ganze Werksgelände hallte wider von dem Lärm der schweren Vorschlaghämmer und der Schneidegeräte, vom Zusammenbauen der Transportkisten und vom Rattern der Verladekräne, von den Kommandos der Offiziere des Kapitän Perewlischenko, war erfüllt von dem Schreien der vielen jetzt im Werk beschäftigten Menschen. Die Demontage konzentrierte sich auf das Stahlwerk. Die Gießkräne wurden demontiert und die einzelnen Teile in große Kisten verpackt und verladen. Das gleiche geschah mit den Chargierkränen und anderen technischen Einrichtungen, den Meß- und

Regelanlagen. (...) Georg Hattinger war jeden Morgen der erste im Werk und verließ es als letzter. Er stand jedesmal dabei, wenn ein wichtiger Teil aus dem Stahlwerk – ein Kranmotor, eine Laufkatze oder ein Rohrsystem – verpackt und verladen wurde, und jedesmal meinte er, daß ein Stück von seinem Herzen mit eingemagelt wurde.“²

Als Vorlage für den Roman diente das Geschehen in der Stahlstadt Brandenburg an der Havel. Selbmann hätte auch dutzende andere Werke, wie zum Beispiel die Rüdersdorfer Zementwerke, die Emil Busch AG in Rathenow, Hersteller von optischen Geräten, das Synthesewerk Schwarzheide, Produzent von Treibstoffen, oder den Reifenhersteller DEKA Pneumatik in Fürstenwalde als Beispiel wählen können. An den meisten Industriestandorten in der Provinz Brandenburg, bzw. ab Februar 1947, nach der Auflösung Preußens, des Landes Brandenburg, bot sich ein ähnlich trostloses Bild.

Im Folgenden werden die Hintergründe und Folgen dieses tiefen Einschnittes in die Industriegeschichte des Landes skizziert.

Die reparationspolitische Teilung Deutschlands

Die von allen vier Besatzungsmächten in ihren Besatzungszonen und in Berlin von 1945 bis 1951 durchgeführten Demontagen waren eine Folge des vom Deutschen Reich entfesselten Zweiten Weltkriegs. Das Rüstungspotenzial des besiegten Landes sollte zerstört und sein Industrieniveau beschränkt werden. Am härtesten gingen mit Frankreich und der Sowjetunion die beiden Siegermächte vor, die am schlimmsten unter der deutschen Besatzungspolitik gelitten hatten.³ Die Sowjetunion beklagte mehr als 27 Millionen Tote, die weitgehende Zerstörung zehntausender Betriebe sowie der Infrastruktur und den Verlust unzähliger Kulturgüter. Die direkten materiellen Kriegsschäden wurden auf 130 bis 150 Mrd. Dollar geschätzt.⁴ Die schlimmsten Verheerungen hatte der von der deutschen Wehrmacht geführte rassenideologische Vernichtungskrieg auf den Territorien der heutigen Ukraine und Weißrusslands angerichtet.

Bereits im Dezember 1941 – die deutsche Wehrmacht stand vor Moskau – besprach Stalin mit dem britischen Außenminister Anthony Eden in Moskau die Frage der Wiedergutmachung und forderte nach dem Krieg die „vollständige Abrüstung Deutschlands“.⁵ Reparationen sollten nicht in Geldform, sondern vor allem in Sachwerten geleistet werden. Damit zog man Lehren aus dem fatalen Scheitern des alliierten Reparationsregimes nach dem Ersten Weltkrieg. Das vom ungarischen Ökonomen Jenö (Eugen) Varga geleitete Moskauer Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik entwarf ab 1942 die Grundlinien der sowjetischen Reparationspolitik: 1) Konzentration auf unmittelbare Lieferungen nach Kriegsende und deren Beschränkungen auf wenige Jahre; 2) Reparationen nicht in Geldform, sondern a) als einmalig Entnahmen (Demontagen), b) als Entnahmen aus der laufenden Produktion und c) als Arbeitsleistungen.⁶

Auf der Konferenz der „großen Drei“ – Stalin, Roosevelt und Churchill in Jalta (4. bis 11. Februar 1945) waren sich alle drei Mächte darin einig, dass Deutschland umfangreiche Reparationen in Form von Sachleistungen zu leisten habe. Reparationen sollten in erster Linie die Länder erhalten, die die Hauptlast des Krieges trugen und die größten Verluste erlitten hatten. Die Sowjetunion forderte Reparationsleistungen in Höhe von insgesamt 20 Mrd. Dollar, davon die Hälfte allein für sich, und eine Reduzierung der deutschen Industriekapazitäten auf lediglich 20 Prozent des Vorkriegsniveaus.⁷ Auf

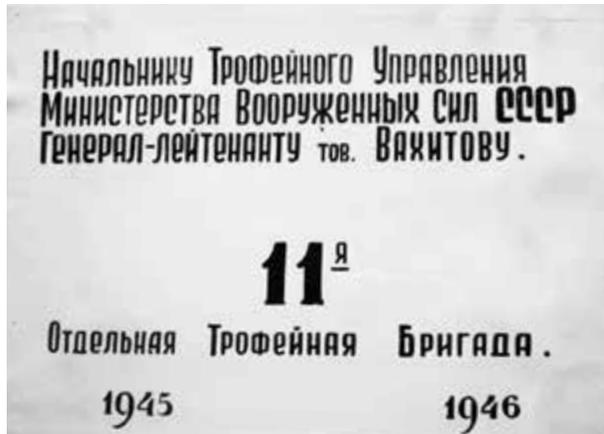
eine konkrete Reparationssumme konnten sich die „großen Drei“ jedoch weder in Jalta noch auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) einigen. Der in Potsdam vom amerikanischen Außenminister Byrnes arrangierte Kompromiss lief auf eine reparationspolitische Teilung Deutschlands hinaus. Jede Besatzungsmacht sollte ihre Ansprüche weitgehend aus ihrer Besatzungszone befriedigen. Die Reparationsforderungen der Sowjetunion und Polens in Höhe von 10 Mrd. Dollar zu Vorkriegspreisen musste daher die sowjetische Besatzungszone (SBZ) allein tragen.⁸ Die reparationspolitische Teilung Deutschlands nahm die spätere Integration der Besatzungszonen in die gegensätzlichen Wirtschaftssysteme der Siegermächte vorweg.

Kriegsbeute- und Trophäenaktionen

Alle Demontagen und Entnahmen von Waren und Material, die noch vor dem Ende der Potsdamer Konferenz stattgefunden hatten, wurden nicht als Reparationen deklariert, sondern galten als Kriegsbeute.⁹ Für die Erfassung, Demontage und den Abtransport der Kriegsbeute waren nach dem Überschreiten der sowjetischen Landesgrenze von der Roten Armee ab Sommer 1944 Trophäenbrigaden gebildet worden. Ihnen wurden Fachleute aus den Industrieministerien zur Seite gestellt.¹⁰ Im März 1945 wurde für die Trophäeneinheiten ein Prämiensystem eingeführt. Für das Beladen jedes Eisenbahnwaggon erhielten die „demontaschniki“ 105 Rubel, die dann unter den Offizieren und Mannschaften aufgeteilt wurden.

Von den Trophäenaktionen hauptsächlich betroffen waren neben den späteren polnischen Westgebieten die Westsektoren Berlins und auch Teile der brandenburgischen Industrie. Beispielsweise wurden im Daimler-Benz Flugmotorenwerk Genshagen noch Ende 1946 bis zu 1.000 Arbeitskräfte von einem sowjetischen Trophäenkommando beschäftigt.¹¹

Im Zuge der Beuteentnahmen legte die Trophäenverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) dutzende Materiallager an. Was nicht sofort abtransportiert werden konnte, wurde dort oft über Jahre gelagert. Mitte 1947 durften Vertreter der Deutschen Zentralverwaltung für Industrie einige dieser Materiallager erstmals besichtigen. Der Brandenburger Landesregierung wurden von der SMAD fünf Trophäenlager mit rund 35.000 t an Eisen- und Stahlmaterialien übergeben.¹² Dies geschah offenbar auch, um fortgesetzte Materialentnahmen und Diebstähle durch private Betriebe und Einzelpersonen, die vermeintlich oder tatsächlich im Auftrag verschiedener sowjetischer Dienststellen handelten, einzudämmen.¹³



Deckblatt eines Berichts des Kommandeurs der Trophäenverwaltung des Ministeriums für die Bewaffnung der Streitkräfte der UdSSR, Generalleutnant Vachitov, über die Tätigkeit in der sowjetischen Besatzungszone 1945–1946

Um Baustoffe und Materialreste wurde in der Zeit der allgemeinen Not und Knappheit ein harter Kampf zwischen Firmen, Privatpersonen, Städten und Gemeinden geführt.¹⁴ Die Auflösung der Trophäenlager zog sich noch bis Ende 1950 hin.¹⁵

Innersowjetische Auseinandersetzungen über die Demontagepolitik

Bereits in den ersten chaotischen Nachkriegswochen hatte sich ein grundlegender Konflikt um die Ausrichtung der sowjetischen Reparationspolitik angebahnt. Mit den Demontagen beauftragt war ein Ende Februar 1945 beim Gosudarstvennyi Komitet Oborony SSR (Staatliches Komitee für Verteidigung der UdSSR) gebildetes Sonderkomitee unter der Leitung von Georgij Malenkov.

Abbau von Starkstromkabeln durch sowjetische Demontagebrigaden 1946



Das Ziel des Sonderkomitees (GKO) bestand darin, schnellstmöglich so viele deutsche Betriebe wie möglich abzubauen. Zwischen den verschiedenen Moskauer Industrieministerien und ihren Vertretern im GKO entbrannte eine scharfe Konkurrenz um die Demontagegüter. Rund 70.000 Demontagebeauftragte – Mitarbeiter aus Industrieministerien, Regierungsbehörden und Bildungseinrichtungen – wurden in die SBZ geschickt.¹⁶ Die Hektik der ersten Demontagewellen führte dazu, dass sich die Züge mit den abgebauten Maschinen und Anlagen auf der Eisenbahnstrecke nach Brest auf einer Länge von mehr als 100 km stauten. Lieferungen gerieten durcheinander, Konstruktionsunterlagen fehlten.

Das Sonderkomitee geriet angesichts der geringen Effizienz der Demontagen von mehreren Seiten unter Druck. Die SMAD-Führung, verantwortlich für die Wiedereingangssetzung der Wirtschaft in der SBZ, plädierte für ein baldiges Ende der Demontagen. Andernfalls drohe, so der Stellvertreter des Obersten Chefs für Wirtschaftsfragen des SMAD, Konstantin I. Koval, ein „ökonomisches Vakuum“.¹⁷ Dies wollte die zunehmend in Konkurrenz zu den westlichen Besatzungsmächten stehende SMAD nicht verantworten. Auch der Chef der Obersten Planungsbehörde (GOSPLAN), Nikolai A. Wosnessenski, opponierte gegen das Sonderkomitee.

Bereits Ende 1945 bahnte sich ein Kurswechsel an: Die Demontagen sollten zugunsten von Lieferungen aus der laufenden Produktion reduziert werden. Dies sollte bis zu einem gewissen Grad auch der brandenburgischen Wirtschaft zugutekommen. Mit Bittschriften und Petitionen an die Besatzungsbehörden hatten zahlreiche Betriebsleitungen und Betriebsräte versucht, einen Stopp der Demontagen zu erreichen oder wenigstens

ihren Umfang zu beschränken. Offener Widerstand – zum Beispiel durch die Verweigerung von Abbauarbeiten oder das Verstecken von Maschinen – war kaum möglich, da Bestrafungen nach dem Kriegsrecht drohten.

Die Auswirkungen der Demontagen auf die Wirtschaft in Brandenburg

Der Verlauf und der Umfang der Demontagen konnten von der zeitgeschichtlichen Forschung anhand russischer und deutscher Akten weitgehend rekonstruiert werden. In der gesamten SBZ wurden zwischen 1945 und 1948 rund 3.500 Betriebe ganz oder teilweise abgebaut.¹⁸ Die Demontagen in der SBZ gingen damit weit über das erklärte Ziel der „industriellen Entwaffnung“ hinaus und erreichten einen viel größeren Umfang als in den drei Westzonen zusammen, wo insgesamt 668 Betriebe abgebaut wurden.¹⁹

In der Provinz Brandenburg begann die erste Demontagewelle schon im Mai 1945. Ihren Höhepunkt erreichten sie dann zwischen Januar und Juni 1946. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden in Brandenburg 459 Betriebe bzw. Objekte abgebaut.²⁰ Nach den Erhebungen der Provinzialverwaltung wurden dabei 45 Prozent der Industriebetriebe vollständig zerstört.²¹

Das Gewicht aller im Land Brandenburg demontierten Anlagen wurde vom Sonderkomitee mit rund einer Million Tonnen angegeben, womit Brandenburg, in Relation zum Bevölkerungsanteil, von allen Ländern der SBZ am stärksten betroffen war.²² Schwerpunkte der Demontagen waren die Stahl- und Flugzeugwerke, sowie die Betriebe der Metallverarbeitung und des Maschinenbaus. Brandenburg büßte seine Schwerindustrie – u. a. die Stahlwerke in Brandenburg an der Havel, Hennigsdorf und Oranienburg; den Lokomotivbau in Babelsberg, Wildau und Hennigsdorf – fast komplett ein.²³ Ein vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv veröffentlichtes sachthematisches Archivinventar zu den Demontagen eröffnet der landes- und unternehmenshistorischen Forschung neue Möglichkeiten, um den Ablauf und die Folgen der Demontagen, sowie auch die Versuche zu ihrer Begrenzung noch genauer in den Blick zu nehmen.²⁴

Am Beispiel der Stadt Brandenburg an der Havel können sowohl die komplette Demilitarisierung der Wirtschaft als auch der tiefe Einschnitt in die zivile mittelständische Industrie illustriert werden.



Demontage schwerer Ausrüstungen der Brikettfabrik Lauchhammer im Frühjahr 1946

Unternehmen	Beschäftigte	Produkte
Flugzeugwerk Arado	7.500	Flugzeuge
Mitteldeutsche Stahlwerke, Flick	4.300	Stahl- und Walzbleche
Fahrradfabrik Brennabor	3.700	Granaten, Fahrräder
RAW Kirchmöser	4.000	Lokreparaturen
Autofabrik Adam Opel AG	3.600	Lastkraftwagen
Brandenburger Eisenwerke	3.100	Panzerkörper
Excelsior Werke	900	Fahrräder, Lafetten
Werft Gebrüder Wiemann	400	Kutter, Schlepper
Normteilmfabrik Rudolf Lang	180	Normteile
Möbelfabrik Türklitz	150	Möbel
Metallwarenfabrik Motz & Co.	140	Bürozubehör
Kraftwerk Brandenburg	60	
Druckerei Kramer	50	Bücher
Mechanische Werkstatt Klopsch	40	Hydranten

Demontierte Unternehmen in Brandenburg an der Havel (Zahlen gerundet)²⁵

SAG-Betriebe und Reparationsproduktion

Den sichtbarsten Umschwung in der sowjetischen Reparationspolitik stellte der SMAD-Befehl Nr. 167 von 5. Juni 1946 dar. Mit diesem Befehl wurden mehr als 200 Betriebe „a Konto Reparationen“ in sowjetisches Eigentum in Form von Aktiengesellschaften überführt. Die sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) wurden der „Verwaltung des sowjetischen Eigentums in Deutschland“ in Berlin unterstellt, die ihrerseits der

„Verwaltung sowjetischer Vermögen im Ausland“ in Moskau unterstand. Die SAG-Betriebe produzierten vorrangig für den sowjetischen Bedarf.²⁶

Im Unterschied zu den anderen Ländern der SBZ wurden in der Provinz Brandenburg nur wenige Unternehmen für längere Zeit in sowjetisches Eigentum überführt. Herausragende Bedeutung kam dem ehemaligen BRABAG Werk Schwarzheide, nunmehr Stammbetrieb der SAG „Synthese“, als Treibstoffproduzent zu. Außerdem wurden eine Elektrovakuum-Fabrik der AEG in Senftenberg und der Friedländerschacht der Bubiag in Mückenberga SAG-Betriebe. Später kamen zum sowjetischen Sektor in der brandenburgischen Wirtschaft noch die Schiffswerft Fürstenberg/Oder und die UFA Filmstudios in Potsdam Babelsberg hinzu.²⁷

Mit lediglich fünf SAG-Betrieben war daher die Provinz bzw. das Land Brandenburg nur marginal an der Produktion von Reparationsgütern beteiligt.

Land	1946	1947	1948	Summe
Sachsen	277	585	401	1.263
Sachsen-Anhalt	297	411	469	1.177
Thüringen	196	366	292	854
Mecklenburg	68	112	150	330
Brandenburg	49	43	60	152

Aufstellung der von den Landesregierungen 1946 bis 1948 bezahlten Reparationsrechnungen (in Mio. Reichsmark)²⁸

Die Tatsache, dass Brandenburg in nur geringem Maße zur laufenden Reparationsproduktion der SBZ/DDR beitrug, hing vor allem damit zusammen, dass die Provinz mit ihrem hohen Anteil an der Rüstungs- und Stahlproduktion in besonderem Maße den Demontagen ausgesetzt gewesen war. Infolgedessen wurde Brandenburg auf eine „agrarisches Kleinindustrielle Wirtschaftsstruktur“ zurückgeworfen.²⁹ Es gab demnach für die Besatzungsmacht nur wenige Güter und Waren, die im Land Brandenburg für den sowjetischen Bedarf produziert werden konnten. Von den 3.129 im Sommer 1946 wieder arbeitenden Industriebetrieben des Landes waren nur 98 mit Reparationsaufträgen beauftragt. Diese Aufträge betrafen überwiegend die weniger stark von Demontagen betroffene Textilindustrie.

Von der Kohleindustrie und dem Treibstoffproduzenten SAG „Synthese“ in Schwarzheide abgesehen, gab es nach dem Ende der Demontagen keine Großindustrie mehr. Die Stahlwerke, die Fahrzeugindustrie, die größten Betriebe des Maschinenbaus in Wildau und Eberswalde, die Betriebe der optischen Industrie in Rathenow und auch der einzige wichtige Hersteller von Fahrzeugreifen in Fürstenwalde waren alle weitgehend demontiert worden. Ihre „Skelette“ wurden

in landeseigene Betriebe überführt und mühsam mit allmählich freigegebenen Restbeständen aus den Trophäenlagern, sowie von der Landesregierung organisierten Maschinenaustauschen und Neukonstruktionen aus Restbeständen wiederaufgebaut. Die Produktivität der landeseigenen Industrie war unter diesen Umständen sehr niedrig.

Die weniger von Demontagen betroffenen kleineren Unternehmen kamen rascher in Gang. Sie waren auch eher in der Lage, die ersten Planvorgaben der Landesregierung zu erfüllen, als die inzwischen in Landes-eigentum überführten Betriebe. Auch die Pro-Kopf-Leistung der Privatbetriebe lag 1947 höher als die der landeseigenen Betriebe. Dies änderte sich erst im Zuge des Übergangs zur Planwirtschaft mit der zunehmenden Besserstellung der landeseigenen Industrie bei der Versorgung mit Material- und Rohstoffen und der bis zum Frühjahr 1953 immer restriktiver werdenden Politik gegenüber den Privatbetrieben. Doch dies ist bereits eine andere Geschichte.

Zu den Wirkungen der Demontagen bleibt festzuhalten: Das Land Brandenburg verlor nicht nur alle Werke und Anlagen der Rüstungsindustrie, was unvermeidlich war, sondern auch seine größten Industrierwerke. Es dauerte rund ein Jahrzehnt, bis die Schäden in der Eisen- und Stahlindustrie, im Maschinenbau und der Feinmechanik/Optik wieder ausgeglichen werden konnten. Am längsten wirkten die Demontagen im Eisenbahnwesen nach.³⁰ Die Deutsche Reichsbahn erreicht erst 1966 ihre Vorkriegsleistung (Stand 1936), gemessen an den gefahrenen Zugkilometern, wobei der Bestand an Lokomotiven noch immer rund ein Viertel unter dem von 1936 lag. Ebenfalls noch unter dem Vorkriegsstand lag die Anzahl von Güter- und Personenwagen. Höhere Verkehrsleistungen mussten mit geringeren Kapazitäten als vor dem Krieg erbracht werden. Die Schwächen im Transportsystem blieben noch über das Ende der DDR hinaus spürbar.

Von den Rüstungsanlagen abgesehen, wurden im Land Brandenburg die meisten der von Demontagen betroffenen Großbetriebe in den späten 1940er und 1950er Jahren wieder aufgebaut. Dies betraf die Zementwerke in Rüdersdorf, die Rathenower optischen Werke, die Stahlwerke in Brandenburg an der Havel, Hennigsdorf und Oranienburg, das Reifenwerk in Fürstenwalde, den Kranbau in Eberswalde, den Lokomotivbau in Babelsberg und Wildau und weitere Großbetriebe. Damit wurde eine Wirtschaftsstruktur reproduziert, die sich bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausgebildet hatte. Diese Wiederaufbauleistung verdient höchste Anerkennung. Brandenburg fiel nicht auf den Status einer Agrarregion zurück, sondern blieb ein stark von der Industrie geprägtes Land.

- 1 Fritz Selbmann (1899–1975) war der wichtigste Wirtschaftsfunktionär der KPD/SED in den Aufbaujahren. Im Frühjahr 1958 wurde er nach einem verlorenen innerparteilichen Machtkampf weitgehend entmachtet. Er lebte seit 1964 als freier Schriftsteller und wirkte als Vizepräsident des Schriftstellerverbandes der DDR. Zu seiner Biographie siehe Oliver Kiechle, *Fritz Selbmann als Kommunist und SED-Funktionär. Individuelle Handlungsspielräume im System*, Düsseldorf 2013.
- 2 Fritz Selbmann, *Die Heimkehr des Joachim Ott*. Roman, Halle/Saale 1962, S. 125.
- 3 Vgl. Jörg Fisch, *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1992.
- 4 Vgl. Jochen Laufer, *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen in der SBZ/DDR 1945–1950*, in: Rainer Karlsch, Jochen Laufer (Hg.), *Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen*, Berlin 2002, S. 38.
- 5 Vgl. Georgij Pavlovic Kynin, Jochen Laufer: *SSSR i germanskij vopros. 1941–1949: Dokumenty is Archiva vnesnej politiki Rossijskoj Federacii* (Die UdSSR und die deutsche Frage: Dokumente aus dem Außenministerium der Russischen Föderation), Bd. 1, Moskau 1996, S. 126–128. Aufzeichnung der Unterredung Stalin-Eden, 16.12.1941.
- 6 Vgl. Laufer, *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen*, S. 35.
- 7 Vgl. Rainer Karlsch, *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53*, Berlin 1993, S. 22f.
- 8 Vgl. Ebd., S. 26–31.
- 9 Vgl. Ebd., S. 55–58.
- 10 Vgl. Burghard Ciesla, *Der Bevollmächtigte des Sonderkomitees beim Ministerrat der UdSSR in der SBZ („Sonderkomitee für Deutschland“)*, in: Horst Möller, Alexandr O. Tschubarjan (Hg.), *SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, Oldenbourg 2009, S. 91–99.
- 11 Vgl. Landesregierung Brandenburg, Abt. Industrie, Aktenvermerk, betr.: Daimler-Benz Genshagen, Besuch des Treuhänders Emil Glaser, 3.9.1946, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 206, Nr. 1107, Bl. 58.
- 12 Karlsch, *Allein bezahlt*, S. 58.
- 13 Vgl. Freigabe von Material aus dem Trophäenlager Flugmotorenwerk Daimler-Benz Motoren GmbH in Ludwigsfelde (Genshagen) 1949–1950, BLHA, Rep. 204 A, Nr. 2917.
- 14 Vgl. Rat der Gemeinde Ludwigsfelde, Bürgermeister Schenk an Landesregierung Brandenburg, Ministerium für Wirtschaftsplanung, 17.2.1949, BLHA Rep. 202 B, Nr. 245.
- 15 Vgl. Freigabe von Material aus dem Trophäenlager 1949–1950, BLHA Rep. 204 A, Nr. 2917.
- 16 Vgl. Vladimir Rudolph, *The Agencies of Control: Their Organization and Policies*, in: Robert Slusser (Ed.), *Soviet Economic Policy in Postwar Europe*, New York 1953.
- 17 Konstantin I. Koval, *Poslednij Svidetel*, „Germanskaja Karta“ v cholonoj vojne (Der letzte Zeuge. Die „deutsche Karte“ im Kalten Krieg, Moskau 1997, S. 92.
- 18 Vgl. Laufer, *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen*, S. 40.
- 19 Vgl. Rainer Karlsch, *Kriegszerstörungen und Reparationslasten*, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, München 1995, S. 547.
- 20 Vgl. Laufer, *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen*, S. 51.
- 21 Vgl. BLHA, Rep. 202 A, Nr. 43, Bl. 319–326, *Aufbau, Struktur und Lage der Industrie der Provinz Mark Brandenburg*, 23.8.1946.
- 22 Vgl. Laufer, *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen*, S. 50.
- 23 Vgl. Friederike Sattler, *Demontagen und Reparationsentnahmen als Problem der beginnenden Wirtschaftsplanung in der SBZ. Das Beispiel der Provinz Brandenburg (1945–1947)*, in: Karlsch/ Laufer (Hg.), *Sowjetische Demontagen*, S. 345.
- 24 Vgl. Klaus Neitmann, Jochen Laufer (Hg.): *Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin 1945 bis 1948. Sachthematiscbe Archivinventar*, Berlin 2014, S. 64–92.
- 25 Zusammengestellt nach: Uwe Müller, *Demontagen, gesellschaftliche Transformation und industrieller Strukturwandel in Brandenburg (Havel)*, in: Karlsch/ Laufer (Hg.), *Sowjetische Demontagen*, S. 384.
- 26 Vgl. Johannes Bähr, Rainer Karlsch. *Die sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) in der SBZ/DDR. Bildung, Struktur und Probleme ihrer inneren Entwicklung*, in: Karl Lausacke, Thomas Welskopp (Hg.), *Mikropolitik im Unternehmen*, Essen 1994, S. 214–255.
- 27 Vgl. Sattler, *Reparationen und Wirtschaftsplanung*, S. 356f.
- 28 Vgl. Rainer Karlsch, *Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR 1945–1953. Stand und Probleme der Forschung*, in: Christoph Buchheim (Hg.), *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*, Baden-Baden 1995, S. 62.
- 29 Vgl. Sattler, *Demontagen und Reparationsentnahmen*, S. 359.
- 30 Vgl. Rüdiger Kühn, *Die Folgen der Demontagen bei der Deutschen Reichsbahn (DR)*, in: Karlsch/ Laufer (Hg.), *Sowjetische Demontagen*, S. 473–506; Ralph Kaschka, *Auf dem falschen Gleis. Infrastrukturpolitik und -entwicklung der DDR am Beispiel der Deutschen Reichsbahn 1949–1989*, Frankfurt/Main 2011, S. 50–133.

Von der Messlatte zum Sitz-Steh-Arbeitstisch

Die Firma REISS in Bad Liebenwerda

Dietmar Menzel



Die „Größte Spezialfabrik des Kontinents“ auf einem Produktkatalog nach 1910.

Die Firma REISS in Bad Liebenwerda ist eines der ganz wenigen Unternehmen im heutigen Brandenburg, das auf eine durchgehende und inzwischen 140jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken kann. Das Unternehmen überstand zwei Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise, die vollständige Demontage nach dem Zweiten Weltkrieg, die Enteignung, die sozialistische Planwirtschaft und den fundamentalen wirtschaftlichen Umbau nach 1990. Die Produktionsgeschichte von REISS ist in beeindruckender Weise damit auch ein Abbild der brandenburgischen Wirtschaftsgeschichte. Der Blick in die Firmengeschichte zeigt, wie ein Unternehmen auf gesellschaftliche Umbrüche reagieren und sich trotz gravierender technologischer Veränderungen am Markt behaupten konnte.

Hermann Robert Reiss wurde am 20. Dezember 1844 im ostpreußischen Groß Bubainen (heute Bereshovskoje im Oblast Kaliningrad/Russland) geboren. Nach der örtlichen Schulausbildung absolvierte er eine umfangreiche Ausbildung zum Landmesser bzw. Geometer in Königsberg i. Pr. Ab 1864 führte er umfangreiche Vermessungsarbeiten in Ostpreußen durch. An den Einsatzorten Landsberg/W. und Swinemünde arbeitete er bis 1881. Im Jahre 1881 führte ihn ein Anstellungsvertrag beim Königlichen Katasteramt nach Liebenwerda (ab 1925 Bad Liebenwerda), damals zur preußischen Provinz Sachsen gehörig. Die Familie zog dem Familienvater hinterher.

Eine geringe monatliche Vergütung und ein persönlicher Schicksalsschlag, vier von sechs Kindern starben an einer Scharlachepidemie, zwangen ihn, durch Nebeneinkünfte seine Situation zu verbessern. So gründete er 1882 einen Versandhandel für Landmesser, wurde damit schnell erfolgreich und kündigte schließlich 1885 seinen Anstellungsvertrag beim Königlichen Katasteramt. Neben dem Versand widmete sich Reiss in Zusammenarbeit mit Anwendern und Wissenschaftlern auch der Weiter- und Neuentwicklung von Vermessungsgeräten, wobei er von den Erfahrungen aus seiner 20jährigen Feldmesstätigkeit profitierte. Der Konkurrenz, deren Produkte ihm durch das Versandgeschäft bekannt waren, begegnete er mit hoher Qualität und mit ständigen Verbesserungen und Neuerungen. Die Kooperation mit Zeiss in Jena und Henschel & Maybohr in Liebenwerda ermöglichten ihm das Errichten von feinmechanischen Werkstätten. 1896 lief die Produktion geodätischer Präzisionsgeräte wie Theodolite und Nivelliergeräte an. Seiner „ganzheitlichen“ Betrachtungsweise und langer Berufserfahrung ist es zu verdanken, dass in seinem Unternehmen Erzeugnisse hergestellt und gehandelt wurden, die seine Kunden tatsächlich rundum zufrieden stellten.



Hermann Robert Reiss (1844–1911)

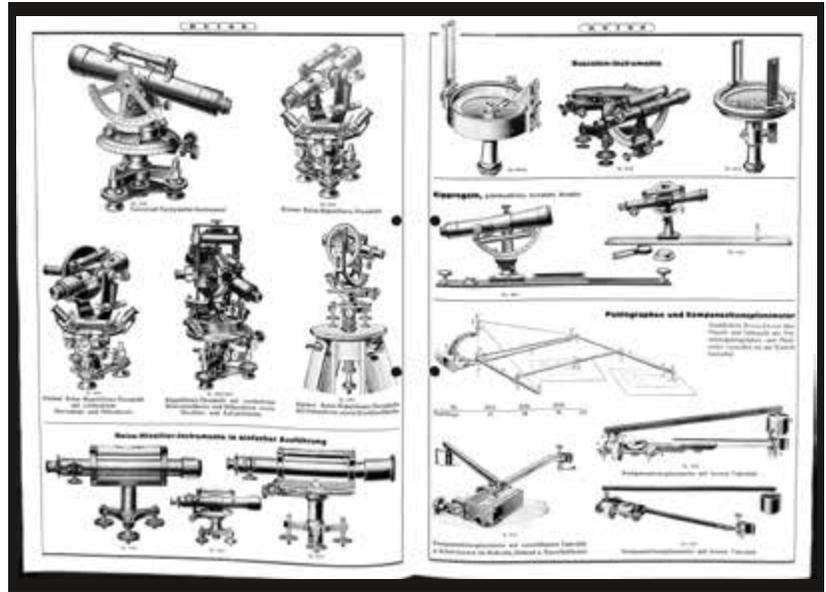


Die Mechaniker auf dem Foto haben ihren Gesellenabschluss 1913 mit Robert Reiss im Hotel Adlon in Berlin gefeiert. Der Unternehmer legte großen Wert darauf, sich persönlich um das Wohl Belegschaft zu kümmern.

Um den hohen Qualitätsanspruch in der Fertigung zu garantieren, wurden bei der Firma REISS Mechaniker unter Anleitung eines Feinmechanikers aus Budapest in einer fünfjährigen Lehrzeit ausgebildet. Diese hochqualifizierten Facharbeiter waren für ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten besonders angesehen und erhielten von der Firmenleitung jegliche Unterstützung. Die Ausbildung war und ist bis heute Chefsache. Die bei REISS beschäftigten Facharbeiter wurden überdurchschnittlich entlohnt. So fühlten sie sich auf besondere Weise mit dem Unternehmen verbunden. Bald bürgerte sich für die Beschäftigten der Begriff „Reissianer“ in der Firma und in der Stadt ein. Es war eine Ehre bei REISS zu arbeiten.

Robert Reiss kümmerte sich persönlich um das Wohl der Belegschaft. Gegenüber seinen Kunden erklärte er im Katalog von 1904: „Die Dank der Unterstützung seitens meiner Kundschaft erzielten Erfolge sollen aber nicht nur mir dienen, sie legen mir auch soziale Pflichten gegen meinen treuen Stamm von Mitarbeitern auf und ich unterwerfe mich diesen Pflichten umso lieber, als ein alter Stamm treuer Mitarbeiter in erster Linie geeignet ist, der Kundschaft gediegene und zweckentsprechende Ausführungen der einzelnen Artikel zu sichern“. Lange Betriebszugehörigkeit wurde und wird im Unternehmen geschätzt, denn dies ermöglicht eine hohe Stabilität in der Belegschaft und persönliche Weiterbildungsmöglichkeiten.

1911 verstarb Robert Reiss und sein Sohn Paul Reiss führte die Geschäfte im Sinne seines Vaters weiter. Eine erste ernste Bewährungsprobe für das Unternehmen stellte die wirtschaftliche Krise nach dem Ersten Weltkrieg dar. Der Export von 70 Prozent der Hauptezeugnisse von REISS wurde verboten und gleichzeitig reduzierte sich der Bedarf an Zeichentechnik, Vermessungstechnik und Lichtpaustechnik in Deutschland stark. Hier zeigte sich, wie wichtig die Qualifizierungs-



Titel des Katalogs von 1907 sowie Blick in die „Mechanischen Werkstätten“ der Firma.



Titel und Auszug aus dem Produktkatalog der Firma Reiss von 1889/1890.



R. Reiss
Fabrik für Geflügelzucht-Geräte
Liebenwerda
H. Halle & S.

REISS-Katalogtitel aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise

strategie des Unternehmens für die Bewältigung einer existenzbedrohenden Krise war. Die Unternehmensleitung erschloss gemeinsam mit den „Reissianern“ in kürzester Zeit einen neuen Markt: Deutschland litt kriegsbedingt noch unter einer schweren Nahrungsmittelunterversorgung. Dieser Mangel brachte Paul Reiss auf die Idee, landwirtschaftliche Kleingeräte herzustellen. So wurden z.B. durch Umbau von Lichtpausmaschinen Brutgeräte hergestellt. Den Facharbeitern gelang schnell der Einstieg in die Serienproduktion dieser und ähnlicher Erzeugnisse und das Unternehmen firmierte für fast drei Jahre als „R.Reiss Fabrik für Geflügelzuchtgeräte Liebenwerda.“ Im Laufe der 1920er Jahre konzentrierte sich die Firma wieder auf ihr Kerngeschäft, was nicht zuletzt deshalb gelang, weil hochqualifizierte „Reissianer“ der Firma treu geblieben waren. So konnte REISS in kürzester Zeit neu beginnen.

Der zweite große Umbruch in der Unternehmensgeschichte fand nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Per SMAD-Befehl unterlag die Firma der Enteignung und Verstaatlichung mit völliger Demontage durch die Sowjetische Besatzungsmacht. Es war nur dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken, dass das Unternehmen überlebte. Nach Wiederaufnahme der Produktion wurden zunächst dringend benötigte Gebrauchsgüter hergestellt, doch bereits Ende 1947 konnte das traditionelle Sortiment vom mittlerweile volkseigenen Betrieb „VEB Mess- und Zeichengerätebau Bad Liebenwerda“ wieder aufgelegt werden. Die Erzeugnisse waren anfangs Zeichengeräte und Rechenschieber speziell für Schulen vorgesehen. Von 1949 an erfolgte die zunehmende Eingliederung des Betriebes in die sozialistische Planwirtschaft. Ohne



Die Enteignung und Demontage des Werks durch die Sowjetische Besatzungsmacht war ein drastischer Einschnitt in der Firmengeschichte.



Zu den Produkten von REISS; die auch zu Zeiten des Kalten Krieges auf dem Weltmarkt bestehen konnten, gehörten unter anderem Rechenstäbe und Zeichenanlagen.



Bereits seit 1980 stellt die Firma REISS Büromöbel her, hier ein Sitz-Steh-Arbeitsstisch für CAD-Konstrukteure.

geodätische Geräte umfasste die Produktpalette jetzt Zeichenanlagen, Konstrukteurs-Arbeitsplätze, mathematische Geräte und Rechenschieber. Ab 1964 fiel auf Beschluss des Ministerrates der DDR und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) die Produktion der sehr begehrten Lichtpausmaschinen weg, die die DDR nun aus Ungarn importierte.

Die Herstellung von Zeichenanlagen entwickelte sich zunehmend profilbestimmend und stellte 1970 die Hauptproduktion dar. In der Folge konnte sich der „VEB Messgeräte und Zeichentechnik Bad Liebenwerda“ auf diesem Gebiet zum führenden Hersteller in Europa qualifizieren. Durch den hohen Qualitätsstandard der Erzeugnisse bedingt, interessierten sich auch die westlichen Märkte verstärkt für die Erzeugnisse. Sogar Mitbewerber aus Großbritannien, Frankreich und der

Bundesrepublik ließen ihre Produkte bei REISS in Bad Liebenwerda herstellen. Die Erträge dieses internationalen Geschäftsfelds ermöglichten – anders als in vielen anderen Betrieben in der DDR – zusätzliche Investitionen in moderne Technologien. In den 1980er-Jahren hielt auf Ministerratsbeschluss die Mikroelektronik auch in Bad Liebenwerda Einzug. CAD/CAM lautete das Zauberwort und der jetzt zum Kombinat Robotron gehörende Betrieb sollte sich auf die Produktion von Plottern umstellen. Dieser aufgezwungene Weg erwies sich schon bald als Fehlentscheidung. Die für die Fertigung von Trommelplottern bereits eingeleiteten Investitionen wurden aber glücklicherweise durch die politische Wende 1989 gestoppt.

Das Unternehmen wurde wieder als selbständiges Unternehmen „REISS Büromöbel GmbH“ aus dem Kombinat ausgelöst. Neben der völlig neuen Marktsituation entwickelte sich im vereinigten Deutsch-



Ab 1990 konzentrierte sich die Firma REISS erfolgreich auf die Produktion von Büromöbeln.

land auch der Kundenbedarf in eine andere Richtung. Fast über Nacht brauchte keiner mehr traditionelle Zeichentechnik, die massive Durchdringung des Marktes mit computergestützten Lösungen beendete die Ära der Zeichenanlagen. Jetzt zahlte sich aus, dass bereits 1903 mit der Büromöbelfertigung begonnen und seit 1947 immer Möbel wie Schreibtische und Spezialschränke zur Komplettierung von Konstruktionsbüros hergestellt wurden. Bereits 1980 wurde in enger Zusammenarbeit mit der TU Dresden ein Sitz-Steharbeitsstuhl für die CAD-Arbeit des Konstrukteurs entwickelt. Ab 1990 konzentriert man sich bei REISS auf die Produktion und Weiterentwicklung von ergonomischen Büromöbeln. Bildschirmarbeitsplätze mit besonderen ergonomischen Anforderungen waren erforderlich. Zahlreiche Lösungen sind für das Unternehmen patentiert. Ohne große Hilfe von außen haben die zur verbliebenen Stammmannschaft gehörenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (die lange zum Unternehmen gehörenden Facharbeiter und Ingenieure) die Umsetzung zur Serienfertigung ermöglicht. Hier schließt sich der Kreis zum Firmengründer Robert Reiss und seiner Vorstellungen von Qualität und Kundenzufriedenheit, die nur durch die gute Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht werden kann. Robert Reiss' Ideen und Vorstellungen gehören auch heute noch zur Firmenphilosophie. REISSianer nennen diese Aspekte „REISSheiten“.

Der Verfasser selbst hatte nach einer erfolgreichen Fachausbildung bei REISS die Förderung zum Abschluss eines Hochschul- und Universitätsabschlusses bekommen. Nach der Privatisierung 1992 war er 25 Jahre Geschäftsführer und hat das Unternehmen mit den Reissianern zum heutigen Erfolg geführt. Nach seinem Ruhestand 2016 gründete er mit ehemaligen Reissianern und Lehrern den Verein REISS Zweck e.V. -Tradition erleben. Zukunft gestalten (www.reiss-zweck.de). Der Verein betreibt eine historische Ausstellung zur fast 140 jährigen Industriegeschichte der Firma REISS. Die Aufarbeitung, Bekanntmachung und Erhaltung der Industriegeschichte steht im Fokus der Vereinstätigkeit. Ziel ist eine lebendige Dokumentation der geschichtlichen und kulturellen Industrieentwicklung für alle Besucherinnen und Besucher. In diesem Sinne fördert der REISS Zweck e.V. die kulturelle Bildungstätigkeit, um insbesondere bei Kindern und Jugendlichen das Interesse für Stadt und Region zu wecken. Dafür macht der Verein adäquate Angebote und arbeitet aktiv mit zwei Robert-Reiss-Schulen zusammen und bildet die Reiss-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Geschichte des Unternehmens weiter. Die mehr als 1600 Ausstellungsstücke zeichnen nicht nur ein Bild von der unternehmerischen Entwicklung, sondern erzählen auch von den fast 5000 Menschen, die hier bisher gearbeitet haben.

Fazit

Unternehmen können nur angemessen auf gesellschaftliche Umbrüche reagieren und sich trotz gravierender technologischer Veränderungen am Markt behaupten, wenn sie:

- einen hohen Qualitätsanspruch an ihre Produkte und besonders an ihren Service stellen. Dazu gehört gute Erreichbarkeit für die Kunden und qualifizierte Mitarbeiter.
- ein Unternehmen mit eigenem Innovationspotenzial sind und die Risikobereitschaft haben, neue Ideen umzusetzen. Sie können auf große wirtschaftliche Veränderungen schnell und erfolgreich reagieren. Schnelle Problemlösungen für Produkte und kurze Reaktionszeiten werden ein zunehmender Erfolgsfaktor.
- ein Unternehmen sind, das enge Kooperationen mit Hochschulen hat. Diese ermöglichen Erkenntnisse für die Gestaltung von Innovationen der Zukunft und unterstützen langfristig die damit einhergehenden komplexen Prozesse.
- ein Unternehmen sind, das die Förderung der Belegschaft bei der ständig erforderlichen Weiterbildung unterstützt und damit persönliche Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet. Diese erfolgreiche Qualifizierungsstrategie bindet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das Unternehmen und sorgt für hohe Prozessstabilität.

Als der „Fortschritt“ in die brandenburgische Region kam

Das Kernkraftwerk Rheinsberg

Sebastian Stude



Zeitgenössisches Bild vom Bau des Kernkraftwerkes bei Rheinsberg in der DDR-Zeitschrift „Neue Berliner Illustrierte“, Heft 4/1959, S. 2–5.

Der Verein Stadtgeschichte Rheinsberg e. V. wollte es genau wissen: Im Sommer 2012 befragte er anderthalb Dutzend Frauen und Männer nach ihren Erinnerungen und Erfahrungen zum Kernkraftwerk bei Rheinsberg. Ob Alteingesessene oder Hinzugezogene, ob im Kernkraftwerk selbst oder anderswo in der Region Beschäftigte – folgenden Punkt formulierten beinahe sämtliche der befragten Personen in ähnlicher Art und Weise: „Letzten Endes ist durch das Kernkraftwerk viel an Fortschritt nach Rheinsberg gekommen.“¹ Offen blieb zunächst, was die Gesprächspartner mit „Fortschritt“ meinten und welche konkrete Form dieser „Fortschritt“ in ihren Arbeits- und Lebenswelten annahm. Offen blieb auch der historische Kontext – also die allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen und Ereignisse – des in Rheinsberg ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erfahrenen „Fortschritts“. In seiner Dissertationsschrift hat sich der Autor dieses Beitrags diesen Aspekten genähert.²

Modernisierung und Herrschaftslegitimation

Mitte der 1950er Jahre stieg die DDR in die industrielle Kernenergienutzung ein. Der ostdeutsche Einstieg in die Kernenergiewirtschaft zeigt, wie sich die SED-Führung im frühen Poststalinismus um Herrschaftslegitimation mittels Modernisierung bemühte. Als doppelte Adaption, nämlich der weltweiten „Atomeuphorie“ einerseits und der Leninschen Revolutionsformel „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“³ andererseits, sollte für die DDR fortan gelten: „Sozialismus ist SED plus Mechanisierung, Automatisierung und Kernenergie für das halbe Deutschland“. Dieses Modernisierungsprogramm, so das Versprechen der SED-Führung, würde Frieden und Wohlstand bringen. Wie kaum ein anderer Industriezweig verknüpfte die Kernenergiewirtschaft dabei unterschiedliche Interessen. Eine allgemeine Hoffnung in die industrielle Kernenergienutzung zielte auf

die scheinbar unbegrenzte Produktion von billigem, sauberem und sicherem Strom.

Zum Symbol des ostdeutschen Einstiegs in die industrielle Kernenergienutzung entwickelte sich das Kernkraftwerk bei Rheinsberg. Der Bau des Kraftwerks begann 1957, 1966 ging es in Betrieb. Entscheidend für die Standortwahl dieses ersten deutschen Kernkraftwerks überhaupt waren Sicherheitsaspekte, ausreichend Kühlwasservorkommen und die Anschlussmöglichkeit an das landesweite Stromnetz. Der Kernkraftwerksbau in der brandenburgischen Randregion folgte allgemeinen wirtschaftsplanerischen Aspekten. Zum einen sollte das Kraftwerk das regionale Defizit in der Stromproduktion abbauen helfen, zum anderen fügte sich der Standort in die Wirtschaftsstrategie ein, das Nord-Süd-Gefälle in der ostdeutschen Industrielandschaft ebenso wie die gravierenden Unterschiede zwischen Ballungszentren und Randregionen einzuebnen. Neben Projekten wie dem Eisenhüttenkombinat Ost, dem Gaskombinat Schwarze Pumpe, dem Petrolchemischen Kombinat Schwedt und dem Halbleiterwerk in Frankfurt/Oder stand das Kernkraftwerk bei Rheinsberg beispielhaft für die Bemühungen einer aufholenden Industrialisierung in den drei brandenburgischen Bezirken Potsdam, Frankfurt und Cottbus.⁴

Transformation der regionalen Wirtschaft

Tatsächlich gehörte Rheinsberg zu jenen Randregionen, deren wegen Brandenburg bis Mitte des 20. Jahrhunderts als „Agrar-Industrie-Provinz“ galt. Mitte des 19. Jahrhunderts beschrieb Theodor Fontane den Ort als abseits gelegene Region mit geringer Wirtschaftskraft und zeichnete ein Rheinsberger Bild von „Rückständigkeit“ und „Naturschönheit“.⁵ Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein bestimmten einfache Warenproduktion und Handelsgüter aus Steingut und Holz die örtliche Wirtschaftsproduktion. Daneben erfuhr allenfalls ein saisongebundener Tourismus Aufschwung. Aus der Perspektive des brandenburgischen Verwaltungszentrums Potsdam und erst recht aus der Perspektive des florierenden Berlin betrachtet blieb Rheinsberg zunächst Provinz.

Noch Anfang der 1960er Jahre veranschlagte die regionale Verwaltung für die Rheinsberger Betriebe und Einrichtungen insgesamt 1500 Beschäftigte. Mit den Beschäftigten des 1961 unter der Bezeichnung „VEB Atomkraftwerk I“ gegründeten Kernkraftwerks kamen kurz darauf 1300 Frauen und Männer hinzu – Bauarbeiter, Anlagenmonteure und Kernkraftwerker. Auffällig war über den Arbeitsplatzzuwachs hinaus der Strukturwandel, der mit dem Kraftwerksbau einherging. Denn zur land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Prägung

kam ein sehr viel stärker industrielles Profil des Rheinsberger Wirtschaftsraumes hinzu.⁶ Und mit dem Kraftwerksbau kamen mehr junge, mobile, urbane und in Spezialberufen ausgebildete Personen in die brandenburgische Randregion: Zu den ersten Beschäftigten im Kernkraftwerk gehörten knapp 100 Hochschul- und Fachhochschulabsolventen sowie mehr als 300 Produktionsarbeiter. Erstmals in diesem Umfang eröffnete der Betrieb in der Rheinsberger Region die Chance auf ein festes, saisonunabhängiges Beschäftigungsverhältnis und auf eine Berufsausbildung in einem Industriebetrieb. Diese Entwicklung hielt in den kommenden zweieinhalb Jahrzehnten an. Ende der 1980er Jahre beschäftigte das Kernkraftwerk fast 250 Hochschul- und Fachhochschulabsolventen und mehr als 400 Meister und Facharbeiter.⁷

Mit den oftmals vergleichsweise modernen Arbeitsbedingungen in dem neuen Industriebetrieb stieg die Chance auf ein gutes Einkommen. Die Verdienstmöglichkeiten im Kernkraftwerk führten die brandenburgische Randregion an die DDR-weite Lohnstruktur heran und teilweise auch darüber hinaus. So erhielt der Kraftwerksleiter im Jahr der Betriebsgründung 1961 per Sondervertrag monatlich 2500 Mark. Ein Ingenieur im Schichtdienst erhielt bis zu 1220 Mark; ein Reaktoroperator verdiente damals 818 Mark; Facharbeiter bekamen bis zu 647 Mark; einfache Arbeiter verdienten im Durchschnitt 555 Mark. Letzteres entsprach dem damaligen DDR-Durchschnittslohn. Anfang der 1980er Jahre erhielt der damalige Kraftwerksleiter ein Monatsgehalt in Höhe von immerhin noch 1800 Mark. Der Hauptingenieur und die Abteilungsleiter verdienten mit mehr als 1700 Mark ähnlich gut. Die Schichtleiter bekamen bis zu 1415 Mark, die Reaktoroperatoren bis zu 1253 Mark. Eine Reinigungskraft verdiente Anfang der 1980er Jahre 390 Mark.⁸ Ende der 1980er Jahre verdienten die Kernkraftwerker im Durchschnitt 1300 Mark.⁹ Bei erheblichen Ungleichheiten im innerbetrieblichen Lohngefüge lagen die Verdienstmöglichkeiten im Kernkraftwerk Rheinsberg damit zuletzt ziemlich genau im DDR-weiten Schnitt.¹⁰ Das gute und insgesamt stetig steigende Einkommen im Kraftwerk hatte ambivalente Folgen. Mit ihm einher ging das Wachstum der örtlichen Kaufkraft. Daraus wiederum entsprangen Konsumwünsche, die zu bedienen Handel und Versorgung in Rheinsberg vor erhebliche Herausforderungen stellte. Zur nicht intendierten Folge der Modernisierung in der brandenburgischen Randregion entwickelte sich also, dass die neuen Möglichkeiten auch Unzufriedenheit provozierten – eben, weil sie ungenutzt bleiben mussten.

Transformation der regionalen Gesellschaft

Die alteingesessenen Einwohner nahmen den Alltag in Rheinsberg als lebenswerte und beschwerliche Normalität wahr. Die örtliche Situation als extrem empfanden dagegen die mit dem Kraftwerksbau ab Mitte der 1950er Jahre nach Rheinsberg einströmenden Bauarbeiter, Anlagenmonteure und Kernkraftwerker. Insbesondere die Kernkraftwerker kamen oftmals aus



Blick in ein modern eingerichtetes Wohnzimmer in der Neubausiedlung des Kernkraftwerkes in den 1970er Jahren. Die thüringischen Holzfiguren auf dem Fernseher gehören zum typischen Einrichtungsensemble der aus dem Süden der DDR nach Rheinsberg hinzugezogenen Kernkraftwerker.

industriellen Zentren oder großen Städten wie Berlin, Leipzig oder Dresden. Lange fielen die Ungleichheiten zwischen alteingesessenen und neu hinzugezogenen Rheinsbergern ins Gewicht. Schon äußerlich unterschieden sie sich in ihrer Kleidung, den Orten ihres Wohnens und ihrer Arbeit. Hinzu kamen grundverschiedene Ausbildungen und Sozialisationshintergründe, unterschiedliche politische Einstellungen, unterschiedliches Konsum- und Freizeitverhalten, unterschiedliche Mobilität sowie ihre unterschiedliche Sprache. Letzteres führte zur plakativen Kennzeichnung der neuen Rheinsberger als „Sachsen“, weil unter den zugezogenen Kernkraftwerkern die aus dem Süden der DDR zahlenmäßig dominierten.

Mit dem Bau des Kernkraftwerks entwickelten sich die Stadt Rheinsberg und ihre Umgebung zu dem, was Werner Bräunig in seinem Wismut-Roman Mitte der 1960er Jahre als „Rummelplatz“ beschrieben hat. Als erstes kündete eine Barackenlandschaft mit hunderten Schlafplätzen für Bauarbeiter und Anlagenmonteure vom einsetzenden Wandel. Oftmals kamen ortsfremde Männer, die fachliche Selbstverwirklichung, ein gutes Einkommen, privates Glück oder einfach ein Abenteuer suchten. Manche von ihnen kamen unfreiwillig in die brandenburgische Provinz, vom Betrieb oder der Partei

geschickt. Mit ihnen hielten harte Arbeit, entbehrungsreiches Schichterleben, grobe Sprache, proletarisches Freizeitvergnügen, handfeste Rauflust und übermäßiger Alkoholkonsum Einzug. Die von den Alteingesessenen bis dahin als solche empfundene „alte Ordnung“ aus überlieferten Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen, aus Sicherheit vermittelnden Erfahrungswerten, aus Legitimation durch Tradition geriet aus den Angeln.¹¹ Als ein Zeichen dieser Entwicklung stieg gemeinsam mit dem Einzug der Kraftwerksbauer die Zahl der Strafdelikte. Die örtliche Polizei verzeichnete einen Anstieg von Belästigungen und Sittlichkeitsdelikten gegenüber Frauen. Mit dem Höhepunkt der Beschäftigtenzahlen auf der Kraftwerksbaustelle ab Frühjahr 1965 verdoppelte sich die örtliche Kriminalitätsrate binnen Jahresfrist. Schwerpunkte bildeten Diebstahl, „Arbeitsbummelei“, „Rowdytum“, Alkoholmissbrauch und Beleidigungen.¹²

Für die Kernkraftwerker entstand eine komplette neue Wohnsiedlung. Diese verlängerte die von den Beschäftigten in ihrem Betrieb erfahrene Kollektivität und Familiarität in den privaten Bereich. Die neue Siedlung trug die Gestalt einer „sozialistischen Wohnstadt“. Sie war geprägt durch komfortable Neubauwohnungen samt großzügigem Wohnraum plus Balkon, fließend Warmwasser und Innentoilette. In kurzer Zeit entstanden mehrere hundert moderne Wohnungen. Allerdings blieb der Wohnungsbau deutlich hinter dem vorhandenen Bedarf zurück. Manche Kernkraftwerker warteten jahrelang auf die ihnen versprochene Wohnung, junge Familien mit Kind mussten sich mit der Zuteilung einzelner Zimmer abfinden. Gleichwohl konnte das Wohnen in der neuen Siedlung samt ihrer idyllischen Lage am Waldrand die Wahrnehmung provozieren: „Da zu leben, wo andere Urlaub machen“.¹³ Solche positiven Wahrnehmungen wurden durch die DDR-typischen niedrigen Mieten und Wohnnebenkosten befördert. Insbesondere das Leitungspersonal und die Facharbeiter des Kraftwerks mit ihren guten Gehältern hatten zudem die Chance auf eine wunschgemäße Wohnungsausstattung mit Einbauschränkwand, Sofamöbel, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie elektrischen Haushaltsgeräten. So hielt ab Mitte der 1960er Jahre in nicht wenige Rheinsberger Haushalte ein „sozialistischer Wohlstand“ Einzug. Das geschah in einer Zeit, als die Wohnungssituation im ostdeutschen Staat generell zum Problem wurde: Im Bezirk Potsdam hatte noch zu Beginn der 1970er Jahre jede fünfte Wohnung keinen zentralen Wasseranschluss, knapp jede zweite Wohnung besaß weder Bad, Dusche noch Innentoilette und nicht einmal jede zweite Wohnung war über die zentrale Abwasserentsorgung an eine Kläranlage angeschlossen. Im Gegensatz zur neuen Wohnsiedlung der Kernkraftwerker überdauerten solche Wohnverhältnisse in der Altstadt von Rheinsberg zunächst.

Fazit: Modernisierungsgeschichte als Geschichte von Widersprüchen

Das Kernkraftwerk bei Rheinsberg ist als Symbol sozialistischer Modernisierung zu verstehen. Dabei war sozialistische Modernisierung kein Selbstzweck, sondern erfüllte ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine besondere Funktion zur Legitimation der SED-Herrschaft. Denn nach Stalins Tod im März 1953 ging es der Parteiführung mehr als zuvor um Herrschaftslegitimation jenseits von Gewalt und Terror. Versprechen zu Fortschritt und Wohlstand erhielten einen neuen Stellenwert. Tatsächlich brachte der „Aufbau des Sozialismus“ mit der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ als „technokratischer Ersatzprogramm“ SED und DDR bis dahin ungekannte Attraktivität.¹⁴ Mit Blick auf das Kernkraftwerk bei Rheinsberg und die industrielle Kernenergienutzung insgesamt rekurrierten die gesellschaftlichen Hoffnungen auf das Versprechen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft einer kaum begrenzten Produktion von billigem, sicherem und sauberem Strom. In der brandenburgischen Randregion selbst stand das Kernkraftwerk dafür, wie sich Partei und Staat ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre um das Etablieren staatssozialistischer Strukturen und Programme bemühten. Als Stromproduzent, Forschungseinrichtung und Ausbildungsstätte entwickelte sich der Betrieb zum regionalen Modernisierungskern. Allerdings zeigt sich am Beispiel des Rheinsberger Kernkraftwerks, wie sehr die Strategie der Herrschaftslegitimation durch

sozialistische Modernisierung eine politisch überformte, wirtschaftlich ineffiziente und gesellschaftlich oktroyierte Kampagne gewesen ist. Dieser Befund mag den eingangs beschriebenen örtlichen Erinnerungen zumindest teilweise widersprechen, gemeinsam mit dem Kernkraftwerk habe in der Region der „Fortschritt“ Einzug gehalten. Jedoch steht der Widerspruch von individueller und kollektiver Erinnerung einerseits sowie allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen andererseits als typisches Wesensmerkmal für das Leben in der SED-Diktatur.



Eine Broschüre des Kernkraftwerkes Rheinsberg von 1971 zelebriert die Versöhnung von Mensch, Natur und Industrie im modernen Sozialismus: Im Vordergrund ein Campingplatz der im Kernkraftwerk Beschäftigten, im Hintergrund das Kraftwerk. In der Broschüre heißt es dazu: „An einem der stillen, klaren Seen neben dem Kraftwerk verbringen viele Kollegen mit ihren Familien Urlaub oder Wochenenden.“

- 1 Herr H. G., Jg. 1945, Schichtleiter, Ausbildungsingenieur und später Gruppenleiter Nachbetrieb sowie Mitarbeiter Öffentlichkeitsarbeit im Kernkraftwerk Rheinsberg; Interview vom 11. September 2012.
- 2 Sebastian Stude, Roter Strom. Die Geschichte des Kernkraftwerkes Rheinsberg 1956–2000, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2020, erscheint 2022 als Buch.
- 3 Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin, Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei. Rede auf der Moskauer Governementskonferenz der KPR (B) v. 21.11.1920, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hg.), Wladimir Iljitsch Lenin. Werke (April-Dezember 1920), Berlin 1959, S. 402422, hier S. 414.
- 4 Zur Geschichte der DDR-Wirtschaft vgl. André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007. Zur brandenburgischen Geschichte vgl. Ingo Materna, Die Mark als Industriestandort im 19. und 20. Jahrhundert, in: Lieselott Enders/Klaus Neitmann (Hg.), Brandenburgische Landesgeschichte heute, Potsdam 1999, S. 91–102. Dellef Kotsch, Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 727–794.
- 5 Theodor Fontane, Wanderungen durch die Mark Brandenburg. Erster Teil – die Grafschaft Ruppin, Berlin 2005, S. 265–325.
- 6 Vgl. Rat des Kreises Neuruppin, Kreisplankommission, Arbeitskräftelage in Rheinsberg bis 1970 v. 21.10.1963 (BLHA, Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam, Nr. 6994, o. Pag.).
- 7 Geschäftsbericht des VEB Atomkraftwerk über den Planablauf im Jahre 1964 v. 5.2.1965 (Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH, Kernkraftwerk Rheinsberg (EWN KKR), BDA, Restarchiv, Nr. 3.8, o. Pag.). Beschluss über die weitere Nutzung des Standortes Kernkraftwerk Rheinsberg nach Stilllegung des 70 MW-Blockes, o. Dat. [1989] (Ebd., Karton XCIV, o. Pag.).
- 8 Vgl. Zusammenstellung Stellenplan 1980 v. 28.2.1980 (EWN KKR, BDA, Restarchiv, Karton CI, o. Pag.).
- 9 Vgl. Bewertung der Entwicklungskonzeption Betriebsteil KKW Rheinsberg bezogen auf die ökonomischen Wirkungen für den Betriebsteil v. 6.6.1988 (EWN KKR, BDA, Restarchiv, Karton XCVI, o. Pag.).
- 10 Vgl. Statistisches Amt der DDR (Hg.), Statistisches Jahrbuch der DDR, Ost-Berlin 1990, S. 52.
- 11 Jan Peters, Neue Ansätze zur Erforschung der Geschichte der ländlichen Gesellschaft, in: Enders/Neitmann (Hg.), Brandenburgische Landesgeschichte heute, S. 33–68.
- 12 Aktennotiz zur Auswertung der in der Analyse der Kreisleitung Neuruppin enthaltenen Hinweise für die Parteiorganisation des AKW am 21.7.1965 v. 22.7.1965 (BLHA, Rep. 530 SED-Bezirksleitung Potsdam, Nr. 3041, o. Pag.).
- 13 Peggy Mädler, „... das Wetter ist schön, ich war auch schon baden“, Rheinsberg 2013, S. 2.
- 14 Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992, S. 127–133.

Die Treuhand in Brandenburg

Neue Forschungen zur wirtschaftlichen Transformation nach 1989

Wolf-Rüdiger Knoll

Wie keine andere Institution stand die Treuhandanstalt (THA) in den ersten Jahren des wiedervereinigten Deutschlands im Zentrum der öffentlichen Kritik. Zunächst als Anstalt zur Ausgabe von Anteilsscheinen der ostdeutschen Bevölkerung am volkseigenen Industrieigentum gedacht, beschloss noch die letzte freigewählte DDR-Volkskammer im Juni 1990 die Umwandlung der THA in eine Behörde, die mit der Privatisierung des volkseigenen Vermögens beauftragt wurde.¹ In der Folge erhielt die Treuhand den Auftrag, mehr als 8.000 Betriebe mit etwa vier Millionen Beschäftigten in die Marktwirtschaft zu überführen. Unter der Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums geriet sie ab Herbst 1990 als Eigentümerin der in GmbHs und AGs umgewandelten ostdeutschen Industriebetriebe zunehmend in das öffentliche und politische Blickfeld. Mit Detlev Karsten Rohwedder erhielt die THA im Sommer 1990 einen Präsidenten, der sich den Aufbau einer funktionierenden Privatisierungsbehörde und den effizienten Verkauf der Betriebe zum Ziel gesetzt hatte.

Auch nach der Ermordung Rohwedders im Frühjahr 1991 setzte seine Nachfolgerin Birgit Breuel die Verkaufsbemühungen unter dem von Rohwedder geprägten Mantra „Privatisierung ist die wirksamste Sanierung“ fort. Bis Ende 1994 realisierte die Treuhand den Verkauf oder die Abwicklung von insgesamt 14.500 Betrieben und Betriebsteilen. Zugleich verkündete sie Beschäftigungszusagen über knapp 1,5 Million Arbeitsplätze und versprochene Investitionen von mehr als 200 Milliarden DM.² Andererseits verbuchte sie in ihrer Bilanz einen Verlust von etwa 250 Milliarden DM, obwohl Rohwedder selbst 1990 noch angedeutet hatte, dass die ostdeutsche Industrie etwa 600 Milliarden DM wert sei.

Bereits in der zeitgenössischen Berichterstattung, aber auch bis in die Gegenwart, war und blieb die THA umstritten.³ Anders als der Spiegel-Journalist Dieter Kampe anlässlich eines Skandals um die Geräte- und Reglerwerke Teltow im Jahr 1991 vermutete, legte sich über Fehler und Skandale der Treuhand nicht der „sanfte Schleier des Vergessens“.⁴ Vielmehr kritisierten auch in jüngster Zeit Politikerinnen und Politiker verschiedener Parteien die Treuhandbilanz. So erklärte unter anderem Anja Mayer, Landesvorsitzende der

Partei Die Linke in Brandenburg, im Juli 2019: „Für viele Brandenburger bedeutete die Treuhand nicht nur den Verlust ihres Arbeitsplatzes, sondern es war auch die Abwicklung und gnadenlose Entwertung ihres bisherigen Lebens“.⁵ Der Bochumer Historiker Marcus Böick bezeichnet die Treuhand auch deshalb als eine „Bad Bank der ostdeutschen Erinnerungskultur“, in die bis heute alle negativen Erfahrungen und Empfindungen Ostdeutscher in der Nachwendezeit ausgelagert werden.⁶

Diese Beurteilungen werfen Fragen nach der tatsächlichen Rolle der Treuhand und ihrer Wirkung in Ostdeutschland und Brandenburg auf. Seit 2017 übernimmt das Bundesarchiv die Bestände der THA, die insgesamt ungefähr 45 laufende Kilometer Akten produziert hat. Bis September 2019 wurden allein etwa 26.500 Akten archivalisch nutzbar gemacht, die unter Berücksichtigung behördlicher Schutzfristen, personenbezogener Daten sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen in Berlin-Lichterfelde auf Antrag eingesehen werden können.⁷ Im Rahmen eines größeren Forschungsprojekts hat sich das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin von 2017 bis 2021 der Erforschung und Historisierung der Treuhandanstalt gewidmet. Verschiedene Teilstudien wurden etwa zur Transformation der Werften sowie der Chemieindustrie, zur Arbeitsmarktpolitik, zu Gewerkschaften, zu ausländischen Investoren oder zum Personal der Treuhand angefertigt. Eine der Studien befasst sich mit der Tätigkeit der Treuhandanstalt im Land Brandenburg.⁸ Schwerpunkt dieses Projekts war die Analyse der Privatisierungsverläufe von 25 Industriebetrieben, die zusammen etwa ein Drittel aller Beschäftigten in den Treuhandbetrieben Brandenburgs umfassten. Hierzu zählten unter anderem EKO Stahl in Eisenhüttenstadt, das Nähmaschinenwerk in Wittenberge oder auch die Braunkohlebetriebe in der Lausitz. Darüber hinaus wurde die Stellung der Treuhandanstalt im politischen Institutionengefüge des wiedervereinigten Deutschland sowie ihr Verhältnis zur Brandenburger Landesregierung analysiert. Eine umfassende Wiedergabe sämtlicher Forschungsergebnisse kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Stattdessen sollen schlaglichtartig drei wichtige Erkenntnisse wiedergegeben werden.

Enge Handlungsspielräume

Eine wesentliche Voraussetzung zur Beurteilung der Arbeit der Treuhandanstalt bildet der Zustand der ostdeutschen Industrie in den Jahren 1989/90. Tatsächlich wurde die Wirtschaftsregion Brandenburg stark von den regionalen und strukturpolitischen Vorstellungen der SED in den 1950er bis 1970er Jahren überformt. Vor allem durch den ideologisch und teilungsbedingten Aufbau der Grundstoff- und Schwerindustrien fanden hier zahlreiche Großbetriebe eine neue Heimat, deren Errichtung oftmals nur durch das Streben nach Unabhängigkeit von den Weltmärkten beziehungsweise durch die Zusammenarbeit im sozialistischen Wirtschaftsraum Sinn ergab. Exemplarisch dafür waren der Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost an der Oder, die Errichtung des Kombinates Schwarze Pumpe in der Lausitz oder das neu entstandene Halbleiterwerk in Frankfurt an der Oder. Für diese und weitere Betriebe stellte sich mit der Währungsunion (vor allem durch die damit verursachte Aufwertung der Löhne um 300 Prozent), der Öffnung der Märkte sowie dem Wegbrechen der traditionellen Lieferbeziehungen nach Osteuropa die Existenzfrage. Exemplarisch beobachten ließ sich diese Problematik unter anderem beim Schwermaschinenbau Wildau, der mit seinen Kurbelwellen vor allem den Schiffbau an der Ostsee versorgte. Da die Nachfrage nach Schiffen und deren Zuliefererbestandteilen nach 1990 dramatisch einbrach, geriet Wildau in eine Existenzkrise. Ähnlich hart betroffen vom Wegbrechen der traditionellen Lieferbeziehungen nach Osteuropa und in die ehemalige DDR waren die Optischen Werke in Rathenow oder der Kranbau in Eberswalde. So geriet die ostdeutsche Industrie insgesamt ab Juli 1990 in eine massive Absatzkrise. Befeuert wurde diese prekäre Situation noch durch die Organisationsform der sozialistischen Betriebe, die bis 1989 eine Vielzahl gesellschaftlicher und sozialer Leistungen zu erbringen hatten: Ferienheime, Sportstätten und Bildungseinrichtungen belasteten die Bilanz der Betriebe. In der Marktwirtschaft mussten diese Betriebsteile kommunalisiert oder ausgegründet werden, um eine entsprechende Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Darüber hinaus verzeichnete die DDR insgesamt eine Überbeschäftigung. Das ifo-Institut stellte bereits im Herbst 1990 in Ostdeutschland eine

verdeckte Arbeitslosigkeit von etwa 15 Prozent fest. Die genannten Faktoren dienen nicht als Erklärung für missglückte Privatisierungskonzepte. Sehr wohl bilden sie aber eine wichtige Grundlage für die mitunter stark beengten Handlungsspielräume der Treuhand.

Erfolge und Fehlentscheidungen

Vor dem Hintergrund zahlreicher geglückter Privatisierungen, bei denen sich die THA mitunter auch gegen den Widerstand westdeutscher Konkurrenzbetriebe durchsetzen musste, ist die bisweilen auftauchende Deutung der Entwicklung der brandenburgischen Wirtschaft als Niedergangsgeschichte nicht ohne weiteres plausibel. Vielmehr gelang es der Treuhand unter anderem im Falle der Stahlwerke in Eisenhüttenstadt, Brandenburg an der Havel und Hennigsdorf wettbewerbsfähige Betriebsteile an internationale Investoren zu verkaufen, die auch nach 30 Jahren noch an den Standorten vertreten sind. Auch in der Grundstoffindustrie wie in Rüdersdorf oder der Lausitz wurden tragfähige Privatisierungslösungen gefunden, die zugleich mit erheblichen Kosten und insbesondere dem einschneidenden Abbau von Arbeitsplätzen einhergingen. Aufgrund des raschen Nachfragerückgangs nach der Braunkohle und ihrer Verarbeitungsprodukte war diese Entwicklung aber zugleich kaum zu vermeiden. Der Streit um den Kraftwerksneubau in Potsdam und der damit unmittelbar verbundene Arbeitsplatzverlust in der Lausitz im Jahr 1993 verdeutlichte die Komplexität der Entscheidungen selbst innerhalb Brandenburgs.

Gleichwohl traf die Treuhandanstalt wiederholt Fehlentscheidungen. Dies passierte insbesondere dann, wenn sie für die Betriebe keine dauerhafte Überlebenschance sah und sie entweder möglichst rasch verkaufen oder stilllegen wollte. Solche mitunter als Verzweilungsverkäufe anzusehenden Privatisierungen führten im Falle des Chemiefaserwerks Premnitz, des Nähmaschinenwerks Wittenberge oder des Halbleiterwerks in Frankfurt (O.) zu krisenhaften Entwicklungen, welche die ökonomische Entwicklung der betroffenen Städte nachhaltig negativ prägten.

Treuhand und Landespolitik

Entgegen der zeitgenössischen Wahrnehmung bestand ein dichtes Netzwerk von Austausch- und Meinungsbildungsstrukturen zwischen Treuhandanstalt und Landesregierung Brandenburgs.⁹ Insbesondere das Jahr 1991 war geprägt vom Auf- und Ausbau weit verzweigter Kommunikationsstrukturen, die zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und der Treuhandanstalt führten. Beide Seiten trafen sich auf verschiedenen Arbeitsebenen schließlich zum Teil mehrmals wöchentlich. Dies geschah auch deshalb, weil der öffentliche und politische Druck im Sinne einer stärkeren Einbindung der Länder seit Beginn des Jahres 1991 stetig zunahm. Dieses Netzwerk beeinflusste die Arbeit der THA sowie ihr Aufgabenportfolio nachhaltig. Die Treuhand wurde dadurch verstärkt in die Kostenübernahme von Umweltaltlasten, die Beteiligung an Arbeitsfördergesellschaften oder die Entwicklung von Konzepten zur Weiterentwicklung der Industriestandorte eingebunden. Tatsächlich gab es zwischen der Brandenburger Landesregierung und der Treuhandanstalt verhältnismäßig wenige Reibungspunkte, da auch das Kabinett um Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt trotz aller Kritik von der Arbeit der THA abhängig war. Darüber hinaus wurde der Privatisierungsauftrag der Treuhand auch in Brandenburg (trotz SPD-Führung) nicht in Frage gestellt. Eine mitunter geforderte dauerhafte Landesbeteiligung an Treuhandbetrieben lehnte die Landesregierung in Brandenburg vielmehr vehement ab. Das dann doch noch, aber wohl zu spät erfolgte und letztlich gescheiterte Engagement für den Mikroelektronikstandort Frankfurt (O.) führte um die Jahrtausendwende zu hohen Kosten und massiver Kritik an der Landesregierung. Dieses Beispiel zeigt, dass staatliche Industriepolitik nicht per se zum Erfolg führt.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich anhand der hier nur knapp umrissenen Punkte sowie der bisher geleisteten Forschungsarbeit folgendes festhalten: Die Beschäftigung mit den Aktenbeständen der Treuhandanstalt hat gerade erst begonnen. Allerdings hat vor allem bereits

die zeitgenössische mediale Berichterstattung in der Wiedervereinigungsgesellschaft umfangreich über Fälle von Kriminalität und Fehlverhalten im Zuge der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft berichtet. Für die historische Auseinandersetzung mit der sozioökonomischen Transformation der DDR ermöglichen es die Akten der THA nicht, die andernorts verkündete „wahre Geschichte“ der Treuhand zu schreiben zu können.¹⁰ Vielmehr sind die nun zugänglichen Unterlagen zwar in sich konsistent und logisch, dies hängt allerdings nicht zuletzt mit der strengen Hierarchie innerhalb der Anstalt selbst zu tun. Vorgesetzte konnten aufgrund der Komplexität von Betriebsvermögensbewertungen kaum herausfinden, ob Investoren oder THA-Mitarbeiter möglicherweise kriminelle Absichten verfolgten. Anwürfe von außen spiegelten sich äußerst selten in den Unterlagen wider, die in sich zumeist logisch und nachvollziehbar wirken, während Zeitungen oder Betroffene von außen ganz anders berichteten.

Letztlich vermitteln die nun im Bundesarchiv zugänglichen Akten den Eindruck einer Behörde, die unter erheblichem Zeitdruck versuchte, die ostdeutsche Industrie durch Verkäufe, Sanierungen und Stilllegungen in die Marktwirtschaft zu überführen. Zukünftige Forschungen sollten die Besonderheiten des Bestandes, vor allem seine internen Mechanismen zwingend berücksichtigen. So bieten sich – zum Beispiel durch die Auswertung der internen Revision – Ansätze für eine kritische, weniger skandalisierende, sondern vielmehr wissenschaftliche Beurteilung der Treuhand. Abgesehen davon bilden die nun im Bundesarchiv zugänglichen Aktenbestände eine hervorragende Möglichkeit für weitere wirtschafts-, sozial- und gesellschaftswissenschaftliche Forschungen zu brandenburgischen Betrieben seit 1990. Mit dem Treuhandbestand im Bundesarchiv können sich Regionalforscher wie Stadthistorikerinnen so neuen Themenfeldern der Landesgeschichte zuwenden und sind dazu auch ausdrücklich aufgerufen.

- 1 Vgl. Andreas Malycha, Im Schlepptau der Bonner Behörden? Die Treuhand und die Einflussnahme der Bundesregierung im Frühjahr/Sommer 1990, in: Deutschland Archiv, 20.4.2020, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/307832/im-schlepptau-der-bonner-behoerden> [zuletzt abgerufen am 29.9.2021].
- 2 Vgl. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen“ Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003, S. 397 f.
- 3 Vgl. Constantin Goschler/Marcus Böick, Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Bochum 2017.
- 4 Dieter Kampe, Wer uns kennenlernt, gewinnt uns lieb, Berlin 1993, S. 122.
- 5 Süddeutsche Zeitung vom 21. Juli 2019: „Linke will Treuhand-Untersuchungsausschuss auch im Landtag“. Ähnlich negative Aussagen finden sich etwa bei Björn Höcke, Vorsitzender der AfD im Thüringen: „Die Verelendung und Heimatzerstörung hier bei uns hat einen Namen. Dieser Name lautet Treuhand. Und die Machenschaften dieser Treuhand gehören rücksichtslos aufgeklärt.“ Siehe Deutschlandfunk: „Wahlkampf mit der Treuhand“ vom 28.6.2019, https://www.deutschlandfunk.de/afd-und-die-linke-wahlkampf-mit-der-treuhand.1773.de.html?dram:article_id=452528 [zuletzt abgerufen am 30.9.2021]. Die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) forderte zudem sprachlich nicht unproblematisch die Bildung einer „Wahrheitskommission“ zur Aufarbeitung der Treuhandtätigkeit nach südafrikanischem Vorbild und rückte die Behörde damit, wenn auch unbeabsichtigt, in die Nähe des dortigen Apartheidsregimes. Siehe Leipziger Volkszeitung vom 1.7.2018: „Treuhand: Ministerin will „Wahrheitskommissionen“.
- 6 Vgl. Marcus Böick, Vom Blitzableiter zur Bad-Bank. Die Debatten um die Treuhandanstalt – und was sich daraus über das Verhältnis von Politikwissenschaft und Zeitgeschichtsforschung lernen lässt, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30(2020), S. 473–482.
- 7 Vgl. Pressemitteilung des Bundesarchivs vom 9.9.2019: „Die Überlieferung der Treuhandanstalt beim Bundesarchiv. Informationen zu den Dimensionen der Überlieferung, der Bearbeitung beim Bundesarchiv und den Zugangsmöglichkeiten“, <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Pressemitteilungen/treuhandprojekt.html> [9.5.2021].
- 8 Vgl. Wolf-Rüdiger Knoll, Die Treuhandanstalt und die Akteure der sozioökonomischen Transformation in Brandenburg – Regionale Privatisierungspraxis zwischen 1990 und 2000, unveröffentlichte Dissertation, Berlin 2021.
- 9 Vgl. Die Zeit vom 31.8.1990: „Wie auf dem Bazar“.
- 10 Vgl. Dirk Laabs, Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand, München 2012.

„Modern Ruins“

Die Aura industrieller Hinterlassenschaften als Triebfeder für Geschichtsverständnis und erlebbare Heimatkunde

Jürg Steiner



Maschinenhaus des Kraftwerks Vockerode bei der Eröffnungsausstellung „mittendrin – Sachsen-Anhalt in der Geschichte“. Zwei Lokomobile und ein Magdeburger Kippflug auf den Fundamentrahmen der Generatoren.

Die kulturelle Nutzung von „Modern Ruins“¹ regt das Publikum auf eine andere Weise an, als es Museen, Gedenkstätten oder Freizeitparks zum Ziel haben können – auch wenn es natürlich Überschneidungen gibt, die in der dramaturgischen und didaktischen Konzeption liegen können. Zu bedenken ist, dass das Eigenleben von aufgegebenen industriellen Anlagen Teil der Publikumsansprache ist. Der verlassene industrielle Ort strahlt eine nicht lenkbare Beeindruckungsansprache aus. Wenn beispielsweise eine Ausstellung in einem solchen Ort in Szene gesetzt wird, ist die starke Wirkung des Ortes nicht nur zu

berücksichtigen, vielmehr ist mit ihr zu arbeiten. Der Nestor der kulturhistorischen Ausstellung, Gottfried Korff², verwies bei Ausstellungen in industriellen Locations auf die Rangfolge hin: „das Haus ist Exponat Nummer 1“.

Erfolgreiche und weniger gut besuchte Veranstaltungen lassen Rückschlüsse zu, inwieweit es nachhaltigem Handeln entspricht, verlassene Industrieanlagen verändert zu nutzen. Die zentrale These zum architektonischen und denkmalpflegerischen Ansatz des heute als „Steiner Architektur-GmbH“ firmierenden Planungs-

teams heißt „Umnutzen ohne Renovieren“³. Letztlich folgen wir der Hypothese, dass lediglich Maßnahmen zum sicheren Besuch zu berücksichtigen sind. Es soll so aussehen, als hätten die früher am Ort Tätigen diesen eben gerade verlassen und etwas Neues wäre „hineingehaucht“ worden. Das Publikum erkennt und spürt den Raum, es erlebt nicht nur einen visuellen Eindruck, vielmehr soll es den Ort im „Gehen verstehen“⁴; akustische und olfaktorische Momente verdichten die umfassende sinnliche Wirkung. Aspekte der Barrierefreiheit sollten die Verantwortlichen von der ersten Idee an begleiten, wohl wissend, dass nicht alle Hindernisse, Treppen und Lichtverhältnisse die Benutzung durch alle möglich machen. Entsprechende Ersatzmaßnahmen sind so vorzusehen, dass Menschen mit Behinderung eine eigene sinnliche Erfahrung mitnehmen können.

Ausstellungen, Theater, Konzerte in aufgelassenen industriellen Anlagen erzeugen gerade bei Menschen ohne ausgeprägte Kulturbeflissenheit kaum Schwellenangst. Wie in der musikalischen Komposition, ist eine räumliche Adaption der Lehre des Kontrapunkts zu entwickeln. Mehrere Melodien, Rhythmen, Harmonien und Dissonanzen mit verschiedenen Instrumenten mischen sich zur Polyphonie. Übersetzt auf die Industriekultur heißt es: Ort, Erzählung, Exponate und Licht im Wohlklang zu synchronisieren.

Die folgenden praktischen Beispiele aus unserer Arbeit sollen verdeutlichen, wie diese Anforderungen umgesetzt werden können.

Gasometer Oberhausen, 1994

Das Ingenieurbauwerk aus dem Jahr 1929, 1988 stillgelegt, ist der größte je in Europa gebaute Scheibengasometer⁵. Gigantisch an diesem Bauwerk sind das Volumen von 347.000 m³, die Höhe von 117,5 m und der stützenfreie Durchmesser von 67,6 m; minimalistisch ist der Ressourcenverbrauch: die Außenwände bestehen aus 5 mm starken Stahlplatten und die Gasdruckscheibe muss mit Betongewichten beschwert werden, um einen gleichmäßigen Druck von 300 mm Wassersäule zu erzeugen. Scheibengasbehälter, in denen die namensgebende Scheibe an den Untergurten einer radialen Fachwerkkonstruktion auf dem Gas schwimmt, sind imstande in kurzer Zeit große Mengen an Gas aufzunehmen, um dieses dann kontinuierlich abzugeben (oder umgekehrt).

Es war Karl Ganser, der Leiter der „Internationalen Bauausstellung Emscher Park“ (1989 bis 1999), der zielstrebig allen Beteiligten den Weg zur „Kalten Ausstellung“ wies. Alle Vorstöße Richtung thermische

und akustische Optimierung des Gasbehälters verwarf er, so dass im Gasometer Oberhausen verzögerte Außentemperatur vorherrscht (natürlich ohne eindringendes Wasser) und der Verkehr des Emscher Schnellwegs, die Güterzüge und die Schiffe auf dem Rhein-Herne-Kanal ein ganz eigenes, auch von inneren Echos geprägtes Klangbild des Ruhrgebiets zusammenfügen. Die Tragkonstruktion der Scheibe bildet im Oberscheibenraum ein vielseitig nutzbares Ausstellungssystem. Durch die Fixierung der Gasdruckscheibe auf 4,00 m Höhe entstand darunter ein mystischer, fensterloser Ausstellungsraum. Aufwendigster Bestandteil der Nutzbarmachung fürs Publikum sind der Panoramaaufzug im Inneren und der außenliegende Sicherheitsaufzug zur Aussichtsplattform auf dem Dach.

Ein kontinuierliches Nutzungskonzept sichert den Betrieb seit über 25 Jahren – mal saisonal, mal auch in der kalten Jahreszeit.

Kraftwerk Elbe, Vockerode, 1998

Das größte Braunkohlekraftwerk der DDR entstand im Zuge der Kriegsvorbereitung 1937 bis 1940 (östliches Halbwerk mit zwei Schornsteinen). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden alle Stahlteile demontiert und in die Sowjetunion transportiert, von 1949 bis 1955 erfolgte die Wiederherstellung zuerst der Vorkriegsanlage, ab 1954 die Erweiterung auf doppelte Länge von 270 m. 1994 wurde der Betrieb endgültig stillgelegt, nachdem bereits in den 1980er Jahren mehrere der zwölf Kessel außer Betrieb gesetzt worden waren.

1996 beschloss die landeseigene „Expo 2000 Sachsen-Anhalt GmbH“ unter Leitung von Gerhard Seltmann im Kraftwerk Vockerode (das als Netzknoten noch einige Jahre rudimentär in Betrieb blieb) 1998 die Landesausstellung „mittendrin – Sachsen-Anhalt in der Geschichte“ zu veranstalten. Während im ausgeräumten Maschinenhaus einige Sockelrahmen der Turbinen und Generatoren zu Plinthen für Lokomobile und Magdeburger Kippflug wurden, entstanden in den Kesseln, in denen in schwebender Verbrennung von Braunkohlenstaub einst die Siederohre erhitzt wurden, durch das Einbringen einer Stahlplattform 8 × 8 m große und 30 m hohe Ausstellungskabinette. Zugänglich wurden diese durch eine eingebrochene Türöffnung. Je nach konservatorischen Anforderungen blieben die Kessel entweder roh, oder es entstanden gläserne innere Räume. Wo nötig kam eine patentierte Vitrinenklimatisierung zur Anwendung, so dass in den Gehäusen sogar Bilder von Lucas Cranach ausstellbar waren. Auf die zwölf Themen in den Kesseln wiesen Leitobjekte im Kesselhausgang hin. Die Ausstellung lief spärlich besucht an, nach einem enthusiastischen Bericht in „Die Zeit“ strömte das



Oberscheibenraum des Gasometers Oberhausen mit Blick in das Kapitel „Schwere Industrie“ bei der Eröffnungsausstellung „Feuer und Flamme – 200 Jahre Ruhrgebiet“ 1994.

Publikum, so dass 1998 annähernd 100.000 Menschen die Ausstellung besuchten.

Ein Jahr später folgte die Ausstellung „unter strom – Energie, Chemie und Alltag in Sachsen-Anhalt 1890 bis 1990“ und es wurde im Sockelgeschoss Theater gespielt. Wiederum ein Jahr darauf fand das Kunstprojekt WWW.VOCKERODE-ART.DE⁶ statt. Bemühungen für eine Nachnutzung gestalteten sich schwieriger als gedacht. Ein Projekt für einen Elektro-Erlebnispark blieb in der Vorplanung stecken. 2006 inszenierte die Gregor-Seyffert-Company das „Cross Media-Tanztheaterstück“ „Marquis de Sade“.

Hinderlich für die Kraft des Ortes waren die laufenden Amputationen: Zuerst fielen die Hilfsgebäude ostwärts und machten einem banalen Spannbetonplattenwerk Platz, am 22. September 2001 wurden die zu Landmarken gewordenen Schornsteine gesprengt und mit ihnen die nördlichen quer zum Werk angeordneten Bandbrücken. Am 18. September 2013 fielen die Schornsteine des südlich vorgelagerten Gasturbinenkraftwerks. Nun liegt dieser Torso ungenutzt immer noch an der Elbe – eigentlich ein Glied einer einmaligen Folge der

historischen Erinnerungsorte Bauhausgebäude Dessau, Wörlitzer Park und Schloss, Oranienbaum und Ferropolis – der Stadt aus Eisen.

Kokerei Zollverein, Essen, 1999

Die größte Kokerei Europas befindet sich im Norden von Essen, entlang der Köln-Mindener-Eisenbahnstrecke. Die Anlage wurde von 1957 bis 1960 nach Plänen des Architekten Fritz Schupp errichtet. Im Osten schließt sie mit der Mischanlage ab, einem 35 m hohen Gebäude. Zu dessen höchstem Punkt führten Förderbänder in Bandbrücken von der Bahn und von der Zeche Zollverein Kohle unterschiedlicher Art (Fettkohle, Gasflammkohle etc.), um diese sortenrein auf zwölf Bunker zu verteilen. Diese Bunker liefen unten trichterförmig aus. Durch gezieltes Ablassen des Inhalts auf weitere Bandanlagen mischte sich der ideale Cocktail, um zu den Verteilertürmen der Koksofenbatterien zu gelangen.

Erklärtes Ziel der Umnutzung war, die Mischanlage und auch die Bunker so begehbar zu machen, dass der

ursprüngliche Zusammenhang erkennbar bleibt. Karl Ganser, der Leiter der „Internationalen Bauausstellung Emscher Park“, zu deren Abschlusspräsentation der Umbau zählte, sprach davon, es wäre ein Ausstellungshaus zu besuchen, das nur einige Jahrzehnte anders benutzt worden war. Durch den nordwestlichen Bunker führt das neu eingebaute Haupttreppenhaus – das am rechteckigen Gebäude angedockte vorhandene Treppenhaus mit Aufzugsschacht ist seitdem Nebentreppe und erschließt alle Hauptebenen auch für Rollstühle und Kinderwagen.

Die erste Ausstellung „Sonne, Mond und Sterne – Kultur und Natur der Energie“ zeigte die klingende Potenz des Hauses. In die südliche Bandbrücke wurden vier Wagen einer doppelspurigen Standseilbahn mit Abt'schen Weichen eingebaut. Auf der Bergstation angekommen, konnte das Publikum die Ausstellung über fünf „Lauhorizonte“ nach unten gehend erkunden. Jede Ebene widmete sich als abgeschlossenes Erlebnis einem der Themen, deren Einheit mit den Ausstellungsobjekten und der Szenografie stilbildend für die Zukunft der kulturhistorischen Ausstellung war. Hier fand gleichsam eine Vorwegnahme des Themenparks bei der Expo 2000 in Hannover statt und es gelang – nicht zuletzt wegen der „special location“ – bisher nicht wieder erreichte Bilder zu erzeugen.

Seitdem haben dort unterschiedliche Veranstaltungen stattgefunden – gerade Kunstschaffenden ist der Ort ans Herz gewachsen.

Werkstattgebäude des Glaswerks Stralau, Berlin-Friedrichshain, 2000

Von der 1997 auf der Berliner Halbinsel Stralau aufgegebenen Fabrik für Hohlglas mit einem Flaschenturm und vielen Nebengebäuden blieb 2000 nicht mehr viel übrig. Das dreistöckige Werkstattgebäude, teilweise von einem Bahngleis unterfahren, war gänzlich ausgeräumt und schadhaft. Die landeseigene „Wasserstadt Berlin GmbH“ veranstaltete in diesem Gebäude im Rahmen der EXPO 2000 vom 1. Juni bis zum 31. Oktober 2000 die Ausstellung „Wasser in der Stadt“.

Präsentiert wurden Themen wie Berliner Wasserzeichen, Wandel der Ufer, die Rummelsburger Bucht in der Geschichte, aktuelle Projekte wie Altlastensanierung und Regenwassermanagement sowie weitere Themen rund um „Wasser in der Stadt“. Die Ausstellungsfläche verteilte sich über die oberen beiden Stockwerke. Eine eigens errichtete Treppe aus System 180®⁷ verband diese Ebenen zusätzlich zum eigentlichen Treppenhaus. Rechts und links des Treppenlaufes leiteten gläserne Behälter Wasserkaskaden in das unter der Treppe

befindliche Becken. Der Hauptausstellungsraum wurde von der Installation „Kreislauf des Wassers“ eingenommen. Darüber hinaus wurde durch die Bereitstellung von Versammlungsräumen die Basis für die Durchführung zahlreicher Kongresse und Seminare geschaffen. Die Umnutzung erfolgte mit minimalen Eingriffen, die unterschiedlichen Benutzungsszenarien standen im Vordergrund, Renovierungen fanden keine statt.



Werkstattgebäude des ehemaligen Glaswerks Stralau in Berlin-Friedrichshain. 2000 war es ein Solitär westlich der Glasbläserallee.

Eine Nutzung für die Zeit nach 2000 wurde nicht geplant, so dass das gut zu bespielende und sicher zu begehende Haus als Disco und Gaststätte unregelmäßig Publikum anzog. Im Lauf der letzten Jahre fand eine große Veränderung statt: Schicke Wohnungen in allen Geschossen, auch eine Aufstockung veränderten nicht das Gesicht des Hauses. Es bleibt außen von der Geschichte gezeichnet, wurde innen jedoch für gehobenes Wohnen aufbereitet. Inzwischen füllen in naher Umgebung neue Wohnblöcke die Brache, das Werkstattgebäude ist ein sympathisches, jedoch kaum mehr historisch einzuordnendes, überkommenes Zeugnis inmitten neuer Geschosswohnhäuser.

Brauerei-Museum Dortmund, 2006

Das Maschinenhaus der Hansa-Brauerei aus dem Jahr 1912 in der Dortmunder Nordstadt schließt den Blockrand der Steigerstraße ab. Zusammen mit einer Maschinenhalle aus den 1970er Jahren und einer ehemaligen Durchfahrt, die zum Eingangsfoyer wurde, entstanden hier zwei Ausstellungsebenen. Nicht nur, weil die inzwischen dort angesiedelte Dortmunder Actien Brauerei sich weiterentwickelte, gewährleistet das Zusammengehen zwischen Brauereibetrieb und Museum ein nachhaltiges Konzept. Die Brauerei



Zwei der nutzbar gemachten Bunker der Kokerei der Zeche Zollverein während der Ausstellung „1914 – Mitten in Europa – die Rhein-Ruhr-Region und der Erste Weltkrieg“. Der Bunker im Vordergrund ist leer und wurde medial bespielt, im hinteren mit eingezogener Verkehrsfläche ruhte ein Schwerobjekt über den Exponaten auf Augenhöhe.

verantwortet „Dach und Fach“, die Stadt Dortmund betreibt das Museum. Verantwortlich bei der Umnutzung waren der Leitende Städtische Museumsdirektor Wolfgang E. Weick und der Museumsleiter Dr. Heinrich Tappe.

„Umnutzen ohne Renovieren“ stand bei diesem Projekt im Zentrum, denn kaum ein geglätteter Riss oder ein Pinselstrich verfälschen die Atmosphäre; es ist so, als ob jederzeit ein Brauer in den Raum treten könnte. Der Geruch, der eine Brauerei einhüllt, tut sein Eigenes zu einem Eindruck mit allen Sinnen.

Dass sich die Umnutzung im unverfälschten Kontext eingliedert, ist vielfach gelobt worden. Eine Besonderheit ist das Konzept der Temperierung: Lediglich das Untergeschoss wird mit Radiatoren beheizt. Dank der vielen vorgefundenen Öffnungen im Fußboden des oberen Geschosses, wird dieses durch die Thermik energiesparend mitgeheizt. Weiterungen wie ein Sonderausstellungssystem, das permanent genutzt wird, eine Einhausung des Welcome Desks und ein außenliegender, variabler Sonnenschutz haben in den letzten Jahren die Gebrauchsfähigkeit des Museums optimiert.

Luisenhütte Balve-Wocklum, Musealisierung 2006

Die Luisenhütte ist die älteste vollständig erhaltene Hochofenanlage Deutschlands; entstanden ist sie 1854, nachdem ihr Vorgängerbau, 1748 gegründet und 1758 in Betrieb genommen, 1834 abgerissen wurde, um durch eine neue, mit Holzkohle betriebene und mit Wasserkraft und Dampfmaschine bewetterte Hochofenanlage ersetzt zu werden. Zur gesamten Anlage zählen ein Holzkohleschuppen, das Schreiberhaus und das Insthaus (Arbeiterwohnhaus). Es grenzt an ein Wunder, dass Gebäudeensemble und Einrichtung dieses technischen Denkmals weitestgehend erhalten sind, obwohl die Anlage seit 1865 nicht mehr im Betrieb ist. 1939 fand der erste Ansatz einer Musealisierung statt.

Dem Leiter der Museen des Märkischen Kreises, Stephan Sensen, war daran gelegen, die Hütte in ihrem einstigen Nutzungszusammenhang zu öffnen und dabei an den jeweils richtigen Stellen Vertiefungsebenen anzubieten. Die Hütte ist nur saisonal zu besuchen, nicht das Gebäude ist beheizt und klimatisiert, sondern die Vitrinen, um für die Objekte auch im Winter zuträgliche Bedingungen vorzuhalten.

Westwärts reihen sich neben der zentralen Abstichhalle die Gießhalle und die Gebläsehalle auf. Dahinter ist die dreistöckige Platzknechtswohnung angebaut, über der der Möllerboden bis über den Hochofen reicht. Gleichsam als Luftgeschoss hängt in der Gießhalle der Aufenthaltsraum. Wo will man mediale Ereignisse, wie einen Abstich, verständlicher zeigen als am Hochofen? Eine durch Bewegungsmelder ausgelöste Lichtinstallation lässt den Weg des flüssigen Eisens ins Masselbett nachvollziehen, gleichzeitig sorgen vier Wärmestrahler für den sinnlich erfahrbaren Impuls, dass einst mit höchster Temperatur umzugehen war.

Fazit

Allen vorgestellten Projekten ist gemein, dass die Aura und der Nutzungszusammenhang des industriellen Erbes erhalten blieben. Das Publikum konnte oder kann parallellaufende Stränge gleichzeitig erfassen. Die Nutzbarmachung von Originalgebäude und -einrichtung vereinfacht den Zugang und das Verständnis. Nur die konservatorisch- und sicherheits-notwendigen Veränderungen wurden vorgenommen, so dass spätere Anpassungen oder Nutzungsänderungen nicht verbaut werden. Alle baulichen Maßnahmen geschehen in der Gewissheit, dass es ein Zurück zur ursprünglichen Zweck der Bauten niemals geben wird – das schließt der technologische Fortschritt aus. Beiläufig sei erwähnt, dass durch fundierte Planung und Ausreizung von

Spielräumen von Landesbauordnungen und Eigenheiten der Versammlungsstättenverordnung in Abstimmung mit der zuständigen Denkmalpflege preisgünstige Umnutzungen die Regel waren.

- 1 Der Begriff der „modernen Ruinen“ ist der Website www.modernruins.de mit Dank für die Anregung entnommen (letzter Zugriff: 18. April 2021).
- 2 Geboren 1942 in Düsseldorf, gestorben 2020 in Berlin.
- 3 <https://www.steiner.archi/wp-content/uploads/2007/06/070714-UoR.pdf>
- 4 Siehe Bazon Brock, Im Gehen Preußen verstehen – ein Kulturlehrpfad der historischen Imagination, hg. von Kristin Riedemann, Berlin 1981.
- 5 Siehe Jürg Steiner, Ein außergewöhnliches Museum, in: Jeanette Schmitz (Hg.), Gasometer Oberhausen, Essen 2019, S. 10 ff.
- 6 Die Webseite ist aktuell (Oktober 2021) nicht mehr zu erreichen.
- 7 Von Jürg Steiner erfundenes Stahlrohrsystem, das heute in Berlin-Adlershof produziert wird (system180.com).



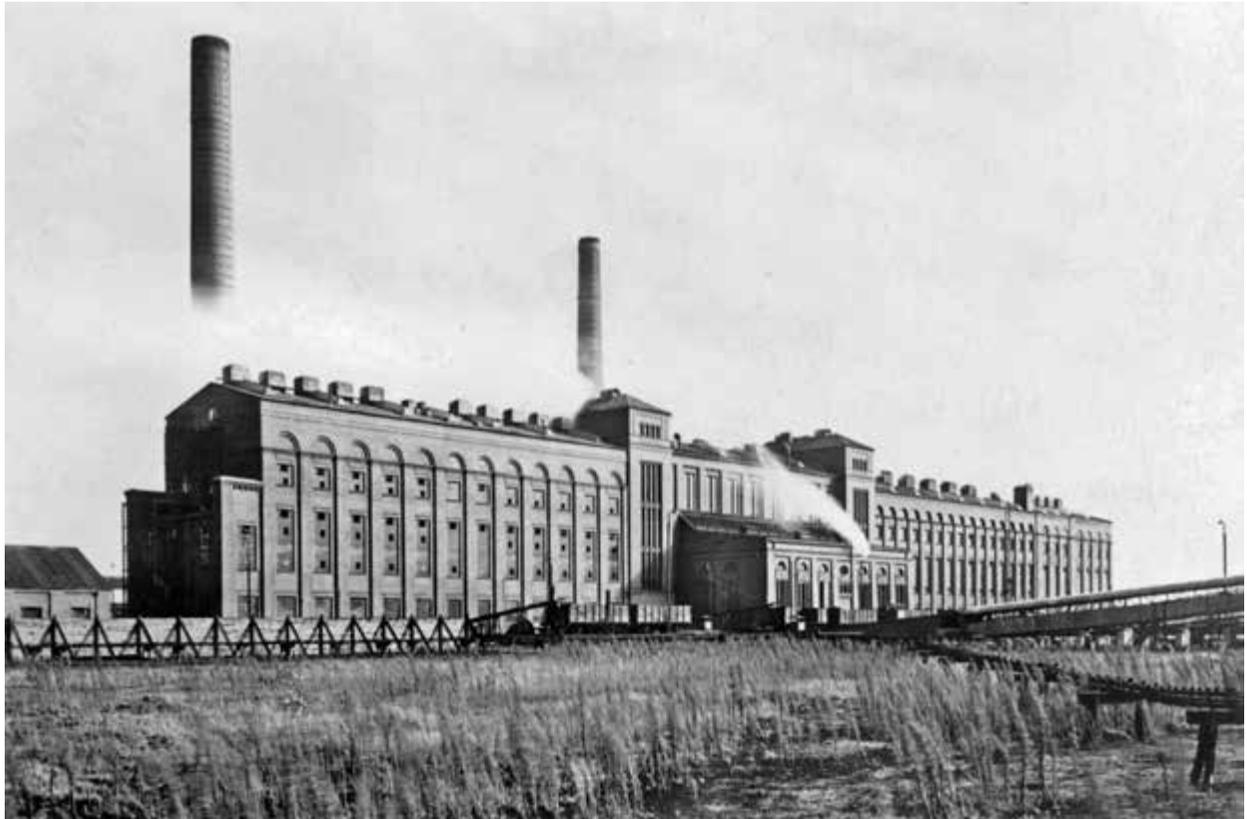
oben:
Maschinenhalle der Hansa-Brauerei Dortmund aus den 1970er Jahren am Tag der Museumseröffnung am 23. April 2006.
Rechts im Hintergrund ein Krupp-LKW aus dem Jahr 1922.

unten:
Abstichhalle (rechts) und Gießhalle der Luisenhütte Balve-Wocklum nach der Musealisierung 2006

Objekt extrem

Industriedenkmal und Werkssiedlung auf Kurskorrektur

Lars Scharholz und Kirstin Zinke



Die Brikettfabrik Werminghoff kurz nach der Inbetriebnahme 1918.

Die Idee war mutig, abenteuerlich und sprach für die Zeit: Die Nachwendezeit. Ein kurzer Augenblick zwischen den Systemen. Alles schien möglich – auch das Konservieren einer ganzen Brikettfabrik als stumme Zeugin der Kohle- und Energiewirtschaft der DDR in der Lausitz: die Energiefabrik Knappenrode.

Joseph Werminghoff und Ignaz Petschek

Wie kam es dazu?¹ Ab Mitte des 19. Jahrhunderts ist die Industrialisierung in Deutschland in voller Fahrt. Jetzt investieren heißt, in der Zukunft ganz vorn dabei sein. Dampf treibt die Generatoren an. Elektrizität ist das neue Lebenselixier. Der Bau von Bahnstrecken, die Exter-Presse zur Brikettierung der Braunkohle und der großräumige Tagebau bringen den industriellen Durchbruch schließlich auch in der Lausitz.

Bürgerliche Fabrikanten und Manager, wie Joseph Werminghoff (1848–1914), betreten die wirtschaftliche Bühne der Gesellschaft. Er gründet 1887 die „Eintracht Braunkohlenwerke und Brikettfabriken AG“ in Berlin. Und er investiert in die Lausitz – in Infrastruktur, Abbaurechte, Wohnkolonien und Fabriken. 1918 nimmt mitten im Wald bei Hoyerswerda eine Brikettfabrik mit seinem Namen den Betrieb auf, direkt daneben entsteht eine Werkssiedlung. Nach Joseph Werminghoffs Tod übernimmt der Großaktionär und „Kohlebaron des Böhmisches Beckens“ Ignaz Petschek (1857–1934) aus Aussig/ Ústí nad Labem als größter Anteilseigner die Unternehmensleitung. 1939 wird das Unternehmen der deutsch-jüdischen Petscheks auf Grundlage der nationalsozialistischen Rassegesetze enteignet und „arisiert“. Die Braunkohle ist ein attraktiver Rohstoff für die Rüstungsindustrie des NS-Regimes. Auch in Knappenrode kommt es bis zum Ende des Zweiten

Weltkriegs zum Einsatz vornehmlich osteuropäischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener.

Brikettfabrik „Glückauf“ Knappenrode

Die Brikettfabrik Werminghoff erleidet im Krieg keine nennenswerten Schäden. Nach 1945 wird das Werk verstaatlicht. Trotz der reparationsbedingten Demontage 1947 für die Sowjetunion kann die Brikettfabrik schon 1948 wieder in Betrieb genommen werden. Geschichtsbereinigt bekommt das Werk einen neuen Namen: „Brikettfabrik ‚Glückauf‘ Knappenrode“.

Seit 1952 liegt die Brikettfabrik im Bezirk Cottbus. In der DDR werden 22 Prozent der Gesamtfläche des Bezirks durch Tagebauaktivitäten beansprucht. Nimmt man die Beeinträchtigung durch Grundwasserabsenkung, Lärmbelastung oder Staubemission im Umfeld der Bergbaufelder hinzu, sind über 40 Prozent der Bezirksfläche im direkten Einflussbereich des Braunkohleabbaus.² Angesichts des wachsenden Kohle- und Energiebedarfs der DDR und der dafür notwendigen raschen Erweiterung der Abbaufelder nehmen die Diskrepanzen zwischen Rekultivierungsanspruch und Brachflächenwirklichkeit zu. Die Gefahr erkannte man schon in den 1950er Jahren angesichts der geplanten Lausitzer Kohlefelder, als Experten lange vor Lunik-, Luna- und Apolloprogramm vor „umfangreichen Ödflächen vom Charakter der Mondlandschaften“ warnen.³ 1990 sind nur 25 Prozent der Tagebauflächen bei nutzbarer Bodenqualität ausreichend rekultiviert.⁴

Zum Ende der DDR wird auch immer deutlicher, dass die Wirtschaftskraft durch verschlissene industrielle Produktionsanlagen, fehlende Innovationen und mangelnde Finanzierbarkeiten stetig zurückgeht. Mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wird 1990 vollends deutlich, dass das zentralstaatlich geplante Wirtschaftssystem der DDR gescheitert ist.

Neustart mit Weitblick

1993 kommt auch für die Brikettfabrik das Aus. Bereits im Jahr 1994 nimmt der Förderverein Lausitzer Bergbaumuseum Knappenrode e. V. seine Arbeit auf. Als Museum soll die erhaltene Brikettfabrik samt Umfeld zunächst vor allem an die Menschen erinnern, die im „Kohle- und Energiebezirk“ Cottbus verlässliche Motoren der DDR-Wirtschaft waren.

2009 setzt der Freistaat Sachsen mit einer Tagung im Hygienemuseum in Dresden und den „Handlungsempfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates für Industriekultur in Sachsen“ neue kulturpolitische

Schwerpunkte.⁵ In der Folge wird das Thema „Industriekultur“ immer weiter ausgebaut. Davon profitiert auch Knappenrode. Heute ist die Energiefabrik Knappenrode eine Einrichtung im Zweckverband Sächsisches Industriemuseum. Sie greift die Veränderungsprozesse der Lausitz auf. Das Museum präsentiert eine ganze Region, die von der Braunkohleindustrie geprägt wurde und die nun Kohleausstieg sowie Energiewende gestaltet.



Lageplan der Energiefabrik Knappenrode, 2020.

Vor diesem Hintergrund beginnt 2016 die bauliche und organisatorische Umgestaltung. Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, besetzt u. a. mit dem Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber und dem Umweltökonom Felix Matthes, ist noch nicht berufen und das „Investitionsgesetz Kohleregionen“ in weiter Ferne. Dennoch setzt man in der Energiefabrik auf den Ausblick in eine umstrittene Zukunft nach der Kohle.

Im Rahmen des umfassenden Standortentwicklungsprojektes „Objekt Extrem. Energiefabrik Knappenrode – Industriedenkmal und Werkssiedlung auf Kurskorrektur“ gilt es, die städtebauliche Stärkung, die Denkmalinstandsetzung und die Umnutzung sowie die klare Einordnung der historischen Industrieanlage in den Kontext der benachbarten Werkssiedlung und damit der Stadt Hoyerswerda zu verbessern. Gefördert wird das Projekt im Rahmen des „Projektaufufes 2015 – Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“.⁶

Ein erster Schritt ist das Teilprojekt „Energiehöfe“. Es basiert auf der Idee, ein neues touristisches Erlebnis- und Gastronomieangebot im unmittelbaren Umfeld der



Luftbild der Energiefabrik, 2015. Fabrik und Werksiedlung wurden unmittelbar neben einem Braunkohlentagebau mitten im Wald errichtet.

museal genutzten Energiefabrik zu entwickeln. Dieses Angebot soll inhaltlich auf die bestehenden Themen der Energiefabrik abgestimmt sein. Ziel ist es, verschiedene Werkstätten sowie gastronomische Einrichtungen und Wohnangebote im Museumsumfeld zu etablieren. Die Energiehöfe mit Werkstätten ermöglichen durch neue Werkstatt- und Mitmachangebote, die vergangene und zukünftige Industriekultur der ganzen Lausitz an einem Ort zu erleben.⁷ Das Projekt nimmt nun Form an: Teile der Bauten werden nachgenutzt.

Ein weiterer Schritt von „Objekt Extrem. Energiefabrik Knappenrode – Industriedenkmal und Werksiedlung auf Kurskorrektur“ ist die umfassende, denkmalgerechte Sanierung und Umnutzung der Brikettfabrik. Vor diesem Hintergrund wird auch eine neue Dauerausstellung gestaltet. So wird inmitten des Lausitzer Strukturwandels eine umfassende Ausstellung in der Energiefabrik Knappenrode installiert, welche die Geschichte und die Zukunft der Region neu erzählt. Als Ausstellungsmacher:innen gewinnt man Kocmoc.net aus Leipzig und später das von Tomasz Martyniuk geführte Artfm-Team aus Kraków.

Die neue Dauerausstellung orientiert sich an den Entwicklungsphasen der Brikettfabrik und setzt diese in den regionalen Kontext. Die Erzählrichtung ist dabei durchaus unkonventionell. Denn die Geschichte beginnt

in der Zukunft. In den historischen Hallen des mächtigen Industriekomplexes werden die Besuchenden von einer „Zeitmaschine“ empfangen, die zunächst auf die Gestaltungsmöglichkeiten des Kohleausstiegs und einer postfossilen Zukunft der kommenden Jahre blickt.⁸

Im Foyer können die Gäste mit dem Energiespiel eine neue Region entwerfen. Die Lausitz ist die größte Landschaftsbaustelle Europas, und der Kohleausstieg sowie die Energiewende bestimmen die Zukunft. Doch wie sieht der zukünftige Energiemix in der Lausitz aus? Ziel des Simulationsspiels ist eine optimale Mischung verschiedener Energieträger. Eine mögliche Landschaft der Lausitz finden die Gäste auf einem großen Tisch-Touchscreen mit Wald, Siedlung, Gewässern und Feldern. Hier kann man mit Stempeln unterschiedliche Energienutzungen einfügen. Ein Diagramm zeigt, wie sich die Planungen auswirken. Erkennbar sind die Messgrößen der drei Bereiche Soziales, Ökonomie und Ökologie. Es geht um eine spielerische Annäherung an die zu erwartende Wirklichkeit.

Und dann präsentiert die Ausstellung, mit einem Rückblick, die fortwährende regionale Konstante der Lausitz: Die Beständigkeit von Abschied und Wandel. Dies gelingt mit einem vielschichtigen Blick auf die 150-jährige Geschichte einer kraftvollen und fortwährenden Transformation. Mit dieser Zeitreise bieten die Kuratorin-

nen und Kuratoren (Kirsten Zinke, Robert Lorenz, Claudius Noack und Lars Scharnholtz) eine historische Achse durch zwei der insgesamt vier Stockwerke.

Die Ausstellung erzählt eine Geschichte von Mut, Taten-
drang und dem unbeirrten Glauben an eine bessere
Zukunft: Die Entwicklung des alten Reviers von seinen
vorindustriellen Anfängen hin in die Gegenwart von
Kohleausstieg, Energiewende und Strukturwandel.

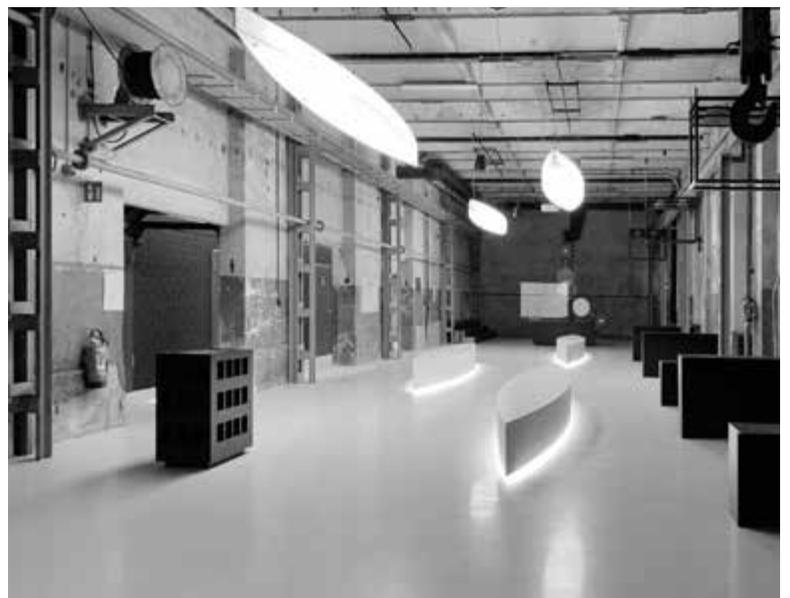
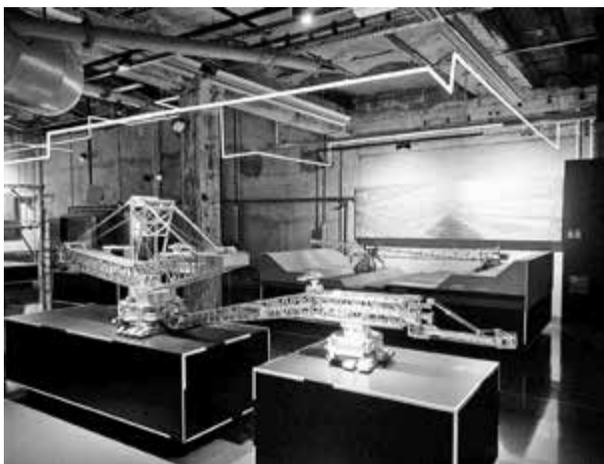
Am Ende stehen die Besucherinnen und Besucher
wieder am Anfang. Hier zeigt das Museum, dass sich
die Lausitz heute erneut wandelt. Und gerade deshalb
bleibt sie sich treu. Das führt zu einem wesentlichen
Motiv der Energiefabrik Kappenrode: Bei allen, in der
Ausstellung porträtierten Persönlichkeiten aus Wirtschaft,
Kultur und Politik – der eigentliche Star ist der einfache
Mensch.

- 1 Siehe hierzu auch: Energiefabrik Knappenrode – Zweckverband Sächsisches Industriemuseum (Hg.), Entdeckerkompass Energiefabrik Knappenrode, Texte u. a. von Heidi Pinkepank, Kirstin Zinke, Sophia Müller, Maria Schöne, Lars Scharnholtz, Knappenrode 2020.
- 2 Bundesgeschäftsstelle Grüne Liga e. V. (Hg.), Der Fall „Hammergraben“ – Ein Exempel für die Zukunft der Cottbuser Region, Berlin 1991, S. 5.
- 3 Lehmann, H., „Planung und Durchführung der Wiedernutzbarmachung in Braunkohlentagebauen“, in: Rat des Bezirkes Cottbus (Hg.), Die Wiedernutzbarmachung der Kippen und Halden im Senftenberger Braunkohlenrevier“, Cottbus 1955, S. 11.
- 4 Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land GmbH, Historisch-geografische Analyse der Kulturlandschaft Niederlausitz, Cottbus 2004, S. 201.
- 5 Wissenschaftlicher Beirat für Industriekultur in Sachsen (Hg.), Industriekultur in Sachsen – Handlungsempfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates für Industriekultur in Sachsen, (Redaktion: Helmuth Albrecht, Jörg Feldkamp, Lars Scharnholtz), 2011.
- 6 Landkreis Bautzen mit der Stadt Hoyerswerda, Objekt extrem, Energiefabrik Knappenrode, Industriedenkmal und Werkssiedlung auf Kurskorrektur, Bewerbung im Rahmen des Projektauftrages 2015 „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“, Cottbus 2015.
- 7 Landratsamt Bautzen, Machbarkeitsstudie einschließlich Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum Vorhaben „Objekt extrem. Der Koloss von Knappenrode. Ein Industriedenkmal auf Kurskorrektur.“, Institut für Neue Industriekultur INIK GmbH mit Isoplan Saarbrücken, 2015.
- 8 Siehe hierzu auch: Sebastian Hettchen, Heidi Pinkepank und Lars Scharnholtz, „Perspektivwechsel – Industriekultur neu denken“, in: Brandenburgische Gesellschaft für Kultur und Geschichte (Hg.), Zukunft der Vergangenheit, Industriekultur in Bewegung, Potsdam 2021, S. 31–36.



Energiefabrik Knappenrode
Werminghoffstraße 20
02977 Hoyerswerda/OT Knappenrode
<https://web.saechsisches-industriemuseum.com/knappenrode.html>

links oben und unten:
Blicke in die neue Dauerausstellung der Energiefabrik Knappenrode.
rechts unten:
Eingangsbereich zur neuen Dauerausstellung, 2021.



Produktive Städte in Brandenburg gestern, heute und morgen

Das Beispiel Cottbus

Heidi Pinkepank und Sebastian Hettchen



Ehemalige Segeltuchfabrik Max Lehmann am Hauptbahnhof Cottbus, Gebiet der Westlichen Stadterweiterung. Künstler einer benachbarten Galerie verschönern zurzeit die Mauern des Industriegeländes mit Streetart.

Brandenburgs Industriestädte stehen nach den Zäsuren der 1990er Jahre heute erneut vor großen Herausforderungen. Neben Megatrends, wie erhöhtem Umweltbewusstsein oder der Digitalisierung, und Krisen, wie der Finanzkrise oder der aktuellen Covid19-Pandemie, die weltweit zu Veränderungen führen, steht insbesondere der Stadt Cottbus in der Niederlausitz im kommenden Jahrzehnt einen Strukturwandel bevor, der auf dem Ausstieg aus der Kohleverstromung und damit dem Ende der Braunkohletagebaue und assoziierter Industrien basiert. Kann hier das Konzept der „Produktiven Städte“ eine neue Perspektive für die Stadt sein?

Zum Hintergrund

Produktion war früher in Städten allgegenwärtig. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts erfuhr die industrielle Produktion schrittweise eine Standortverlagerung heraus aus den Innenstädten. Insbesondere der wachsende Flächenbedarf und die Notwendigkeit, die Immissionsbelastungen zu reduzieren, haben die Verlagerung größerer Industriebetriebe in Gewerbe- und Industriegebiete an die Stadtränder und in das Umland bewirkt. Die aufkommende individuelle Motorisierung der Bevölkerung hat dies erleichtert und die in der Charta

von Athen¹ seit 1933 propagierte funktionale Trennung von Arbeiten und Wohnen bis heute in ein gesetzliches Paradigma der Stadtentwicklung verwandelt. Ferner fand im Laufe der Zeit durch sinkende Transportkosten eine Verlagerung von Produktion in Teile der Welt statt, in denen Bodenschätze günstiger, Arbeits- und andere Faktorkosten geringer und die Umweltauflagen weniger streng waren.²

Nachdem viele Jahre die Funktionstrennung von Wohnen und Arbeiten die Stadtentwicklung prägte, ergeben sich derzeit, anknüpfend an die Ziele der Neuen Leipzig Charta von 2020³, Chancen für eine Stärkung der nutzungs- und funktionsgemischten Stadt. Durch den technologischen Fortschritt und die Digitalisierung verändert sich die Arbeitswelt. Es sind neue, emissionsärmere Produktionsweisen möglich, so dass eine Ansiedlung von leichtindustrieller Produktion, Gewerbe und Handwerk näher an Wohnnutzungen denkbar ist.

Denn tatsächlich ist es so, dass die Zukunft urbaner Arbeitswelten nicht nur in den Dienstleistungen, der Wissensökonomie und der Kultur- und Kreativwirtschaft auf der einen Seite und den Servicebereichen wie Gastronomie, Einzelhandel, Reinigung oder Bewachung auf der anderen Seite zu suchen ist. Industrie und produzierendes Gewerbe sind „[...] nicht aus den Städten verschwunden. [...] Der Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft erfolgte nicht aufgrund einer Ablösung oder einer Substitution der Industrie durch Dienstleistungen, sondern in hohem Maße durch eine Transformation, die zu neuen Verflechtungs- und Bedingungsbeziehungen von Industrie und Dienstleistungen geführt hat.“⁴

Die Neue Leipzig Charta setzt auf diese transformative Kraft der Städte. Städte sollen gerechter, grüner und produktiver werden, so das 2020 beschlossene Leitbild zur Zukunft der Stadtentwicklung.

Schon 2017 wurde dafür ein wichtiger Rahmen geschaffen: Die Novelle der Baunutzungsverordnung (BauNVO)⁵ nahm mit einem neuen Paragraphen 6a das sogenannte „Urbane Gebiet“ in ihre Gebiets-typologie auf. Urbane Gebiete sind auf eine flexible Kombination von Nutzungsarten ausgerichtet, wie es sie bisher nicht gab.⁶ Saubere Leichtindustriebetriebe können nicht nur innerhalb von Stadtteilen mit Wohnnutzungen gemischt und damit in Wohnortnähe angesiedelt werden, sondern sind auch innerhalb einzelner Gebäude in Mischnutzung vorgesehen. Diese urbanen Produktionsstätten sind nachhaltiger, benötigen weniger Grundfläche und bieten Beschäftigten mitunter kürzere Wegzeiten zum Arbeitsplatz. Übereinander oder nebeneinander: materielle Produktion, auch in ihrer

industriellen Form, bleibt eine notwendige Basis resilienterer Städte und ihrer Gesellschaften. Wie ist das in Cottbus?

Der Fall Cottbus

Auch in Cottbus ist die kleinräumliche, innerstädtische Konzentration der mittelalterlichen Ständewirtschaft heute vielerorts noch an Straßennamen wie „An der Wachsbleiche“, „Töpferstraße“ oder „Mühlenstraße“ ablesbar. Und auch die ersten Tuchfabriken aus der Gründungszeit der Cottbuser Textilindustrie befanden sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts innerhalb der alten Stadtmauern, u. a. in der heutigen Jugendherberge am Klosterplatz.

Dann kamen die Gebrüder Cockerill im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts von Belgien nach Cottbus und gründeten eine dampfbetriebene Wollgarnspinnerei.⁷ Sie nutzten als Standort das damals leerstehende Schloss. Man könnte sagen, es handelte sich um eine frühe Form von Umbruch, Transformation und neuen Perspektiven in Cottbus, denn von dieser Umnutzung ging ein Impuls für die Stadtentwicklung aus. Erst im Schloss (heute Landgericht), dann auf der Mühleninsel und weiter entlang des Flusses nach Süden entstanden neue Fabriken. Sie stehen in der Geschichte von Cottbus für die Initialzündung des Übergangs von den handwerklichen Familienbetrieben zu fabrikmäßiger Produktion.⁸

Noch um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert findet sich in der westlichen Stadterweiterung von Cottbus eine Funktionsmischung aus Kasernengelände (Alvenslebenkaserne), Fabriken (Meldefabrik, Schokoladen-



Baustelle des neuen Instandhaltungswerkes für den ICE-4 in Cottbus, Wilhelm-Külz-Straße.

und Keksfabrik), Stadtvillen, Theater und Bahnhof. In diesem Bereich befindet sich ein weiteres leerstehendes Gebäude industrieller Prägung, die ehemalige Segeltuchfabrik Max Lehmann, gegründet 1889. Sie soll im Zuge der Umgestaltung des angrenzenden Bahnhofsbereichs und der Errichtung des neuen ICE-Ausbesserungswerkes in den kommenden Jahren entwickelt werden.



Brache in der Innenstadt von Cottbus, Stadtpromenade, ehemaliger Standort der Mokka-Milch-Eis-Bar.

Trotz der ab den 1950er Jahren im Osten (Sandow), Süden (Großwohnsiedlung Sachsenhof-Madlow) und Norden (Schmellwitz) entstandenen Plattenbausiedlungen, wurde in Cottbus die Produktion in den innenstadtnahen Bereichen bis zur politischen Wende 1989 aufrecht erhalten. Großwohnsiedlungen der DDR gelten nicht als funktional-homogene Stadtstrukturen; sie sind mitnichten Schlafquartiere am Stadtrand. Vielmehr finden sich dort auf Wohnkomplexebene alle Funktionen der Daseinsvorsorge, der sozialen Bereiche, wie Schulen, Kindergärten, Ärzte sowie der Kultur. Damit verlief in Cottbus die mit der Charta von Athen propagierte Trennung von Wohnen und Arbeiten bis in die 1990er Jahre vergleichsweise untypisch.

Gleichzeitig führte man seit den 1970er Jahren weltweit eine Diskussion über die postindustrielle Gesellschaft⁹. Der Glaube an die De-Industrialisierung war durchaus eine der großen Hoffnungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts.¹⁰ Indem die Menschen aufgrund großer Effizienzgewinne im industriellen Bereich kaum noch in Fabriken schuften müssten, könne es ihnen im Rahmen einer Dienstleistungsgesellschaft bald viel besser gehen, so die Idee. In Cottbus war diese „Hoffnung“ seit der politischen Wende und den damit verbundenen Einschnitten und Umbrüchen mit Wegzug, Leerstand, Abriss und einer Perforation der Stadt verbunden.

So war auch Cottbus beim Erreichen der Ziele „störungs-freies Wohnen“ und „flüssiger Verkehr“ nach der Wende mit der problematischen Tendenz einer funktionalen Ausdünnung des städtischen Raumes konfrontiert. Immer mehr Mittel- und Kleinbetriebe des Handwerks, des verarbeitenden Gewerbes und auch des traditionellen Handels und Konsums (Einkaufszentrum) oder gar der Unterhaltung (Kino) wurden aus dem städtischen Geflecht an die Ränder gedrängt. In Cottbus finden sich diese Strukturen bspw. im Lausitz Park weit außerhalb der Innenstadt an der Autobahn. Durch diese Entwicklung wurden viele Innenstadträume auf monofunktionales Wohnen reduziert.¹¹

Neue Perspektiven

Nun steht Cottbus mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung und dem Ende der Braunkohlenförderung in der Lausitz vor einer neuen, wohlmöglich grundlegenden Transformation. Ein Umbruch, der Impulse benötigt, wie zu Zeiten Cockerills. Cottbus erfindet sich zaghafte neu und entwickelt sich zunehmend selbstbewusster.

Heute herrscht die professionelle Einsicht vor, dass urbane Strukturen nicht mehr von funktionaler Entmischung, Spezialisierung und Vereinheitlichung bestimmt sein sollten, sondern von Vielfalt und Re-Integration städtischer Funktionen. Dennoch besteht weiterhin die Gefahr, dass statt städtischer Quartiere, monofunktionale Siedlungen geplant und umgesetzt werden.¹²

Dabei können Städte wie Cottbus, „materiell und räumlich auf ihrem industriellen Erbe aufbauen und nun für neue Industrienutzungen umgestaltet werden“¹³. Betrachtet man neben Innenstadtblöcken und leerstehenden Industriegebäuden der Innenstadt beispielsweise den Bereich westliche Stadterweiterung mit Bahnhofsbereich und den Cottbuser Osten, der stadtwirtschaftlich wegen seiner Lage unmittelbar an einem aktiven Tagebau in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde, findet man eben dieses industrielle Erbe in konzentrierter Form. Doch wie kann eine solche Umgestaltung im Sinne des Konzeptes der „Produktiven Stadt“ gelingen? Sind die leer stehenden industriekulturellen Orte und die Brachen der Stadt geeignet als Experimentierorte für eine neue Form der urbanen Produktion? Kann damit – wieder – eine Initialzündung ausgelöst werden?

Neue Produktionsorte und baukultureller Anspruch

Auch Cottbus ist vor dem Hintergrund neuen Wachstums und städtebaulicher Entwicklung weiter mit der Tendenz einer funktionalen Ausdünnung städtischer Räume konfrontiert. Gefordert ist hier ein entschiedener Abschied von der „Entweder-Oder-Welt“ der Nachkriegsmoderne. Vielmehr müssen die schwierigen Herausforderungen der komplexen „Sowohl-als-auch-Wirklichkeiten“ einer Stadt angenommen, ihre Vielfalt und Diversität gestärkt und ihre Widersprüchlichkeiten zugelassen werden.¹⁴

Mit dem neuen städtebaulichen Entwurf des Rahmenplans zur Seevorstadt, den das Planungsbüro ISSS gemeinsam mit Bauchplan, Kollektiv Stadtsucht und dem Institut für Neue Industriekultur derzeit im Auftrag der Stadt erstellt, setzt Cottbus im Zuge der Stadterweiterung Richtung Cottbuser Ostsee auf ein urbanes Quartier.¹⁵ Die mit dem Rahmenplan vorgeschlagene Stärkung von urbanen Quartieren stellt einen vielversprechenden Ansatz dar. Damit setzt die Stadt vorsichtig auf eine Funktionsmischung im „neuen“ Quartier.

Darüber hinaus erscheint es folgerichtig, auch die Errichtung des neuen ICE-Instandhaltungswerkes mit 1.200 Industriearbeitsplätzen¹⁶ in unmittelbarer Nachbarschaft zu Bahnhof, Theater und Stadtvillenbebauung aus der Gründerzeit zu platzieren. Produktion in der Stadt ist jedoch nur dann möglich, wenn eine Akzeptanz in der Bevölkerung für die physischen Konsequenzen gegeben ist. Produktionsstandorte sollten daher mit einem Anspruch an architektonische Qualität entwickelt werden, die eine Identifikation mit ihnen ermöglichen. Dieser neue Standort für eine hohe Anzahl an Industriearbeitsplätzen ist durch seine innenstadtnahe Lage äußerst attraktiv. Doch wo bleibt hier die Forderung nach einem baukulturellen Anspruch? Menschen sollen sich nicht „trauen“¹⁷ müssen, zum Arbeiten nach Cottbus zu kommen, sondern sie werden dorthin gehen und bleiben, wo es „cool“ ist und wo es kurze Wege gibt.

Ebenso warten zahlreiche leerstehende Gebäude, wie die Segeltuchfabrik von Max Lehmann oder das ehemalige Naturkundemuseum auf der Mühleninsel, auf neue Nutzungen. Durch den Rückgang der Industrie vor allem nach 1990 war auch Cottbus stark perforiert. Fabriken und Produktionsstandorte wurden zurückgebaut und haben eine zerlöchernde Stadtgestalt zurückgelassen. Heute stellen genau diese leeren Stadträume Möglichkeitsräume dar, die wir in den hochverdichtenden und in den letzten Jahren stark gewachsenen Städten nicht finden. In diesen Möglichkeitsräumen, wie beispielsweise die Innenstadtbrache an der Stadtpromenade, können neue Modelle der „urbanen

Produktion“ entwickelt werden. Neues Leben in alten Fabriken kann neue Modelle der räumlichen Verknüpfung von Arbeiten und Wohnen austesten, eine „Kultur der Experimente“¹⁸ kann entstehen und wachsen.

Vielleicht geben diese ersten kleinen Entwicklungsschritte einen Impuls, um zukünftig produktive Orte in Cottbus mit Wohn- und Freizeitfunktionen zu verknüpfen. Auf diese Weise könnte der Strukturwandel auch Anlass für eine Nachjustierung von Stadtentwicklungsstrategien sein.

- 1 Hilpert, Thilo (Hg.), Le Corbusiers Charta von Athen, Texte und Dokumente, Kritische Neuausgabe, Braunschweig, 1988.
- 2 Bathen, Annette et al., Handbuch urbane Produktion, Potenziale, Wege, Maßnahmen, Westfälische Hochschule, Institut Arbeit und Technik, Urbane Produktion, Ruhr 2019.
- 3 Bundesministerium des Innern (Hg.), Neue Leipzig Charta – Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl, Berlin 2020.
- 4 Läßle, Dieter, Produktion zurück in die Stadt – Ein Plädoyer, in: Bauwelt 35 (2016), S. 22–29.
- 5 <https://www.gesetze-im-internet.de/baunvo/>
- 6 Wienhues, S., Sönke Knickmeier, Von der „Charta von Athen“ zur „Leipzig-Charta“, Die Einführung des „Urbanen Gebiets“ als Leitbildwandel in der BauNVO?, in: Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung vhw, Immobilienwirtschaft FWS 3 (2017), S. 129–133.
- 7 Bayerl, Günter, Gewerbe und Industrie der Niederlausitz vom Mittelalter bis heute. In: Bayerl, Günter, Leszek Belzyt u. Axel Zutz (Hg.), Handbuch zur Geschichte der Kulturlandschaft der Niederlausitz und südlichen Lubuskie, Berlin 2016, S. 407–484 (= Zeit-Reise-Führer).
- 8 Aussagen beruhen auf einem unveröffentlichten Textentwurf von Karolina Hettchen, BTU Cottbus-Senftenberg, FG Planen in Industriefolgelandschaften.
- 9 Bell, Daniel, The Coming of Post-industrial Society, New York 1976.
- 10 Fourastié, Jean, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 1954.
- 11 Läßle, S. 22–29.
- 12 Ebda.
- 13 Rappaport, Nina, Mikrofabriken des 21. Jahrhunderts, Productive Urban Spaces, In: Brandenburgische Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH, Kulturland Brandenburg (Hg.), Zukunft der Vergangenheit, Industriekultur in Bewegung, Potsdam 2021, S. 45–49.
- 14 Läßle, S. 22–29.
- 15 Quartiers-Spaziergang auf der Seeachse – vom Gewerbegebiet zum urbanen Stadtquartier – Stadt Cottbus/Chó ebuz, https://www.cottbus.de/mitteilungen/2021-10/quartiers-spaziergang_auf_der_seeachse_-_vom_gewerbegebiet_zum_urbanen_stadtquartier.html.
- 16 Neues Werk Cottbus (db-neues-werk-cottbus.com), <https://www.db-neues-werk-cottbus.com>
- 17 „Auf nach Cottbus! Wer traut sich?“ – Das Carl-Thiem-Klinikum wirbt mit diesem Slogan bundesweit um Ärzte, Auf nach Cottbus - Kommen Sie ins CTK (pageflow.io), <https://ctk.pageflow.io/auf-nach-cottbus-kommen-sie-ins-ctk#315231>
- 18 Brandt, Arno und Dieter Läßle, Smart City oder: Die Stadt der Konzerne?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 63, Heft 11, 2018, S. 119.

Perspektiven und Interaktionen

Technikmuseen und Industriekultur¹

Joseph Hoppe

Ein wachsendes Interesse an Industriekultur scheint stark mit dem Aufkommen und der Eskalation von disruptiven Transformationsprozessen in Zusammenhang zu stehen. Dies lässt sich in den letzten Jahrzehnten an vielen Beispielen ablesen. So hatte die Gründung des Berliner Zentrums Industriekultur (bzi) vor zehn Jahren ihren Anlass darin, dass sowohl das Technikmuseum Berlin als auch die Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) von einer Art Mikrotransformation im Stadtraum betroffen waren. Die HTW zog in ein ehemaliges Industriegebiet nach Berlin-Schöneeweide, in eine damals wirklich noch ziemlich wüste und leere Gegend, gekennzeichnet vom abrupten Ende einer über hundertjährigen Konzentration und Arbeit der Elektroindustrie entlang des Schöneweider Spreeufers. Viele Kolleginnen und Kollegen der HTW, die nun dort infolge des Umzugs ihrer Studiengänge tätig waren, haben sich gefragt: Wo sind wir hier? Was ist das? Was war es und was könnte es sein? Das Technikmuseum stand gleichzeitig mit der Erweiterung der Ausstellungsflächen auf das Gelände des Anhalter Güterbahnhofs vor einer ähnlichen Situation. Diese Erweiterung, die dazu noch im Zusammenhang mit der Planung einer neuen Parklandschaft, dem mittlerweile sehr beliebten Park am Gleisdreieck, stand, hat uns dazu gebracht, zu fragen, in welcher Art von Stadtraum, der durch welche historischen Definitionen geprägt ist, bewegen wir uns? Was wissen wir darüber? Was können wir darüber erzählen? Welche Traditionslinie führen wir fort, wo setzen wir neue Akzente?

Das war der Punkt, an dem das bzi geboren wurde, quasi an der Schnittstelle zwischen zwei Institutionen, die bislang nur über vielfältige Kooperationen im Bereich der wissenschaftlichen Restaurierung verbunden waren: einer Hochschule und einem Technikmuseum, beide dazu noch in den vielleicht interessantesten Industriekultur-Großräumen der Metropole Berlin gelegen.

Das bzi steht damit auch für einen Moment des Nachdenkens darüber, inwieweit Technikmuseen mit dem Begriff Industriekultur definitorisch gleichgesetzt werden können oder müssen. Wir sind der Überzeugung, dass die Beschäftigung mit und die Vermittlung von Industriekultur nur dann auch erfolgreich und gesellschaftlich akzeptiert sein wird, wenn wir aus den geschlossenen

Räumen der Museen herausgehen und Industriekultur stärker auch als Arbeit in den offenen Räumen und thematisch verwandten Landschaften von Stadtgesellschaften verstehen. Das hat sich das bzi zur Leitlinie gemacht.

Ein zentrales Element der Arbeit des bzi war es zunächst, zu versuchen, die vielen Menschen, die sich allein und weitgehend unverbunden in Berlin mit Industriekultur beschäftigten, zueinander zu bringen. Darüber hinaus bemühen wir uns seit Beginn um kontinuierliche Zusammenarbeit mit Berliner und überregionalen Netzwerken und Einrichtungen. In diesem Zusammenhang sind zum einen Partner in Brandenburg und in Nordrhein-Westfalen, aber vor allem das Netzwerk der Europäischen Route der Industriekultur (ERIH)² für uns von vorrangiger Bedeutung.

Und der dritte Anspruch, den wir uns seit nun fast zehn Jahren gesetzt haben, ist es, mit dem Forum für Industriekultur und Gesellschaft immer wieder neue Akzente für Berliner und überregionale Diskussionen zu identifizieren und mit sehr unterschiedlichen, kompetenten Referent:innen und einem divers zusammengesetzten Publikum zu bearbeiten. Durch die Wahl der Themen und durch das Vernetzen von Referentinnen und Referenten mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten ist es uns in den bisherigen Foren und auf anderen Arbeitsgebieten oft genug gelungen, Impulse für eine weiterführende Diskussion zu setzen, die dazu beitragen soll, Bewegung in Industriekultur-Projekten zu initiieren, die dazu tendieren, den Blick auf lokale Räumen mit ihren spezifischen Bedingungen zu richten und manchmal sehr in den lokalen Problemen befangen sind.

Unser letztes Thema war „Industriekultur als soziales Kapital“. Dabei ging es um die Beschäftigung mit Industriekultur jenseits fest definierter Räume, als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Vergewisserung. Das neunte Forum mit dem Schwerpunkt „Industriekultur und Nachhaltigkeit“ fand am 26. November 2021 statt. In unserem Forum diskutieren wir weniger die großen Theorien, sondern setzen uns vielmehr mit den Fragen auseinander: Was sind interessante Projekte? Wer sind aussagekräftige Protagonisten? Was haben sie uns zu berichten? So traten auch mehrere Akteure aus

Brandenburg bzw. der Lausitz auf. Zum Beispiel wurde ein interessantes Projekt aus Brandenburg vorgestellt: die Produktion von „Trippen-Schuhen“ in Zehdenick. Dabei handelt es sich um ein Design-Produkt, das sich schon seit Jahrzehnten gemäß Nachhaltigkeitsprinzipien gestaltet und produziert werden. Diese Schuhe werden in Zehdenick mit den Maschinen und dem Personal einer alten DDR-Schuhfabrik hergestellt. Bei der Debatte spielte die Frage, welche Perspektiven es für solche Projekte in der Zukunft gibt, eine wichtige Rolle. Noch steht anscheinend bei allen Projekten mit Nachhaltigkeitsanspruch und Bezug zur Industriekultur der Pioniercharakter sehr im Vordergrund. Aber gerade von der Auseinandersetzung mit solchen originellen und singulären Unternehmen versprechen wir uns auch und interessante Impulse für die Industriekultur-Community.

Wir sind sicher, dass die positive Auseinandersetzung mit den Forderungen nach Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit in den nächsten Jahren eine unglaublich wichtige Aufgabe für alle Projekte sein wird, die sich mit Industriekultur befassen. Die große Frage wird sein: Werden die Objekte der Industriekultur zukünftig vor allem als Mahnmale des Horrors einer kapitalistischen industrialisierten Welt betrachtet? Oder werden sie in einer neuen Interpretation und Nutzung auch Zeichen sein können für eine Art von Aufbruch, für eine neue Art von Produktion, für eine neue Art des Umgangs mit Natur, für eine neue Art, Menschen in Arbeit zu bringen und sogar neue Produkte zu kreieren?

Topografie und Zeitschichten – Digitale Industriearchäologie

Ein besonderer Forschungsimpuls im Berliner Zentrum Industriekultur ist durch die Idee der digitalen Kartierung des Museumsstandorts und seiner historisch bedeutsamen Umgebung am Gleisdreieck entstanden. Auf Basis eines ambitionierten GIS-Systems ist es unserem Mitarbeiter Nico Kupfer gelungen, Topografien und Zeitschichten des Geländes auf der Basis ganz unterschiedlicher Datentypen digital miteinander zu verbinden. Wir haben damit ein unglaublich interessantes Arbeits- und Auskunftsmittel erhalten, das sich inzwischen vielfach bewährt hat und zum Beispiel in der neuen Eisenbahnausstellung des Technikmuseums in einer innovativen Anwendung zu sehen sein wird.

Das System wird aber zum Beispiel auch immer dann genutzt, wenn auf dem Gebiet des Gleisdreiecks neu gebaut wird. Es gibt kaum noch Baupläne des Areals und dieses Tool bietet immer wieder überraschende Informationsdetails darüber, auf welche historischen Schichten man beim Bauen treffen könnte. Jegliche Art von Planunterlagen, Bilder und sonstige Dokumenten

zum Gelände sind mit der Anwendung verknüpft. Insgesamt ist ein fantastisches Werkzeug entstanden, das auch bei Stadtplanern mittlerweile großes Interesse findet. Es ist so erfolgreich, dass wir zurzeit versuchen, das Gleiche auch für die Region Schöneeweide auszuführen.

Bei der Arbeit an diesem Tool haben wir festgestellt, wie viel noch regional- und branchenorientiert über die Berliner Industriekultur erzählt werden kann. Für alle diese Forschungen wie auch für andere Publikationsvorhaben haben wir in diesem Jahr eine neue Plattform geschaffen. In der Reihe „Berliner Schriften zur Industriekultur“ sind gerade die ersten beiden Bände erschienen, die sich mit zwei besonders interessanten Quartieren der Berliner Industriegeschichte befassen: Treptow-Köpenick und Spandau-Siemensstadt. Weitere Bände der Schriftenreihe sind in Planung.

In der Verlängerung dieser Forschungsarbeit hat sich sowohl für das Technikmuseum als auch für die HTW als sehr gewinnbringend herausgestellt, dass wir Themen definieren können, die im Bereich der Hochschule weiterverarbeitet werden können. Ein gutes Beispiel dafür ist die Bachelorarbeit von Nathalie Scholl, die sich mit der NS-Geschichte der Gebäude befasst, in denen sich seit der Gründung des Technikmuseums dessen Depoträume befinden. Wir wussten, dass es sich um eine ehemalige Flugzeugmotorenfabrik handelt, viel mehr aber nicht. Die Arbeit von Nathalie Scholl zeigt, dass diese Fabrik eine sehr interessante Eigentümergeschichte hat: Der Gründer war ein jüdischer Ingenieur, Erfinder und Unternehmer, der vollkommen in Vergessenheit geraten war. Und auch die Tatsache, dass diese Fabrik nicht nur ein Zwangsarbeiterlager hatte, sondern während des Krieges auch als Außenstelle des KZ Sachsenhausen fungierte, war uns bislang verborgen gewesen. Durch die Interaktion zwischen Museumsarbeit, der Arbeit im bzi und der HTW konnte hier die Forschung entscheidend vorgebracht werden, die Arbeit wurde vor kurzem mit dem Preis für Berlin-Brandenburgische Wirtschaftsgeschichte ausgezeichnet, ein Grund zur Freude für die Autorin wie auch für das bzi.

Damit wird das bzi für das Technikmuseum zu einer Art Forschungszentrum. Viele große Technikmuseen träumen von einem eigenen Forschungsinstitut nach dem Vorbild des Deutschen Museums in München. Davon ist das Deutsche Technikmuseum zwar noch weit entfernt, aber in Teilen nimmt das bzi eine solche Aufgabe tatsächlich schon wahr – was im Museum honoriert wird. Inzwischen gibt es viele Situationen, in denen gesagt wird: Wir müssen dazu mal die Experten vom bzi befragen, weil es möglicherweise noch interessantes Material gibt, das wir gar nicht kennen.

Städtebauliche Beratung

Bei der Vielzahl und der Unterschiedlichkeit der industriekulturellen Objekte in Berlin, das sich ja seit einiger Zeit durch eine aggressive Immobilienspekulation auszeichnet, gibt es viele kleine und größere Konflikte um und in lokalen Projekten, an denen zum Teil heute auch eine museale Nutzung stattfindet, wie zum Beispiel im Bahnbetriebswerk Schöneweide. Und auch dort spielt das bzi eine wichtige Rolle, indem wir den Entwicklungsprozess dieser industriekulturellen Orte begleiten, zum Teil moderierend, zum Teil auch im Sinne einer fundierten fachlichen Begleitung. Aus unserer Sicht ist es dabei wichtig, sich nicht nur auf das Objekt der Industriekultur zu konzentrieren, sondern den Blick auf die historischen und aktuellen Beziehungen zum lokalen Umfeld zu richten. Dabei können unsere Erkenntnisse bei der Beantwortung der Frage helfen, in welcher Form heute kleinere industriekulturell wertvolle Objekte in neue große stadträumliche Prozesse implementiert werden können. Oft fehlt dazu auf Seiten der Architekten und Planer bisher das Verständnis.

Einer der ersten Schritte war, dass wir aktive Standorte der Industriekultur in Berlin identifiziert und über ERIH publik gemacht haben. Bis dahin war Berlin ein „weißer Fleck“ auf der ERIH-Landkarte. Das hat sich mittlerweile sehr geändert.

Industriekultur touristisch erschließen

Berlin ist, wie das Ruhrgebiet, ein stark verdichteter Raum mit vielen kleinen und größeren Zentren der Industriekultur. Solche Räume bieten sich in besonderer Weise dafür an, Industriekulturorte im Rahmen einer „radelnden Stadterfahrung“ kennenzulernen. Vor einigen Jahren haben wir angefangen, ein entsprechendes touristisches Konzept zu entwickeln und erreicht, dass unser Vorhaben von der der Senatsverwaltung für Wirtschaft gefördert wird.

Unser erster Schritt war, fünf Radrouten zu definieren, die zum einen versuchen, bestimmte Themen der Berliner Industriekultur zu präsentieren. Gemeint sind damit Kernelemente einer Erzählung über die Berliner Geschichte und ihrer Industrieunternehmen. Auf der anderen Seite sollen die Touren aber auch eine angenehme Radelerfahrung bieten – Qualität und Lage der Radwege müssen ein sicheres und erlebnisreiches Vorankommen garantieren.

Die Routen stehen unter griffigen Überthemen wie „Warmes Licht und kühles Bier“. Auf dieser Tour werden zum Beispiel Orte der alten Berliner Elektroindustrie und die Brauereiviertel angefahren. Unter dem Thema

„Wasser und Strom“ führt eine Tour entlang der Spree. Der Titel „Produktion und Munition“ führt die Radler nach Spandau, Siemensstadt und Eiswerder. „Innovation und Eleganz“ vereint vor allem die Wissenschaftseinrichtungen, die im Gefolge der Industrialisierung in Berlin ab 1880/1890 entstanden sind. Die Technische Universität spielt eine wichtige Rolle, ebenso das Robert-Koch-Institut und viele andere Lehr- und Forschungseinrichtungen – und das in Verbindung mit zum Teil sehr repräsentativen Architekturen der Industrieunternehmen. Darüber hinaus ist eine Tour „Eisenbahn und Landebahn“ in Planung.

Bei der Planung der Touren kann das Deutsche Technikmuseum seine vorteilhafte Lage inmitten der Stadt und die verkehrsmäßig gute Anbindung ausspielen. Wir haben daher Wert daraufgelegt, dass Start- und Endpunkt der Touren möglichst am Technikmuseum liegen. In den Radrouten wird auch immer wieder Bezug auf die Ausstellungen im Technikmuseum genommen. Viele Erzählungen der Radrouten werden durch Objekte im Museum illustriert und kommentiert. Momentan befassen wir uns bereits mit der Vorplanung für weitere drei Radrouten, eine dieser neuen Routen wird übrigens zum ersten Mal auch „grenzüberschreitend“ funktionieren – also nach Brandenburg führen.

Obwohl wir bisher erst eine Radroute publiziert haben, gibt es bereits extrem viel positive Resonanz. Aktuell werden zurzeit drei weitere Radrouten entwickelt. Für uns steht fest, dass wir dieses Vehikel des Radelns noch viel offensiver nutzen wollen, um unsere Inhalte an ein Publikum heranzutragen, das nach Berlin kommt, um ungewöhnliche Stadterlebnisse zu haben. Die bekannten Orte sind in der Regel schnell abgegrast und Berlin hat über das Thema Industriekultur viel zu erzählen. Es ist wirklich immer wieder überraschend, wenn man nach Testfahrten auch von Berliner Teilnehmerinnen und Teilnehmern hört: Das habe ich ja noch gar nicht so gesehen oder das habe ich noch gar nicht wahrgenommen.

Jede dieser Radtouren ist auch eine Art von Entdeckungstour und bestens geeignet als Angebot für den sogenannten Qualitätstourismus; deswegen wird unser Konzept auch vom Berliner Tourismusmarketing „visitBerlin“³ stark unterstützt. Konkret bedeutet dies, dass wir eine Kooperationsvereinbarung geschlossen haben, bei der es im Kern um das internationale Marketing für das Thema Industriekultur geht. Es gibt mittlerweile eine Unterseite auf der Seite von „visitBerlin“, die sich nur mit dem Thema Industriekultur beschäftigt, visitBerlin hat auch aufwendige Videos zur Berliner Industriekultur produziert.⁴

Erfassen und Dokumentieren

Um den Überblick über die vielen Orte der Industriekultur, die es in Berlin gibt, zu gewinnen, erfassen wir unsere Erkenntnisse in einer Datenbank und machen sie über eine interaktive Karte auf unserer Website auffindbar.⁵ Daneben gibt es das Projekt einer „Roten Liste“ für besonders gefährdete Objekte, die zusammen mit dem KulturerbeNetz Berlin⁶ publiziert werden soll.

Ein anderer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Frage: Wie vermitteln wir unsere Themen an jüngere Zielgruppen? Auch da spielt das bzi seine Rolle als Moderator, als Netzwerk der Netzwerke, als Kompetenzzentrum aus. Wir haben zum Teil selbst Bildungsangebote gemacht, aber wir gehen mehr und mehr dazu über, Knotenpunkt für Vermittlungsangebote Dritter zu sein. Bei uns bündeln sich alle Angebote, wir verbinden Partner miteinander, und wir bieten diesem Netzwerk eine Plattform, um zu kommunizieren. Und diese Plattform funktioniert großartig, weil zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer mehr und mehr entdecken, dass es hier tolle Angebote gibt, die mit Schulklassen wahrgenommen werden können. Auf der anderen Seite hat sich dieses Vorgehen auch für das Technikmuseum sehr gelohnt: Bei einer Vielzahl von Angeboten im Bildungsbereich des Technikmuseums kommen mittlerweile die meisten Buchungen über die Plattform des bzi. Das bzi funktioniert hier als effektiver Kommunikator und wird dadurch auch nicht nur in den Schulen, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Rollen noch einmal anders wahrgenommen. Auch zu diesen Themen gibt es einen regen Austausch mit Partnern in nationalen und internationalen Netzwerken.

Corporate Design

Unser Selbstverständnis als vielfältig agierendes Kompetenzzentrum soll sich in unterschiedlichen Aktionsfeldern und Medien klar und eindeutig identifizieren lassen. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr ein neu entwickeltes Logo eingeführt. Unter dieser Dachmarke versammeln sich abgeleitete Logos der verschiedenen Produkte und Angebote. Auf diese Weise dokumentieren wir unseren Anspruch, qualitativ anspruchsvoll, thematisch divers und gleichwohl einheitlich und selbstbewusst aufzutreten und so auch von unseren Partnern, Nutzern und der Zivilgesellschaft wahrgenommen zu werden.

Perspektiven

Welche Aufgaben erwarten das bzi und die Industriekultur Community in den kommenden Jahren:

Das bzi möchte seine unterschiedlichen Arbeitsverbindungen mit den Brandenburger Partnereinrichtungen intensivieren und ausbauen. Beiden Seiten sollte gemeinsam herausfinden, wie die im Entstehen befindende wirtschaftliche und infrastrukturelle Großraum-Region Berlin-Brandenburg auch in unseren konzeptionellen, forschenden, vermittelnden und touristischen Arbeiten reflektiert und gespiegelt wird. Geschichte hat wieder Zukunft.

Die Industriekultur Community mit allen Akteuren wie Museen, Einzelobjekten und touristischen Angeboten muss überlegen, wie wir zukünftig einen neuen interpretativen Zugang zu unseren Zeugnissen und Dokumenten definieren wollen: Im Zeitalter der Dekarbonisierung wird Kohle vom schwarzen Gold zum schwarzen Gift. Heroisierende und idealisierende Darstellungen werden noch weniger Akzeptanz finden als schon jetzt, wir müssen deutlicher eine selbstständige Folgenabschätzung unseres Gegenstandes und unseres eigenen Tuns bewerkstelligen.

Zugleich müssen wir verstärkt über die Potenziale unserer Objekte nachdenken. In den meisten Industriekultur-Bauten liegt durchaus auch eine Option auf zukünftige gesellschaftliche und wirtschaftliche Wertschöpfungen. Diese müssen wir gezielt mit anderen Akteuren aus der Zivilgesellschaft entwickeln und dabei auch für unkonventionelle Lösungen offen sein.

1 Dieser Beitrag ist auf Basis der Transkription des frei gesprochenen Vortrags auf der Tagung „Umbruch und Transformation. Neue Perspektiven für Industriekultur heute.“, 25. September 2021 im Kulturhaus Rüdersdorf entstanden. Danke an Alexander Sachse für die Bearbeitung der Transkription.

2 <https://www.erih.de/>

3 <https://www.visitberlin.de/de>

4 <https://www.visitberlin.de/de/bauten-der-industriekultur>

5 <https://industriekultur.berlin/entdecken/berliner-industriekultur/#>

6 <http://www.kulturerbenetz.berlin/>

Tilman Schladebach Abschied aus Beeskow und Neuzelle



Unbeschwert durchs Tor der Burg Beeskow gehen kann er noch immer nicht. Das, sagt Tilman Schladebach, habe nichts mit Wehmut zu tun. „Es steckt einfach so viel Lebensenergie von mir hier drin.“ 16 Jahre lang, bis 2015, hat er das Kultur- und Bildungszentrum geleitet. Und auch, wenn er die anschließende Zeit als Bereichsleiter Marketing & Kultur in der Stiftung Stift Neuzelle, die im Sommer mit dem Eintritt in den Ruhestand für ihn geendet hat, als spannend und herausfordernd empfand: „Beeskow war für mich einzigartig, weil ich dort Chef war und gestalten konnte.“

Schladebach ist 43, als er sich auf den Job bewirbt. Als Burgchef hofft der in Berlin zwischen Theater, Orchester und Hochschularbeit pendelnde Familienvater auf „mehr Stetigkeit“. In Charlottenburg geboren und in einem Pfarrhaushalt groß geworden, singt Schladebach seit er sieben ist mit Begeisterung im Chor. Dass er auch Geige spielen muss, hasst er dagegen – Orgel und Klavier, die folgen, sind ihm lieber. Er studiert Kirchenmusik und Musikwissenschaften; seinen ersten Job hat er an der Berliner Kirchenmusikschule. Später wird er Dozent an der Berliner

Hochschule der Künste und lässt sich nebenbei privat zum Schauspieler ausbilden. In der Neuköllner Oper, deren Gründungsmitglied er ist, arbeitet er an 20 Inszenierungen mit, tritt zudem in kleineren Theaterproduktionen auf.

Als Tilman Schladebach 1999 die Leitung der Beeskower Burg übernimmt, fühlt er sich gut gerüstet. Allein mit der bildenden Kunst hat er so seine Schwierigkeiten. Dabei ist die ein Schwerpunkt der Kultureinrichtung – Dank des DDR-Kunstarchivs, das Herbert Schirmer, sein Vorgänger im Amt, gegründet hatte. „Mit DDR-Literatur, da kannte ich mich relativ gut aus“, sagt Schladebach. „Stefan Heym, Günter de Bruyn, Reiner Kunze. Ich habe immer viel gelesen.“ In Bezug auf Maler*innen, Grafiker*innen und Bildhauer*innen jedoch fühlt er sich wenig sattelfest.

Also beginnt der neue Burgdirektor, Atelierbesuche zu machen, fährt zu Arno Mohr, Bernhard Heisig, Walter Womacka, Willi Sitte. Nicht bei allen wird er gut aufgenommen; so mancher versichert sich noch einmal telefonisch über Schladebachs Legitimation, während er selbst nebenan schon auf dem Sofa sitzt.

„Ich habe versucht, mir einen Blick für die bildende Kunst anzutrainieren“, erzählt er heute, „bin richtig aufgebrochen.“ Dreizehn, vierzehn Ausstellungen organisiert er im Jahr. Der Umgang mit den Künstler*innen – das ist für ihn „ein spät in mein Leben getretener Schatz“, den er auch bei den jährlichen Pleinairs des Landkreises Oder-Spree, so sie auf der Burg stattfinden, hebt. Mal treffen sich

dort Künstler*innen zum Thema Druck, mal wird zu Heinrich von Kleist gearbeitet, mal zum „Mythos Europa“.

Ideen zu entwickeln, Visionen – das ist nichts, was Schladebach als Last empfindet. Er mag es, sich herauszufordern, Neuland zu betreten. Und dabei zu lernen. „Leute, die ausstrahlen, dass sie wüssten, wie es geht, sind schwierig für mich“, sagt er, denn: „Ich weiß oft nicht, wie es geht.“

Doch das schreckt ihn nicht. Nach dem Abschied von der Burg leitet er für ein Dreivierteljahr eine Unterkunft für Asylbewerber, dann ruft Neuzelle. Drei Jahre will er dort bleiben, 2018 die 750-Jahr-Feier des Klosters gestalten, dann in Rente gehen. 2021 ist er noch immer da. Bis zum August begleitet er zum letzten Mal die auch durch sein Mittun seit Jahren in Beeskow und Neuzelle etablierte Oper Oder Spree: Ein Schlussakkord für sein Berufsleben.

Ob ihm im Rückblick darauf noch was auf der Seele brennt? 2014 ist eine Sammlung selbst spielender Musikinstrumente aus Monschau-Imgenbroich nach Beeskow gezogen und hat vier Jahre später in einem eigens gestalteten Museum auf der Burg ihren Platz gefunden – das, sagt Schladebach, hat er nicht mehr mitgestalten können. Leider. Vielleicht eine Aufgabe für den Ruhestand? „Ich muss erst mal auspusten. Und dann schaue ich, wo was liegengeblieben ist.“ Ein Buch jedenfalls will er nicht schreiben. „Ich bin froh, dass die Welt nicht mehr auf mich wartet. Die wartet jetzt auf meine Kinder.“

Stephanie Lubasch

Marcel Steller

Neuer Leiter des Stadtmuseums Wittenberge „Alte Burg“

Was ist eigentlich eine Stadt? Diese Frage stellt Marcel Steller, der neue Museumsleiter des Stadtmuseums Wittenberge, gern. Was ein Museum ausmacht, dürfte in den meisten Fällen klar sein, doch wie zeichnet sich „Stadt“ aus? Was gehört zu ihr, was nicht? Das sei gar nicht so einfach zu beantworten, entgegnet Steller, denn Stadt kann auch einfach ein Gefühl sein.

Der 32-jährige hat am 2. August 2021 die Leitung des Stadtmuseums Wittenberge übernommen, nachdem seine Vorgängerin im Amt, Birka Stövesandt, nach fast 17 Jahren in den Ruhestand verabschiedet wurde. Nicht nur das Stadtmuseum mit der stadtgeschichtlichen Dauerausstellung mit Fokus auf das Sozialleben in der „Nähmaschinenstadt“ gehört zu seinem Arbeitsgebiet, sondern auch die Ausstellung im ältesten Gebäude der Stadt, dem Steintor sowie das kleine Nähmaschinenmuseum im weithin sichtbaren Uhrenturm des ehemaligen Veritas-Werks.

Die Industriezeit hatte Wittenberge einst wachgeküsst. Dank der verkehrsgünstigen Lage explodierte die Bevölkerungszahl an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert förmlich. Ein bunter Mix von Architekturstilen aus knapp 700 Jahren kennzeichnet das Stadtbild. Auch die vielen Stadtquartiere Wittenberges, das eigentlich kein „richtiges“ Zentrum hat, haben Einfluss auf dieses Gefühl „Stadt“.

Marcel Steller hat in Berlin Abschlüsse in Altertumswissenschaften und Historischer Urbanistik erworben, durch sein Archäologiestudium ist er vertraut damit, wie Städte entstehen –



Der neue Museumsleiter Marcel Steller (li.) mit Uwe Neumann, dem Werkleiter Kultur-, Sport- u. Tourismusbetrieb der Stadt Wittenberge vor dem Stadtmuseum Wittenberge.

oder aber untergehen. Die Stadtgeschichtsforschung ist ein so großes Feld, dass drei Museumsstandorte gar nicht reichen. „Wenn die Bewohner das Fenster aufmachen, erleben sie Stadt, erleben sie Geschichte“, sagt er begeistert und setzt nach: „Die Geschichte der Industrie hat in Wittenberge einen so großen Einfluss auf die städtische Identität, da verschmelzen museale Vermittlung und Erinnerung.“ In diesem Sinne will er die Museumspädagogik auch in die Stadt holen: zum Beispiel mit Vorträgen an ungewöhnlichen Orten oder Stadtführungen auf dem Fahrrad. Die Audioguides des Netzwerks der Brandenburger Industriekultur sind ein Beispiel für die vielen Möglichkeiten der Vermittlung. Sie werden Ende des Jahres 2021 in Wittenberge vorgestellt.

Es werde in der Zukunft auf Vermittlung ankommen und darauf, neue Zielgruppen zu erschließen. Warum sollte ein Museum nicht auch eine E-Bike-Ladestation oder eine „Büchertelefonzelle“ im Hof haben? Geschichte sei kein verstaubtes Buch, sondern stehe schließlich mitten in einer lebendigen Stadtgesellschaft – so Steller.

Die Kultur der DDR, auch ein Teil vom Gefühl „Stadt“, ist ein sensibles Thema in der Bevölkerung, weiß Marcel Steller. Helmut Kohls „Blühende Landschaften“ kamen nicht überall an. DDR-Kultur als wichtigen Teil der Stadtgeschichte Wittenberges zu begreifen, ist für den Stadthistoriker selbstverständlich. Das Museum verfügt über mehrere Depots, die randvoll sind mit Stücken aus vier deutschen Staaten. Eine Objektgeschichte und Inventarnummer fehlen häufig. Sehr viel Fingerspitzengefühl wird er brauchen, um der Stadtgesellschaft zu vermitteln, dass die Aufarbeitung der musealen Sammlung im Depot wichtig für das kollektive Gedächtnis ist und viele Ressourcen brauchen wird. Bei knapper werdenden Kassen ist es schon eine kaum lösbare Herausforderung, allein die bedeutsamsten Stücke fachgerecht zu lagern und langfristig zu bewahren. Doch davon lässt sich Steller nicht entmutigen. „Das ist eine langfristige Aufgabe, und ich habe vor lange zu bleiben.“

Uwe Neumann

Lutz Hennig Neuer Leiter in Wandlitz



Seit dem 1. Juli 2021 ist Lutz Hennig der neue Leiter des „Barnim Panorama Naturparkzentrum Agrarmuseum Wandlitz“, der Kultureinrichtung der Gemeinde Wandlitz, die in coronafreien Jahren mehr als 20.000 Besucher*innen zählt.

Mit dem 57-jährigen Lutz Hennig konnte ein versierter Museologe gewonnen werden, der auf insgesamt 30 Jahre Berufserfahrung verweisen kann. Nach seiner Ausbildung als Maschinen- und Anlagenmonteur, arbeitete er als Forstarbeiter und Museumsassistent, bevor er das Studium der Diplom-Museologie an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin erfolgreich abschloss. 20 Jahre arbeitete Hennig dann auf Schloss Weesenstein bei Dresden, davon mehrere Jahre als stellvertretender bzw. kommissarischer Leiter. Ab 2015 leitete er dann das nahe Chemnitz gelegene Schloss Rochsburg. „Dort habe ich Ausstellungs- und Nutzungskonzepte erarbeitet, war für die strategische Ausrichtung des Schloss-Museums verantwortlich, habe ebenso museumspädagogische und auch Depotkonzepte entwickelt und organisierte große Feste und Veranstaltungen“, so Lutz Hennig.

Der Besonderheit des Barnim Panoramas, das die Themen Land(wirtschaft) und Natur unter einem Dach vereint, trägt Lutz Hennig mit seiner Vita mehrfach Rechnung. Neben seinen Qualifikationen und Erfahrungen im alltäglichen Museumsbetrieb bediente er etliche Jahre als ehrenamtlicher Kreisnaturschutzbeauftragter im Osterzgebirge auch die Verbindung

zu Natur- und Umweltthemen. Hennig besitzt gründliche Kenntnisse der historischen Landnutzung in Land- und Forstwirtschaft.

Den Wechsel nach Brandenburg in die Kulturlandschaft Barnim begründet er selbst mit zwei Argumenten: Zum einen mit der Suche nach einem neuen Wirkungskreis mit neuen Anforderungen, die seinem Pioniergeist entsprechen. Und zum zweiten mit der Tatsache, dass sich in der deutschen Museumslandschaft ein Haus wie das Barnim Panorama, das sich als zeitgemäßes Museum, Naturparkzentrum und touristische Anlaufstelle für die Kulturlandschaft versteht, nicht allzu oft finden ließe.

Inzwischen ist der Familienvater von drei erwachsenen Kindern als Neu-Wandlitzer auch im Team des Barnim Panoramas gut angekommen. Das diesjährige Erntefest des Barnim Panoramas ist mit fast 2000 Besuchern erfolgreich verlaufen. Lutz Hennig will seine eigene Handschrift für das Museum entwickeln und perspektivisch das Barnim Panorama mit neuen Angeboten und Kooperationen auch als einen Ort für Natur- und Landschaftsbewusstsein prägen.

Claudia Schmid-Rathjen

„Kriegsende 1945 in der Prignitz“ Ein Forschungsvolontariat in Zeiten der Pandemie

Am Anfang stand – wie so häufig – eine gute Idee. Gemeinsam wollten die Nachbarstädte Perleberg und Wittenberge ein Museumsvolontariat ausrichten, um die Ereignisse des Jahres 1945 in beiden Städten zu erforschen und die Ergebnisse dann durch eine Sonderausstellung in den Stadtmuseen sowie durch pädagogische Angebote und Aufsätze der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Förderung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg ermöglichte das Projekt, und der Autor sollte im Februar 2020 seine Tätigkeit zuerst in Perleberg beginnen, um dann später nach Wittenberge zu wechseln. Dann kam Corona.

Die Pandemie brachte den Projektplan gehörig durcheinander: Der Zugang zu externen Archiven und zu Weiterbildungen im Rahmen des Volontariates war bis auf weiteres versperrt und trotz der guten Pressearbeit meldeten sich kaum gesprächswillige Zeitzeugen im Museum. Der Autor verbrachte im April mehrere Wochen im Homeoffice und war während der plötzlich erfolgten Leitungsvakanz in Perleberg stärker als geplant in die reguläre Museumsarbeit involviert. Vorteilhaft war in dieser Zeit, dass der Autor im selben Gebäude wie das Stadtarchiv untergebracht war, was die Sichtung der Archivbestände sehr erleichterte.

Aus administrativen Gründen erfolgte der Wechsel nach Wittenberge bereits nach fünfeinhalb Monaten; er brachte zusammen mit dem Rückgang der Inzidenzwerte neue Impulse und Zeitzeugenkontakte. Durch die Zusammenarbeit mit einem Bundesfreiwilli-



Die Sonderausstellung des Autors im Stadtmuseum Wittenberge.

gen, der das interne Fotoarchiv des Museums digitalisierte, ergaben sich nützliche Synergieeffekte für das Projekt. Parallel wurden die Bestände des Stadtarchivs Wittenberge gesichtet und erste Konzepte für die geplante Ausstellung verfasst. Pressekontakte ermöglichten es dem Autor darüber hinaus, zwei größere Beiträge zum Thema in einer regionalen Zeitung zu platzieren. Die zweite und dritte Corona-Welle verhinderten bis auf wenige Gelegenheiten den Besuch externer Archive und Veranstaltungen, was auch durch digitale Kontaktformate nur unzureichend aufgefangen werden konnte.

Die Vorbereitung der Sonderausstellung begann im Frühjahr 2021; sie gestaltete sich aber angesichts der pandemiebedingten Planungsunsicherheit, weiterer Personalwechsel und -vakanz in beiden Museen sowie der Einbindung einer externen Grafikerin schwieriger als erwartet. Um die Ausstellung zum geplanten Eröffnungstermin fertigstellen zu können, wurde daher entschieden, den Einsatz von Medien (Filme, Audiointerviews) innerhalb der Ausstellung zurückzustellen und sich zunächst auf die Präsentation von Texttafeln und historischen Objekten zu konzentrieren. Letztere wurden aus den Depots der beiden Museen sowie von privaten Leihgebern zusammengetragen.

Zur Freude aller Beteiligten wurde die Eröffnung der Sonderausstellung am 5. September ein großer Erfolg mit hohem Besucherandrang und vielen positiven Reaktionen, die ein gutes Fundament für die weitere Projektarbeit bilden. Die Sonderausstellung wird bis 31. Oktober 2021 im Stadtmuseum Wittenberge und danach bis Januar 2022 im Stadt- und Regionalmuseum Perleberg gezeigt. Die Ausstellungstafeln wurden von Anfang an so konzipiert, dass sie anschließend auch ohne historische Objekte und Medien als Wanderausstellung in der Region genutzt werden können.

Obwohl das Volontariat zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes noch läuft, kann bereits eine Bilanz gezogen werden. Die Idee, in der „Grenzregion“ Prignitz ein kooperatives Volontariat mit Forschungsschwerpunkt zu veranstalten, war von Anfang an ambitioniert und hätte einige Jahre zuvor sicherlich noch mit guten Erfolgsaussichten durchgeführt werden können. Die Einschränkungen der Pandemie haben dazu geführt, dass einige gehegte Erwartungen nicht erfüllt werden konnten. Der Ertrag des Projektes – die Ausstellung und das zusammengetragene Quellenmaterial – steht als Grundstock für weitere lokalhistorische Forschungen zur Verfügung.

Lennart Gütschow

Landesweit einmalige Aktion zum Erhalt von Kulturgut Museum Eberswalde und Kirchengemeinde Güstow bekämpfen gemeinsam Holzschädlinge



Eberswalder Sammlungsobjekte füllen Schiff und Chor der Kirche von Güstow.

Eine Autostunde nördlich von Eberswalde liegt das Dorf Güstow bei Prenzlau in der Uckermark. In der kleinen Feldsteinkirche von Güstow kann man unter anderem eine Orgel aus der bekannten Eberswalder Orgelbauwerkstatt Kienscherf bewundern. Doch das hölzerne Inventar der Kirche, darunter auch die über 100-jährige Orgel, war von Anobien befallen – umgangssprachlich Holzwurm oder Holzbock genannt. Die Restaurierung des historischen Tasteninstrumentes durch eine Orgelwerkstatt aus Eberswalde war bereits geplant, musste jedoch wegen der dringend notwendigen Schädlingsbekämpfung erst einmal verschoben werden.

Und auch im Depot des Eberswalder Museums war an vielen Möbeln und Holzobjekten Schädlingsbefall festgestellt worden. Ein bislang bewährtes Verfahren in den Museen, die Stickstoffbehandlung, ist seit 2020 EU-weit nur noch mit einer Ausnahmegenehmigung möglich. Das Museum Eberswalde beauftragte daher den Restaurator Eberhard Roller (Akanthus Restaurierungen GmbH Eberswalde) mit der Suche nach einer Alternative. Dabei wurde er auf die Dorfkirche in Güstow aufmerksam, in der die Evangelische Kirchengemeinde ebenfalls eine Maßnahme gegen Holzschädlinge plante. Es entstand die Idee, diese beiden Projekte zusammenzulegen und die Kosten dafür zu teilen. So wurde zwischen dem Museum Eberswalde und der Evangelischen Kirchengemeinde Güstow ein Vertrag geschlossen, der die Aufgaben- und Kostenverteilung regelte.



Gut verpackt wartet das Eberswalder Sammlungsgut auf die Einlagerung.

Mehr als 2500 Möbel und Holzobjekte aus dem Museumsdepot wurden in die Güstower Kirche gebracht, insgesamt zehn LKW-Fahrten von Eberswalde nach Güstow waren dafür nötig. Die Bekämpfung der Holzschädlinge stand unter dem Leitspruch „Wir machen Geschichte länger haltbar“. Die Ausführung übernahm die Dresdner Firma Grolfi, die ein Zertifikat für ein bestimmtes Verfahren der Begasung besitzt. Dabei wurde 72 Stunden lang Sulfurylfluorid, ein geruch- und farbloses, aber toxisches Gas in das Kirchenschiff eingeleitet. Die Gaskonzentration konnte über ein Messgerät per Funk übertragen und so überwacht werden. Natürlich war in dieser Zeit das Betreten der Kirche streng verboten. Vor Beginn der Maßnahme wurden Prüfkörper für die Holzbocklarven an verschiedenen Stellen des Kirchenschiffes ausgelegt, diese wurden nach der Begasung im Materialprüfungsamt Eberswalde untersucht. Erst danach erfolgte die Freigabe der Kirche durch die Fachfirma und der anschließende Rücktransport der Museumsobjekte nach Eberswalde.

Die gemeinsame Aktion des Eberswalder Museums und der Evangelischen Kirchengemeinde Güstow sorgte für den Erhalt von wertvollem Museums- und Kirchengut und ermöglicht beiden Einrichtungen weiterführende Restaurierungsmaßnahmen. Die Aktion in diesem Umfang ist landesweit einmalig und sie könnte für Museen, Kirchen, aber auch für Restaurierungswerkstätten beispielgebend sein.

Birgit Klitzke



Dorfkirche von Güstow

Kulturtourismus, Besuchermanagement und Marketing für Museen

Tagungsbericht zur FOCUS-Tagung
25. bis 27. Oktober 2021



Die FOCUS-Tagung findet traditionell im Paulikloster in Brandenburg an der Havel statt.

Ursprünglich geplant für das Jahr 2020, musste die siebente FOCUS-Tagung pandemiebedingt mehrfach verschoben werden. In diesem Jahr war es nun endlich soweit und 155 angemeldete Teilnehmer*innen aus Museen, Fachleute der Kulturbranche sowie Aussteller (20 Messestände) trafen sich für drei Tage im Archäologischen Landesmuseum im Paulikloster in Brandenburg an der Havel.

Neben insgesamt 29 Vorträgen von Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland gab es an den ersten beiden Veranstaltungstagen zudem Führungen durch die Dauerausstellung des Archäologischen Landesmuseums. FOCUS ist eine Fachmes-

se, das heißt neben den Vorträgen und angebotenen Workshops gab es auch die Möglichkeit, sich bei den anwesenden Fachdienstleistern die neuesten Software- und Medienanwendungen, Dienstleistungen, Plattformen und Produkte anzuschauen, sie auszuprobieren und darüber zu diskutieren.

Einige zentrale Fragen zogen sich durch einen Großteil der Präsentationen: Wer ist meine Zielgruppe? Wie erreiche ich sie? Was kann ich ihnen bieten? Wie kann ich mein Museum in den Kulturtourismus integrieren? Wer kann mich unterstützen?

Besucher*innen und Tourist*innen entscheiden sich demnach vor allem nach den Kriterien Erreichbarkeit und nach den vor Ort angebotenen Erlebnissen. Welche kulturellen Ankerpunkte sind ein Reiseauslöser? Jeder zweite Museumsbesuch ist touristisch. Die Points of Interest (POI's), Erlebnisse und Angebote innerhalb der Destination verknüpfen sich idealerweise zu einem „Erlebnisraummosaik“. Ein gemeinsames Ziel ist notwendig, um Kulturauftrag und wirtschaftliches Arbeiten in Einklang zu bringen.

Besucheresforschung spielt eine wichtige Rolle bei der Zielgruppenfindung. Kenntnisse über die Bedürfnisse und Interessen des Publikums sind essentiell. Mittels Leitfadengesprächen, Fragebögen, Beobachtungen und Fokusgruppen lernen die Museen ihre Besucher*innen kennen. Dadurch können die Museen sich mehr öffnen, neue Angebote entwickeln, soziale Inklusion und Partizipation möglich machen.

Einen Schwerpunkt legte die Tagung auf die Entwicklung von Strategien im Online-Marketing mit einer nachhaltigen Webseite, einem Blog, kommunikativen und nicht werbeträchtigen Auftritten über die Social-Media-Kanäle, einem regelmäßigen Newsletter oder einem Podcast.

Bei vielen vorgestellten Produkten spielte Barrierefreiheit eine wichtige Rolle. Es wurden z. B. Systeme für die digitale Vermittlung entwickelt, wie Apps, deren Inhalte durch Sensoren im Bodenleitsystem ausgelöst werden. Objekte werden als 3D-Scan erfasst und gedruckt und als Tastmodelle aufbereitet. Tastsensoren im Objekt können zusätzlich auditive Informationen aktivieren.

Die Vor- und Nachteile von Tourismusportalen wurden auf der Tagung stark diskutiert. Sie gewährleisten einen einfachen Marktzugang, haben eine hohe Präsenz und internationale Reichweite und Buchungen sind online möglich. Allerdings sind die Kosten oft hoch, der direkte Kundenzugang, die Besucherbindung und Individualität gehen verloren.

Fazit: Die siebente FOCUS-Tagung war eine gelungene und gut organisierte Veranstaltung mit vielen interessanten Vorträgen und Projekten.

Die nächste FOCUS-Tagung wird vom 25. bis 27. April 2022 unter dem Thema „Sicherheit, Energieeffizienz und Facility Management für Museen“ stattfinden (<https://www.focus-museum.de>). Wir sind gespannt!

Manuela Gander

Arbeitswelten und Lebensräume

Brandenburger Industrielandschaften 1992–2021

Dokumentieren, was verschwindet: Lorenz Kienzle hat über einen Zeitraum von dreißig Jahren den Wandel von Brandenburger Landschaften und Arbeitswelten mit seiner Plattenkamera aufgezeichnet. Einer Langzeitdokumentation über das Dorf Horno und dessen Bewohner, die 2004 dem Braunkohletagebau weichen mussten, stehen Bilder aus den Tagebauen Jänschwalde und Welzow sowie aus dem Kraftwerk Schwarze Pumpe gegenüber. Ein weiterer Fokus liegt auf der langwierigen Rekultivierung von Tagebauflächen zu Freizeitlandschaften. 1999 begleitete der Fotograf über mehrere Monate die letzten Hutmacher bei Ihrer Arbeit in den Gubener Hutwerken – bis zu deren Arbeitslosigkeit. Wie Industrie und Arbeitswelten musealisiert werden, wird anhand des Industriemuseums Brandenburg, des Brandenburger Textilmuseums in Forst und der Brikettfabrik Louise gezeigt. Dem stehen aktuelle Aufnahmen aus dem Arbeitsalltag in der Spinnerei Forst und im Zahnradwerk Pritzwalk gegenüber. Anlässlich des Themenjahres von Kulturland Brandenburg 2021 „Zukunft der Vergangenheit – Industriekultur in Bewegung“ entstand eine Wanderausstellung, die den Wandel, aber auch Beständiges in einer vom Menschen überaus stark geprägten Landschaften zeigt, u. a. in der Museumsfabrik Pritzwalk (4. Juli 2021–2. Januar 2022).

Das Buch ist im Verlag für Berlin-Brandenburg (vbb) erschienen und für 25 Euro im Buchhandel zu erwerben (Hardcover, 192 Seiten, 138 Fotos, ISBN: 978-3-96982-009-4).



Autorinnen und Autoren

Björn Berghausen	Geschäftsführer des Berlin-Brandenburgischen Wirtschaftsarchivs e. V., Berlin
Axel Drieschner	Museum Utopie und Alltag, Kurator am Standort Eisenhüttenstadt
Tobias Dünow	Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
Manuela Gander	Projektmitarbeiterin beim Museumsverband Brandenburg e. V., Potsdam
Lennart Gütschow	Wiss. Volontär am Museum Perleberg
Sebastian Hettchen	Geschäftsführer des Instituts für Neue Industriekultur INIK GmbH, Cottbus
Prof. Joseph Hoppe	Leiter des bzi – Berliner Zentrum Industriekultur
Dr. Rainer Karlsch	Institut für Zeitgeschichte Berlin-München
Birgit Klitzke	Leiterin des Museums Eberswalde
Wolf-Rüdiger Knoll	Institut für Zeitgeschichte Berlin-München
Dr. Susanne Köstering	Geschäftsführerin des Museumsverbandes des Landes Brandenburg e. V., Potsdam
Stephanie Lubasch	Kultur- und Sportamt des Landkreises Oder-Spree, Beeskow
Dietmar Menzel	Vorstandsvorsitzender des REISS Zweck e. V., Bad Liebenwerda
Uwe Neumann	Werkleiter Kultur-, Sport- u. Tourismusbetrieb der Stadt Wittenberge
Heidi Pinkepank	Projektleiterin im Institut für Neue Industriekultur INIK GmbH, Cottbus
Dr. Lars Scharnholtz	Geschäftsführer des Instituts für Neue Industriekultur INIK GmbH, Cottbus
Lars Schladitz	Leiter der Museumsfabrik Pritzwalk
Dr. Claudia Schmid-Rathjen	Leiterin des Kulturamts der Gemeinde Wandlitz
Prof. Jürg Steiner	Architekt BDA, Geschäftsführer der Steiner Architektur-GmbH, Berlin
Guido Strohhfeldt	Leiter des Museums Fürstenwalde
Sebastian Stude	Wiss. Mitarbeiter der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Potsdam
Kirstin Zinke	Leiterin der Energiefabrik Knappenrode - Sächsisches Industriemuseum

Bildnachweis

	Titel	S. 4, 77 Lorenz Kienzle	S. 52	transit Fotografie und Archiv GbR, Christiane Eisler / Paula Eisler
	S. 8	Bildarchiv Ziegeleipark Mildenberg: Arbeits- und Lebensbedingungen, 1910–1986 (ZP4/58/0062)	S. 54	Peter Lippsmeier
	S. 11 (o)	BBWA S6/5449	S. 55, 57	Jürg Steiner
	S. 11 (u)	Ernst Pfohl, Ernst Friedrich, Die deutsche Wirtschaft in Karten, Berlin 1928, Tafel 31d.	S. 56	Michael Rasche
	S. 12	BBWA U 2/01/III/06/15	S. 58–60	Archiv Zweckverband Sächsisches Industriemuseum, Energiefabrik Knappenrode
	S. 13	BBWA U3/31/F/357	S. 61	Zweckverband Sächsisches Industriemuseum, Energiefabrik Knappenrode/ Artefm Kraków
	S. 14	BBWA S13/51/Nr. 27	S. 62–64	INIK / Pinkepank
	S. 15	BBWA/B. Berghausen	S. 70	Julia Vogel/Burg Beeskow
	S. 16	BLHA Rep. 6B Kreisverwaltung Ostprignitz Nr. 955	S. 71	Stadt Wittenberge
	S. 17	BLHA Rep. 31A Bezirksausschuss/ Bezirksverwaltungsgericht Potsdam Nr. 2572	S. 72	Gemeinde Wandlitz
	S. 19	Museumsfabrik Pritzwalk, Foto: Lars Schladitz	S. 73	Stadtmuseum Wittenberge, Foto: Lennart Gütschow
	S. 20, 23 (o), 24 (o)	Kreisarchiv Barnim, Eberswalde	S. 74, 75 (li)	Museum Eberswalde
	S. 21	BLHA, Rep. 55 Provinzialverband der Provinz Brandenburg LD Nr. 333	S. 75 (re)	Smial at German Wikipedia https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gustow_kirche_imgp7751.jpg , „Gustow kirche imgp7751“, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/legalcode
	S. 22	Privatbesitz	S. 76	Museumsverband Brandenburg, Foto: Manuela Gander
	S. 23 (u)	Das Märkische Electrizitätswerk. Berlin 1934, S. 14	S. 79	Ansgar Koch
	S. 24 (u, re)	Das Märkische Electrizitätswerk. Berlin 1934, S. 25		
	S. 25	Das Märkische Electrizitätswerk. Berlin 1934, letzte Doppelseite		
	S. 26	BLHA, Rep. 55 Provinzialverband der Provinz Brandenburg LD Nr. 336		
	S. 27	Axel Drieschner		
	S. 28–31	Museum Fürstenwalde		
	S. 32	Archiv des Industriemuseums Brandenburg an der Havel		
	S. 34, 35	Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), Moskau		
	S. 38–42	Archiv Reisszweck e.V.		
	S. 44	Neue Berliner Illustrierte, Heft 4/1959, S. 2–5.		
	S. 46	Privatarchiv Jacksch		
	S. 47	VEB Kernkraftwerke Greifswald-Rheinsberg (Hg.), Kernenergie in unserer Hand. Erstes Kernkraftwerk der DDR Rheinsberg (Mark), Meißen 1971, S. 16.		



Unter großer Anteilnahme fand am 13. Dezember 1993 in der Gießhalle des Stahlwerks Brandenburg an der Havel der letzte Abstich statt. Bereits ein Jahr zuvor war das Industriemuseum Brandenburg gegründet worden.

